

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

Schalterhalle, geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Preisprophet:

Verlag (Expedition) 2953, Redaktion 52, Druckerei 2266. Auflage von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wegzugs-Preis für beide Ausgaben: 50 Pf. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringerlohn. 3 Mt. 50 Pf. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, auswärts 60 Pf. — Wegzugs-Bestellungen nehmen auch bei den in Wiesbaden die 5 Provinzialen, sowie die 131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen 36 Ausgabestellen und in den benachbarten Vororten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pf. in beiden abweichenden Spaltenführungen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Anzeigen; 3 Mt. für auswärtige Anzeigen. Gänge, Jahre, halbes und vierteljährlich, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unbeschränkter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Nr. 277.

Wiesbaden, Freitag, 18. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

Reise-Abonnements

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

Können täglich begonnen werden und kosten wöchentlich bei direktem Versand frei an die aufgezogene Adresse

nach Orten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn 60 Pf.

„ „ „ im Ausland 96 „

im Postüberweisungs-Verkehr in Deutschland

für einen Ort und laufenden Monat 50 „

Bestellungen beliebe man genaue Wohnungsadresse beizufügen. Der Verlag des Wiesbadener Tagblatts.

Reich und Bundesstaat.

Es bietet ein eigenartiges Bild, daß man in den Einzelstaaten liberale empfindlich ist. Wenn einmal im Reichstag Angelegenheiten behandelt werden, die einen Einzelstaat betreffen, während man umgekehrt sich in keiner Weise geniert, in den Einzelstaaten Reichsfragen sehr eingehend zu erörtern, ohne daß dieses Verhalten irgendwie Anstoß erregt. Am Dienstag bei Wiederzusammentritt des Reichstags sind auf dem Wege einer Interpellation die verfassungsgerechten Verhältnisse von Mecklenburg zur Erörterung gelangt, und hierbei geschah das merkwürdige, daß die Rechte eifriger für die einzelstaatlichen Befugnisse eintrat, als Reichsregierung und Bundesrat selber. Während die Redner der Konservativen und der Reichspartei erklärten, daß es sich um eine Frage handle, die nicht zur Kompetenz des Reichstags gehöre, griff sowohl Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg in die Debatte ein, wie auch der mecklenburgische Bundesratsbevollmächtigte v. Brandenstein. Es zeigte sich dabei, daß die Reichsregierung auf Grund der Verfassung durchaus in der Lage ist, auf reichsgesetzlichem Wege einzuschreiten, eine Maßnahme, von der man aber begreiflicherweise Abstand nimmt, um einmal den betreffenden Bundesstaat nicht zu verlegen, dann aber auch im Hinblick darauf, daß ja eben der Großherzog von Mecklenburg bemüht ist, eine Verfassung in Mecklen-

burg einzuführen. In der Reichsregierung soll eben ein inniger Konnex herrschen, und die Zentralstelle muß taftvoll alles peinlich vermeiden, was irgendwie anstoßen könnte, und es ist bekannt, daß in dieser Hinsicht mehr wie einmal gelehrt worden ist. Im Bundesrat mögen allerdings die Meinungen oft genug auseinandergehen und es wird nicht immer leicht sein, eine Einigung herbeizuführen, das hat aber auch sein Gutes, denn es wäre nicht immer wünschenswert, wenn die oft durch preussische Stellen ausgearbeiteten Entwürfe schlandweg Annahme finden würden, weil man sich scheute, dem führenden Staate zu widersprechen. Der alte Reichskanzler Bismarck hat gerade diese Opposition im Bundesrat als sehr wertvoll bezeichnet, in dem er in ihr den gärenden Most sah, aus dem dann etwas Besseres und Zweckmäßigeres herborgehe. Wehrhaft haben denn auch in wichtigen Fragen die Bundesstaaten hineingestimmt, sei es, daß es sich um allgemeine Angelegenheiten handelte, oder um Fragen, bei denen wichtige Erwerbszweige des betreffenden Landes schweren Schaden erleiden können; es sei beispielsweise nur an die Weinsteuer oder an den Widerstand erinnert, den man in Süddeutschland der Frage der Flußschiffahrtsabgaben entgegenbringt. Nicht selten kann man ja auch beobachten, wie Einzel-Landtage ihre Regierung gegen Pläne der Reichsregierung scharf machen wollen, wie beispielsweise erst kürzlich in Bayern, wo die Mehrheit scharfe Angriffe gegen die Regierung richtete, weil diese in der Frage der Erbschaftsteuer nicht den Wünschen des Zentrums entgegenkommen will. Gerade in der Frage der Finanzreform mögen die Meinungen zum Teil recht differiert haben, wenn auch über die hauptsächlichsten Grundfragen Einmütigkeit geherrscht haben dürfte, aber im Laufe der ganzen verwickelten Angelegenheit hat sich schon vielfach nicht nur außenhin ein fester Zusammenhalt der Bundesstaaten gezeigt, und wenn an den leitenden verantwortlichen Stellen in dieser Frage keine genügende Festigkeit gezeigt worden ist, so lag das keineswegs an den Bundesstaaten, welche in dieser Angelegenheit unmöglich die Initiative ergreifen konnten. Meinungsverschiedenheiten mögen also im Bundesrat keine Seltenheit sein, ist aber einmal im Bundesrat ein Beschluß gefaßt, so gilt dieser eben als Entscheidung der Reichsregierung in ihrer Gesamtheit, alle Bundesstaaten haben sich damit zu identifizieren, und es geht dann nicht an, daß der eine oder andere ablenkt, denn dies müßte der Autorität des Reiches und des Reichsgedankens nach innen wie nach außen ungemein Abbruch tun.

Luxus und Sparsamkeit.

Das Thema vom Luxus und der Sparsamkeit ist in der letzten Zeit in Verbindung mit der Finanzreform vielfach behandelt worden. Zuerst zog Fürst Bülow dieses Register, als er bei der Aufwindung der Finanzreform Ersparnisse in allen möglichen Zweigen der Reichsverwaltung in Aussicht stellte und im Anschluß daran gegen den Luxus zu Felde zog und zur Sparsamkeit ermahnte. Von allzugroßer Tiefe und Gründlichkeit wurden seine Ausführungen nicht getragen, die sich in der Hauptsache darauf beschränkten, daß ein verderblicher Gang zum Luxus in allen Kreisen in Erscheinung trete, der bekämpft werden müsse.

Es ist nicht ohne Interesse, wenn dieses Thema kürzlich von einem Manne behandelt worden ist, dem reiches Wissen und reiche praktische Erfahrung auf dem Gebiet der Sozialpolitik zur Seite stehen und der auch bei seinen Gegnern stets achtungsvolle Anerkennung gefunden hat. Auf dem evangelisch-sozialen Kongress hat, wie wir eingehend berichtet haben, Graf v. Posadowsky in diesen Tagen seiner Auffassung von Luxus und Sparsamkeit Ausdruck gegeben und auf den engen Zusammenhang mit dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung hingewiesen. Es verdient festgehalten und nachdrücklich hervorgehoben zu werden, wenn Graf v. Posadowsky betont, daß es als ein völlig falscher Standpunkt zu betrachten sei, wenn es Kreise gäbe, die der Ansicht wären, es sei auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland genug getan worden.

Fürst Bülow erklärte vor einigen Jahren im Reichstag den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung als die Aufgabe des 20. Jahrhunderts. Graf v. Posadowsky stellte sich rückhaltlos auf den Boden dieses Bekenntnisses und bezeichnete es als eine Verkennung unserer wirtschaftlichen Entwicklung, wenn Reizung vorhanden sei, von diesem Standpunkt abzugehen. Der Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung habe auf wirtschaftlichem Gebiete seine Früchte getragen. Wenn Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den letzten Jahrzehnten so außerordentlich gewachsen sei, so habe hieran die sozialpolitische Gesetzgebung einen Hauptanteil, die den Intellekt und die Fähigkeiten des deutschen Arbeiters auf eine höhere Stufe gehoben haben.

Zwischen dieser Entwicklung und dem Thema von Luxus und Sparsamkeit besteht ein Zusammenhang. Während Fürst Bülow gegen den zunehmenden Luxus geeifert hatte, sieht Graf v. Posadowsky weiter und

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Zickzack.

Von Hermann Riensl.

Berlin, 16. Juni.

Der Fremdenzustrom nach Berlin ist im Sommer am beständigen. Die Berliner sind im Gebirge, an der See, in den Sommerfrischen und Bädern. Die Fremden kommen und sehen sich die Stadt an, wo die Berliner gewohnt haben! Die wenigen Stammesmitglieder, die des Schicksals Ratschluß an das feinerne Meer setzt, schütteln dazu die Köpfe.

Die wenigen? Wie viele sind es denn eigentlich, die entfliehen können? Hoch gerechnet, hat Berlin, die Drei-Wilklonen-Stadt, in den fünf Wochen der großen Reise-Läufererei, während der Schulferien, um zehn Prozent weniger Einwohner. Hoch gerechnet. Die Abwesenden werden — der Zahl nach — durch das sommerliche Plus an Fremden großenteils ersetzt. Wer im Hochsommer um 2 Uhr morgens zur Kranzler-Ecke (Unter den Linden) kommt, bemerkt keine Abschwächung des Nachtlebens. Schwerlich pufset um eine einzige Automobild-Troische weniger. Nur in gewissen Straßen des Westens schlafen lange Kolonnen von Häusern mit herabgelassenen Jalousien.

Aber — was nützt die Statistik? Diese 300 000, die jeder rasch ersetzte Tropfen im Meer, das ist doch Berlin... So wie die Zeit kommt (sie ist jetzt da), in der erst ein Teil der Sommerflüchter die Koffer verläßt, erlahmt auch schon das gesellschaftliche und künstlerische Leben der Hauptstadt. Die großen Theater sperren zu oder wandern aus. (Reinhardt ging in die „Sommerfrische“ München). Was sich jetzt auf unseren Brettern müht, ist Fremden-Surrogat. Die Konzerte schwinden, die Empfänge, five o'clocks, Vortragsabende, Diners und Soupers, kurz alle guten und bösen Geister des grand monde haben sich verflüchtigt.

Das ist die ungeschriebene Verfassung, die einem verhältnismäßig kleinen Bruchteil der Bevölkerung die Meinherrschaft über die „Société“ einräumt. Mit aller Macht der sozialen Argumente ist gegen die brutale Tatsache nichts auszurichten. Eine kleine Elite hat dennoch der Beweis; sozusagen eine psychologische. Tausende unter denen, die zurückbleiben, wären immerhin imstande, das große

Parasit im Gange zu halten und sogar ein anständiges Premierenfieber zu erzeugen. Aber sie wollen nicht. Sie nehmen sich von der Alpen- und Seelust der glücklicheren Mitbürger wenigstens das Recht auf den Vorwand.

Eine bemerkenswerte Ausnahme von den sommerlich müden Hippokrenen bilden die Kunstausstellungen. Sie, die ihre Hallen mit Beginn der warmen Jahreszeit öffnen und in frühen Herbsttagen schließen; die „Große Berliner“ und die „Sezession“. Vernünftigen Leuten fehlt nicht der zureichende Grund. Er ist auch hier gegeben, obwohl er vielleicht nur dunkel empfunden und noch nicht klar ausgesprochen ist: Der Berliner laßt seine Bilder! Natürlich, er laßt schon! Er laßt Liebermann, Leistikow und andere berühmte Namen. Er laßt den Ruhm, nicht das Bild. Die Maler wissen es am besten, wozu eine Parvenustadt dieses großartige Berlin im innersten Wesen doch ist! Die noch nicht auf den Wogenämmern der Mode schwimmen, mühten in Berlin verhungern, wären sie auf die Berliner angewiesen. Trotzdem zieht es sie in immer größerer Zahl aus dem einstigen Kunststübchen nach dem märkischen Sand. Berlin ist eben der Hauptstapelplatz der Kunst — und neben München die größte Fremdenstadt. Darum sind hier die Kunstausstellungen gerade im Sommer.

Aber Berlin ist die Stadt der Naturfreunde. Ist eine Gartenstadt. Ich spreche nicht von dem Urwald im Zentrum, dem unvergleichlichen Tiergarten. Nicht von der Eroberung jedes Wäldchens und Räumchens für die liebevoll gehegte Natur. Viele hundert öffentliche und private Gartenanlagen blühen und grünen zwischen den vierstöckigen Burgen. Das Rührendste jedoch sind die Fenster und Balkone. Da ist kein Haus so ärmlich, kein Wirtschaftsgeld so knapp — das Geranium, der wilde Wein und andere hier millionenfach gezüchtete Pflanzen zaubern einen Schein von Erdenlust und Schönheit und Freiheit...

Und Berlin ist die Stadt der Sonntagswanderer. Die Menschen ziehen auch anderswo an freien Tagen aus den Toren. Doch die Selbstverständlichkeit des Berliner Sonntagsausfluges, die ungeheuren Massen der Ausflügler sind ohne Beispiel. Wunderbare Kommunikation und billige Fahrpreise begünstigen die Völkerverwanderung. Es fließt ein riesiges Nationalvermögen an jedem Festtag in die Rassen der Eisenbahnen, der Syree- und Havel-Dampfer, der zahllosen Monster-Etablissements. Der sparsame Pariser Bürger würde sich schauernd bekreuzen, wenn ihm nach dem Vor-

bild der Berliner kleinen und kleinsten Leute zugemutet würde, allsonntäglich mit Hund und Kegel stundenweite Reisesparten zu unternehmen. Der Berliner ist fleißiger als der Pariser. Er leint an Verlagen kein Aufhören von der Arbeit. Sehr viele Arbeitsmenschen, auch der akademischen Stände, verschieben die Tagesmahlzeit bis zum Abend und begnügen sich mit Stulle und Happen, die sie, sozusagen mit der einen Hand weiter schaffend, im ungestörten Betrieb verzehren. Und diese äußerliche Anspannung der Kräfte, die ganze Woche lang, ja Schmalhanfens Küchenrezepte scheinen nur den einen Sinn und Zweck zu haben, die Mittel für den Sonntag im Freien zu schaffen... So geht es schon in der guten alten Zeit, als die Massenfahrgelge noch spärlich waren und sich Frau Wilhelmine Buchholz mit den Jhren im „Kremsler“, dem heute fast ausgestorbenen Berliner Behälter, mit Vergnügen grausam quetschte.

Die Berge fehlen. Doch da sind die hundert Seen, die breiten Ströme, die Ufer mit Waldschreithen. Wer die Umgebung Berlins nur gnädig gelten läßt, war höchstens zum Mudebad Wannsee, ist gewiß nie die Spree aufwärts gefahren — nach Grünau oder Treptow. Treptow! Stundlang wandert man unter uralten Laubbäumen, zwischen blühenden Büschen und über schimmernde Waldwiesen. Und durch die Baumstämme blüht der Fluß, breit und fast unbeweglich wie ein See. Auf dem Wasser, wozu tolles Leben! Ruder- und Segelsport, Dampfboote, Motorboote, Gesang und Musik. Und auch im Wasser. Es ist ein köstlicher Spaß, mit dem Schiff vorbeizufahren an einem Jugend-Freibad nach dem andern. Da wimmelt's, da surrt, quatscht und lacht es. Da tummeln sich Hunderte von Mädchen und Mädchen im plätschernden Berlin, oft so unschuldig nackt, wie sie eben ohne Kleider nur sein können, oder bloß mit einem nassen Hemdchen angetan. Auf dem Ufer weithin liegen die Höschen und Röschchen.

Aber wieder zeigt sich's, daß die Kinder ihre Eltern erziehen. Die Kleinen haben Schule gemacht. „Freibäder gemischten Geschlechtes“ — für die reifere und ganz reife Jugend — entstehen da und dort. Sie stammen vom sogenannten „Familienbad“, das man an der Nord- und Ostsee längst kannte. Das waren Badeprivilegien, die die Familie für sich und ihre Freunde und Freundinnen erworben. Im Wasser und am Strande, im Naturzustande, wollten die Berliner nun gern eine einzige Familie sein.

Politische Übersicht.

Die französischen Staatsarchive.

s. Paris, 15. Juni.

Die Historiker haben in der nächsten Zeit reiche Ernten zu erwarten, denn die französische Regierung hat sich in dankenswerter Weise entschlossen, einen weiteren Teil der Staatsarchive der Forschung zugänglich zu machen. Und zwar handelt es sich um Perioden, die für die allgemeine Geschichte Europas von großer Bedeutung sind, in erster Reihe um die Zeit des sogenannten „Bürgerkönigtums“ Louis Philipps, 1830 bis 1848. Bis zum Jahre 1830 sind die Dokumente bereits seit 18 Jahren zugänglich, doch werden sie jetzt eine wertvolle Ergänzung erfahren. Die französischen Staatsarchive verfügen nämlich über eine Unmenge fortlaufender Berichte ihrer diplomatischen Agenten und Konsuln, welche mehrere Jahrhunderte zurückreichen. Daß diese bisher nicht publik gemacht worden sind, hat zwei Gründe. Einerseits handelt es sich um lose Blätter, die auch nicht vollkommen geordnet waren, bei denen man also Verluste und ein Durcheinandergeraten befürchten mußte, und andererseits enthalten diese Berichte zum Teil Dinge recht privater Natur, deren Bekanntwerden vielleicht (unberechtigterweise übrigens) den einen oder den anderen Nachkommen peinlich berühren könnte. Um dem ersten Bedenken zu begegnen, läßt Bichon jetzt all diese Berichte binden, um das andere abzuschwächen, sollen vorläufig nur die Jahre 1715 bis 1791 publik gemacht werden. Es ist dies die Zeit des Niederganges der absoluten Monarchie und die ersten Rudimente der Revolution, also gewiß eine recht interessante Periode; trotzdem aber muß man die geübte Beschränkung bedauern, denn die Perioden kurz vor und kurz nach der genannten Zeit, in erster Reihe die Regierung des Konsulates und des ersten Kaiserreiches, würden vom nicht rein französischen Standpunkte aus vielleicht noch mehr Interesse bieten. Sind es doch die Jahrzehnte, in denen der Einfluß Frankreichs auf die Politik Europas — also auf die Weltpolitik, die ja damals in Europa gemacht wurde — am weitest größten war, während in den Jahren 1715 bis 1791 die Leitung der Geschichte Europas meist außerhalb von Paris lag. Vielleicht holt Herr Bichon das Veräumte bald nach!

Konstitutionsfragen in der Türkei.

Über die „konstitutionellen Kinderkrankheiten“ ist man in Konstantinopel noch lange nicht hinweg, — begreiflicherweise. Das meiste von dem, was die Debatten über derartige Fragen ergeben, hat nun allerdings für Westeuropa wenig oder gar kein Interesse. Mit einem Punkte steht es nun aber anders, und zwar mit dem Artikel 3 der Abänderungsvorlage der Verfassung. Es handelt sich dabei aber auch um den Kernpunkt des ganzen Aufbaues eines konstitutionellen Staates, um die Entscheidung darüber, ob der Sultan das Recht haben soll, einen Großwesir zu ernennen oder zu entlassen, ganz gleich, in welchem Sinne die Kammern sich entscheiden, und ferner, ob der Sultan die anderen Minister selbst ernennen oder — wie in England — die Vorschläge des Premiers lediglich bestätigen soll. Es hat bereits einmal eine Abstimmung in der Kammer stattgefunden, bei der jedoch die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, und so entschloß man sich zu dem üblichen Auskunftsmittel — man überwie die Frage einer Kom-

mission. Deren Arbeiten begleitet nun der „Tanin“, dessen Leiter Djahid-Bei, einer der beständigsten Politiker der jungen Türkei, ist, mit einem sehr interessanten Artikel. Er weist mit vollem Recht darauf hin, daß man Institutionen nicht auf Personen zuschneiden dürfe und daß die Tatsache, daß Mehmed V. persönlich ein liberal denkender, fortschrittlicher Mann sei, nicht die geringste Gewähr für die Zukunft biete. „Dadurch, daß sie dem Souverän das Recht zugestanden habe, den Großwesir und sämtliche Minister abzusetzen (alte Konstitution, der Abänderungsantrag wurde, wie oben erwähnt, abgelehnt. D. Red.), habe die Kammer gehandelt wie ein Mann, der mit verbundenen Augen einem Abgrunde zuläuft, von dessen Existenz er weiß und dem entgegenzugehen er trotz aller Warnungen und Klarmache sich weigert. Ein solcher Mann steuert also dem Selbstmord entgegen.“ ... Djahid-Bei ist mit dem Jungtürkentum sehr eng liiert; es wird interessant sein, zu beobachten, ob diese Warnung das erwartete Echo findet.

Deutsches Reich.

* Zur Kaiserzusammenkunft in den Schären. Die russischen Botschafter in London und Paris sind beauftragt worden, den dortigen Regierungen die besondere Versicherung abzugeben, daß die Begegnung in Björköe die Stellung Rußlands zu beiden Großmächten in keiner Weise verändert.

* Der Immediatausschuß zur Vorbereitung der Verwaltungsreform wird nach einer Blättermeldung am 28. d. M. zur ersten konstituierenden Sitzung zusammenzutreten.

* Unzufriedene Konservative. Der Elbinger konservative Verein will aus der Partei austreten, wenn der Abgeordnete v. Oldenburg-Jamischau seine Haltung zu der Finanzreform nicht ändert.

* Der deutsche Städtebund zur Reichswertzuwachssteuer. Der Vorstand des deutschen Städtebundes hat an Reichstag und Bundesrat eine Eingabe gerichtet, in der er ersucht, im Interesse einer gesunden Entwicklung der Reichs-, städtischen und Gemeinde-Finanzen von der Einführung der geplanten Reichs-Umsatz- und Wertzuwachssteuer für Grundstücke Abstand zu nehmen. Die Einführung der Wertzuwachssteuer als Reichsteuer würde keine Beseitigung der vorhandenen Finanznot, sondern nur deren Verschiebung an eine andere Stelle — in die Gemeinden und Kreise — bedeuten.

* Gegen den Fürsten Gulemburg wird das Verfahren von der Staatsanwaltschaft mit aller Energie beschleunigt, und es soll innerhalb der nächsten acht Tage beendet sein, so daß für die ersten Tage des Juli die Verhandlungen beginnen werden. Die Hauptverhandlung wird nur wenige Tage in Anspruch nehmen, da die Staatsanwaltschaft darauf bedacht ist, jegliche Verschleppung zu vermeiden. Unter den geladenen Zeugen befinden sich wieder die bekannten Zeugen aus München.

* Gewalttätige Christenlehre. Man schreibt der „Zgl. Rundsch.“: Im Marktleden Murnau in Oberbayern, zwischen München und Garmisch-Partenkirchen, einem freundlichen Ort, der als Sommerfrische beliebt ist und durch Seidl eine Erneuerung seiner heiteren Hauswandbemalung erhalten hat, hat sich im Januar ein bemerkenswerter Fall von gewalttätiger „Seelsorge“ ereignet, der jetzt zu einer gerichtlichen Verhandlung führt. Der dortige

verteidigt mit Recht das Bestreben, einen gewissen Luxus zum Allgemeinut aller Schichten, auch der minderbemittelten, zu machen. Zwar nicht den verderblichen Luxus, der unter Außerachtlassung der verfügbaren Mittel über das vorhandene Einkommen hinausgeht, wohl aber den Luxus, der danach strebt, im Rahmen des Möglichen die Lebenslage zu verbessern. Es ist ein Zeichen der wachsenden Wohlhabenheit und entsprechender Hebung des Lebensstandes des Volkes, wenn Bedürfnisse, die früher nur von wenigen befriedigt werden konnten, heute allgemein als berechtigt und notwendig angesehen werden und sich zu Volksbedürfnissen auswachsen. Eine aufwärts steigende Volkswirtschaft wird danach streben, ihre Glieder immer leistungsfähiger zu machen, die einzelnen werden mit Recht danach trachten, aus den Gütern und Werten, die sie schaffen, ihren Anteil zu erwerben. Darin liegt ein gesundes, schöpferisches Moment und es hieße kurzfristig handeln, wollte man dieses Bestreben hemmen oder unterbinden.

Auf dieser sozialen Auffassung des Luxus ruht die Berechtigung für zahlreiche sozialpolitische Forderungen von schwerwiegender Bedeutung. Es mag als Beispiel nur auf die Bestrebungen zur gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit, oder auf eine hygienisch einwandfreie Wohnungs-gesetzgebung hingewiesen werden. Lustige, mit einem gewissen Komfort ausgestattete Arbeiterwohnungen sind auch ein Luxus, seine Erfüllung aber schafft eine jüngere Generation, die der älteren an Leistungsfähigkeit überlegen ist, was sich wiederum in Überlegenheit gegenüber den nicht so weit fortgeschrittenen Konkurrenten auf dem Weltmarkt umsetzt.

Mit diesem berechtigten Streben nach einem gewissen Luxus mag eine richtig verstandene Spar-samkeit verbunden werden. In dem Zurücklegen eines Einkommenteiles liegt eine Aufspeicherung von Kraft für besondere Gelegenheiten und darin ein neues Moment wirtschaftlicher Überlegenheit, das sowohl der einzelne wie ein ganzes Volk besitzen können. Paart sich mit der Spar-samkeit in glücklicher Weise ein gewisser Unternehmungsgeist, so sind damit die Voraussetzungen für weitere wirtschaftliche Fortschritte gegeben.

Bei allen diesen Erwägungen aber darf der Ausgangspunkt nicht vergessen werden, daß die Basis für eine gesunde Enthaltung dieser Art des Luxus und der Spar-samkeit ein von großen Gesichtspunkten geleiteter Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung sein muß. Die Regierung und die Nation, die sich am schnellsten und durchgreifendsten zu dieser Erkenntnis durchzuringen vermögen, werden die Beherrscher des Weltmarktes werden. Deutschland hat die Mächtigkeit dieser Tatsache an sich selbst erfahren. Unter dem Einfluß der kaiserlichen Botschaften vom Jahre 1881 und 1890 sind gewisse Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes gemacht worden. Die günstigen Folgen sind nicht ausgelassen, im Laufe der letzten Jahrzehnte ist die deutsche Volkswirtschaft in unaufhaltsamer Entwicklung fortgeschritten, in Deutschland erblickt England seinen schärfsten Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiet. In den letzten Jahren aber sind die Gegner des sozialpolitischen Fortschrittes in Deutschland in der Übermacht gewesen, nur wenig ist weiter geschaffen worden. Gewinnt diese kurz-sichtige Politik dauernd die Oberhand, läßt sich Deutschland in der Förderung seiner Sozialpolitik von anderen Nationen überflügeln, so wird es auch seine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt einbüßen.

Die Weltstadt streift Nieder und Bräuberie ohne viel Federlesens ab! In Wannsee entwickelte sich vor zwei Jahren, ganz von selbst, ohne Impresario und Konzeption, das erste Freibad für Erwachsene. Tausende fanden sich ein zum paradiesischen Kommunismus der reinlichen Wellen. Die Sittenkommissionen der Orthodoxen und zumal die Theologen der frommen Zeitungen schrien: „Bessial!“ — Es schien eine Zeitlang fraglich, ob sich der Polizeistaat die günstige Gelegenheit würde nehmen lassen, sein Dasein an der neuen Kostümkunde von Wannsee zu beweisen. Doch diesmal war die öffentliche Meinung zu stark, die einmütig für Gesundheit und Natur in die Schwimmbad sprang. Es leuchtete gar manchem dunklen Manne ein, daß die tausendfache Racht-heit die bösen Gefahren der Heilmittel nicht bergen könne. So begnügte sich die Sittlichkeit damit, im Freibad Wannsee einen Auskleideraum für Frauen und einen für Männer zu bauen. Früher pflanzte einfach die Mutter oder Lante des Kindes Breite vor das Fräulein Tochter, das Kleider, Schuhe und Strümpfe ablegte und das Hemd mit dem Bade-Trikot vertauschte. An anderen Uferstellen herrscht heute noch dieses primitive Garderobe-Prinzip.

Und im Wasser und auf dem Uferstrand gibt es keine Sünde! Da spielen, da lagern, da toben die Leutchen, als ob sie Gott nie in männliche Hofen und weibliche Röde geschieden hätte. Rache Bildnis werden abgehalten, nackte Geburtstage werden gefeiert. Ein Photograph nahm jüngst den Augenblick wahr, als eine Jungfrau mit turnerischem Sprung über den Kopf eines aufstehenden Jünglings hinwegsprang.

Man will gewissen Auswüchsen und Spekulationen, die sich mit dem schönen Worte „Nacktkultur“ decken, nicht das Wort reden. Aber wie immer, scheint auch in dieser Sache das Extrem einen nützlichen Fortschritt nach sich gezogen zu haben. Die Freibad-Freiheit verdient Respekt im Namen der Natürlichkeit und der Körperpflege. Man kann, ach, Beobachtungen machen im Freibad, kann dort im Anschauungsunterricht lernen, wie notwendig für die verschürzten und gepreßten Menschlein ein bißchen Nacktheit zur Natur ist. Mit den Männern sieht's besser. Aber die lieben schönen Frauen! Wie diese verdrehte Brüste, verquatschte Hüften! Und unter hundert kleinen Füßen kaum zwei, die unverehrt und maulerisch sind.

Die Freibäder allein können freilich nicht die schönere Menschheit erzeugen. Aber Luft, Licht und Wasser sind gute Schiffsen; und ein vierter im Bunde ist fast die beste Hilfskraft: die Eitelkeit. Wer ins Freibad geht, kann nichts verbergen. Der sorgt nun auch zu Hause für seinen Körper, damit er in Ehren bestehe — dort in Wannsee.

Aus Kunst und Leben.

E. Die Geographie der Cholera. Die beunruhigenden Nachrichten, die aus Petersburg über die Ausbreitung der Cholera im zarischen Reich in den letzten Tagen gekommen sind, lenken wieder die Aufmerksamkeit auf die mannigfachen Wege, auf denen der unheimliche Gast nach Europa gelangt. Die russische Regierung hat es sich daher angelegen sein lassen, die verschiedenen „Reiserouten“ der Cholera genau festzustellen, und hat eine Karte anfertigen lassen, auf der die geographischen Wege der furchtbaren Krankheit genau angegeben sind. Diese „Geographie der Cholera“ wird bei den prophylaktischen Maßnahmen eine wichtige Hilfe leisten können. Die Cholera scheint zum Ausgangspunkt für ihr Eindringen in Rußland das Kaspische Meer genommen und sich auf dem Flußwege verbreitet zu haben. Es ist daher dringender notwendig, die Flußläufe sorgfältig zu bewachen, denn die Epidemie dringt mit außerordentlicher Hartnäckigkeit vor. Eine der Hauptursachen ihrer Verbreitung ist immer die Pilgerfahrt der Mohammedaner von Indien nach Mekka. Die Krankheit, die von den Ufern des Ganges mitgebracht wird, schießt sich trotz der getroffenen Maßnahmen in Ägypten, in Mesopotamien, in Persien, in Afghanistan, bis in den Kaukasus ein und folgt dann den großen Wasserstraßen vom Becken des Kaspischen Meeres, die auch die großen Handelswege sind. Sie wandert als furchtbares Gespenst mit den Karawanen, erreicht mit ihnen die volkreichen Zentren des Verkehrs in Parland, Buchara, Kabul, Astrachan, Rishni, Nowgorod, Aihwa und Orenburg. Sie drängt sich hinein in die Schiffe und landet mit ihnen in Malakka, Sumatra, Java, Borneo, den Philippinen, und eilt bis nach Japan und Korea. Von Hongkong, Kanton und Peking aus kehrt sie zu Lande oder zu Wasser wieder nach Indien zurück, einen entsetzlichen Kreislauf beschreibend, und wendet sich von hier nach Europa. Über das Rote Meer bringt sie ein nach Jeddah, dem Hafen von Mekka, und weiß den Weg ins Mitteländische und ins Schwarze Meer zu finden. Aber den Persischen Golf läßt sie sich übersehen und öffnet sich dann den Eingang nach Arabien. Die Kaufschiffe führen sie als gefürchtete Krabbe nach England und nach New York. Auf dieselbe Weise läßt sich ihr Erscheinen in Mexiko, in Cuba, auf den Antillen, in Brasilien und Argentinien erklären. Ihr trauriger Triumphzug durchläuft von Ägypten aus weite Gebiete Afrikas, Tripolis, Algerien, Marokko, reicht bis zum Senegal und setzt sich fort bis Guinea. Die transsibirische Eisenbahn, die Europa mit Medina verbindet, erleichtert ihren Marsch. So sind die

Wegspuren der Cholera weit verzweigt und reichen überall hin, aber diese genaue Aufzeichnung ihrer Routen erleichtert die sanitäre Überwachung und wird beitragen zum energischen Kampf gegen sie.

* Wer ändern eine Grube gräbt ... Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ erzählt folgendes nette Geschichtchen: Zwischen den Direktoren der Transportunternehmung De Gruiter u. Co. in Amsterdam und 3 Gravenhage besteht seit längerem eine solche Disharmonie, daß einer von ihnen, und zwar der in 3 Gravenhage, seiner Stellung entsetzt werden sollte. Um nun seiner Partei in der hierzu einberufenen Generalversammlung ja die Majorität zu sichern, entsandte der Amsterdamer Direktor 29 Aktionäre in sie, d. h. Kellner, Milchhändler, Hausknechte usw., die er mit sechs Anteilen ausgestattet hatte. Nun ereignete sich aber der merkwürdige Fall, daß diese Herren Aktionäre ihre Stimme zugunsten des Haager Direktors, den sie entlassen sollten, abgaben und ihren Auftraggeber mit herauswarfen. Auch weigerten sie sich, die Anteile zurückzugeben, obwohl ihnen der entlassene Herr Direktor dafür eine ansehnliche Summe bot. Die Leute sagen: Geschenk bleibt Geschenk!

Theater und Literatur.

Aus Speier wird berichtet: Der hiesige Stadtrat beschloß, zur Ehrung des Dichters Martin Greif, der in Speier geboren ist, anlässlich seines heutigen 70. Geburtstages einen Platz nach seinem Namen zu benennen. Frau Omann, eine Verwandte des Dichters, und Bürgermeister Lichtenberger haben der Stadt hierzu ein Stück Land zum Geschenk gemacht, der von ihr gärtnerisch angelegt wird. Leonid Andrejew hat ein neues Theaterstück vollendet, das „Kirchenbann“ heißt. Als Sujet diente dem Schriftsteller das Anathema, das ein russischer Erzbischof unlängst über einen Abtrünnigen verhängt hat. Das Interesse des neuen Werkes Andrejews gipfelt in der Schilderung des russischen Kirchenmilieus und in der psychologischen Analyse der Hauptperson des Stückes, über die der Kirchenbann verhängt wird. Andrejew läßt eine finnische Übersetzung des Stückes anfertigen, um den „Kirchenbann“ im Falle des Verbotes für Rußland in Finnland aufzuführen zu können.

Wissenschaft und Technik.

Die wiederholt schon gestellte Frage, ob man Erdbeben vorherzagen könne, beantwortet Camille Flammarion, der bekannte Leiter der Pariser Sternwarte, im „New York Herald“ mit einem bestimmten Nein.

Den
fechsch
in Geg
Kirchen
gehaue
Christe
stiers
Kirche,
zu sein
Benefi
Fortge
feigte
Beh is
Kirch
zurück
genau
bildun
Als
grimm
Misch
dem G
drohte
vollzie
den P
Da ho
Beh,
„träfte
die gei
wurde
eine I
Als di
Strie
hieß I
längere
würde
weiter
Geistl
Von 2
Angekl
richts
wahren
schneid
poli
jedem
Wur
lagter
Wurna
zur 3
Statur
Schmi
Mißbi
lichen
zu 150
Marl
und P
der F
richt
Men
bildun
zum 2
der G
gins
numm
dore
baber
selbe
verfich
tag u
lungs
teilten
ordnu
Entw
der R
geschu
die S
berfich
unm
die I
San
gehil
nam
sicher
zur 2
als g
wurde
Arbeit
jehige
nur
eine
würde
Ange
umfal
Kran
Reit
bemel
s
Vorfi
die 2
rich
1907
Rei
Betri
tigter
ta b
gelau
Jahre
1908
um 7
rech
im 2
auf 2
Grund
Allo
gram
Stati
neuer
tur
gerin
bed
1907

„Benefiziums-Bitar“ Johann Fischer hat dem sechzehnjährigen Freirechtler Hartmann in der Kirche in Gegenwart der Christenlehrlingspflichtigen und anderer Kirchendieser drei kräftige Ohrenselgen heruntergehauen. Grund: der junge Mann wohnte zwar der Christenlehre regelmäßig bis zum Schluss bei, verließ aber öfters vor Beendigung der darauffolgenden Andacht die Kirche, um auftragsgemäß im Geschäft seines Bruders tätig zu sein, und erschien nicht in der Schule, wohin ihn der Benefiziums-Bitar befehlen hatte, um ihm für sein früheres Fortgehen eine Arreststrafe zu diktieren. Als der Gelehrte aus der Kirche eilen wollte, ließ der Kaplan Johann Beh ihn nach, holte ihn ein, wobei beide außerhalb der Kirche zu Fall kamen, schleppte den Lehrling in die Kirche zurück und drängte ihn in einen Stuhl. Damit noch nicht genug, erschien Fischer am nächsten Abend in der Fortbildungsschule und wollte dort den Hartmann züchtigen. Als er sich dagegen verteidigte, erhielt er von dem ergrimmten Benefiziums-Bitar wieder eine Ohrfeige vor den Mitschülern und dem Schulverwalter. Dieser „meinte“ (nach dem Gerichtsbericht der „M. N. N.“), es sei besser, die angeordnete körperliche Züchtigung durch den Polizeidienst vollziehen zu lassen. Der Seelforger machte sich auch auf, den Polizeidienst zu holen, traf ihn aber nicht zu Hause. Da holte er dann aus dem Pfarrhof den tüchtigen Kaplan Beh, der im Schulhaus ein als Zeigefab dienendes „kräftiges, wenig elastisches Rohr“ requirierte. So lehrte die geistliche Macht ins Schulzimmer zurück, der Delinquent wurde aus der Bank geholt, vom Benefiziums-Bitar über eine leere Schulbank gedrückt und vom Kaplan verhauen. Als dieser beim Schlag meinte, es sei wohl genug, schrie Fischer: „Schlag nur zu, der verdient's!“ So erhielt der Freirechtler 22 Stockhiebe auf die Verlängerung seines Rückens. Er hatte, wie der Gerichtsbericht ausdrücklich sagt, „zwei Tage lang Schmerzen, hat aber keine weiteren gesundheitlichen Nachteile erlitten“. Die beiden Geistlichen wurden wegen Mißhandlung angezeigt. Von Murnau aus wurde zwar versucht, Stimmung für die Angeklagten zu machen, so daß der Vorsitzende des Landgerichts München 2 sich genötigt sah, sich dagegen zu verhalten, sowie dem Benefiziums-Bitar das Wort abzusprechen, als er in der Verhandlung die Angelegenheit auf politische Gebiet hinarbeitete. Außerst bezeichnend ist es, daß auch die Gemeindeverwaltung Murnau es für angebracht hielt, zugunsten der Angeklagten einen Brief an das Gericht zu schreiben. Der Murnauer Bürgermeister nannte als Sachverständiger den zur Züchtigung verwendeten Stock als „angemessen für die Natur des Hartmann“. Der Münchener Stadtschulinspektor Schmid sprach dagegen in seinem Gutachten die schärfste Mißbilligung gegen das ganze Verhalten der beiden geistlichen Herren aus. Fischer wurde wegen Vergehens im Amt zu 150 M., Beh wegen erschwerter Körperverletzung zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt; beide haben sämtliche Kosten und Auslagen zu zahlen. Mit dieser rechtlichen Sühne kann der Fall nicht abgetan sein. Viele werden aus diesem Bericht erst erfahren, daß es für schulentlassene sechzehnjährige Menschen außer der Verpflichtung zur Teilnahme am Fortbildungsunterricht auch noch einen gesetzlichen Zwang zum Besuch der Christenlehre und irgendeiner Strafe gibt, der geistlichen Macht gibt. Der altchristliche Bischof Eulogius hat sich (so lesen wir zufällig in derselben Zeitungsnnummer) in der Duma dagegen gewehrt, daß er die orthodoxe Kirche mit Weisheit verdrängt habe. Auf dem altbayerischen Land darf der Klerus die Christenlehre auf dieselbe Methode offen betreiben.

* Die deutschnationalen Handlungsgehilfen zur Reichsversicherungsordnung. Der elfte deutsche Handlungsgehilfenstag und elfte Verbandstag des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Stuttgart, wie wir schon mitteilten, hat in einer Entschließung zur Reichsversicherungsordnung sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß in dem Entwurfe die Wünsche der Handlungsgehilfen hinsichtlich der Krankenversicherung so gut wie keine Berücksichtigung gefunden haben. Der Beschluß lautet:

Sollte dieser Entwurf Gesetz werden, so würden damit die Handlungsgehilfen aus der Verwaltung der Krankenversicherung völlig ausgeschlossen, da es ihnen ihrer Zahl nach unmöglich sein würde, sich einen angemessenen Einfluß auf die Leitung der Krankenkassen zu verschaffen. Der Handlungsgehilfenstag erhebt gegen diese den Handlungsgehilfen drückende Benachteiligung den Einspruch, namentlich da gleichzeitig in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung Bestimmungen vorgeschlagen werden, die zur Befreiung der kaufmännischen Hilfskassen als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung führen würden. Sollte die beschriebene Benachteiligung der Arbeiterversicherung die Befreiung der Hilfskassen in ihrer jetzigen Gestalt unbedingt erforderlich machen, so könnte dem nur ausgemittelt werden, wenn gleichzeitig als Ersatz dafür eine Reichskrankenkasse für Handlungsgehilfen geschaffen würde. Diese Reichskrankenkasse müßte alle kaufmännischen Angehörigen mit einem Einkommen bis mindestens 3000 M. umfassen, volle Freiwilligkeit gewähren und die Beiträge, das Krankengeld, die ärztliche Versorgung und die übrigen Leistungen nach den Bedürfnissen der Handlungsgehilfen bemessen.

sh. 32. Deutscher Fleischer-Verbandstag in Stettin. Der Vorsitzende des Verbandes Marx (Frankfurt) eröffnete die Tagung und erstattete hierauf den Geschäftsbericht. Die Ergebnisse der Berufszählung vom 12. Juni 1907 lassen erkennen, daß das Fleischerhandwerk sich in aufsteigender Entwicklung befindet. Die Zahl der Betriebe hat in Preußen seit 1895 um 16, die der beschäftigten Personen um 36 Prozent zugenommen. Die Rentabilität des Fleischerhandwerkes war während des abgelaufenen Jahres im allgemeinen etwas geringer als im Jahre 1907. Die Schlachtungen stiegen während des Jahres 1908 gegenüber 1907 in allen Viehgattungen im Gewicht um 77 Millionen Kilogramm. Das Kilogramm Fleisch rechnet sich im Durchschnitt auf 1,275 M., gegenüber 1,27 M. im Jahre 1907 und 1,47 M. in 1906. Der Fleischkonsum auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, stellte sich nach den Grundlagen des Deutschen Fleischer-Verbandes, auf 44,18 Kilogramm gegenüber 44,03, 40,79, 41,82 und 43,33 Kilogramm in den Vorjahren, erreichte somit seit Bestehen der Statistik den höchsten Stand. Leider ist seit Beginn des neuen Jahres der Konsum zurückgegangen. Die Konkurrenz des Auslandes auf dem Fleischmarkt war gering, sie erreichte nur 0,29 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung gegen 0,23 und 0,75 Kilogramm in den Jahren 1907 und 1906. Hinsichtlich der Mitgliederzahl hat der Ver-

band das 40. Tausend bereits überschritten. Nach einer Besprechung des Geschäftsberichts sprach der Obermeister der Magdeburger Fleischerinnung, Reichstagsabgeordneter Kobelt (Magdeburg), über: Unsere Berufsinteressen und ihre Vertretung in der Öffentlichkeit. Er befuhrortete insbesondere die Öffnung der Landesgrenzen und die Vieheinfuhr aus dem Auslande, solange die heimische Landwirtschaft genügende Mengen schlachtreifen Viehs nicht selbst produzieren und legte im einzelnen dar, wie die Interessen des Berufs in der Öffentlichkeit zu vertreten seien, und zwar auf kommunalem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Der Einzelne soll sich einer politischen Partei anschließen und dort wirken. Die Berufsvereinigungen sollen dagegen unpolitisch sein und auf alle Parteien Einfluß zu gewinnen suchen. Mit der extrem-agrarischen Richtung allerdings sei kein Zusammengehen möglich, wenn man seine Berufsinteressen nicht völlig aufgeben wolle. Eine Richtung, die sich in diesem Jahrwasser beuge, könne für Handwerker-Gewerbe und Mittelstand niemals Erspriechliches leisten. Hoher Wert sei zu legen auf die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses und auf eine fortschrittliche Auffassung des ganzen Berufslebens. Rasches und unerschränktes Vorwärtstreben werde den Stand zu Ehren bringen, trotz aller Feinde und eigenständigen Reider (langanhalt. lebh. Beif.). Hierauf referierte Gewerbevert S. Falk (Mainz) über „Das Verhältnis zwischen Innungen und Gesellenauschüssen“.

sh. 36. Deutscher Gastwirtstag in Kiel. Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches trat vorgehens im Hotel „Schloßhof“ in Kiel der unter dem Ehrenvorsitz des Kieler Oberbürgermeisters und Ehrenhausmitgliedes Dr. Fuhs stehende 38. Deutsche Gastwirtstag zu seiner öffentlichen Hauptversammlung zusammen, nachdem tags vorher die Bevollmächtigten-Sitzung des Deutschen Gastwirtstages vorausgegangen war. Der Generalsekretär des Verbandes Brüdner-Berlin erstattete das Referat über das Hauptthema der Verhandlungen, die Reichsfinanznot. Der Redner legte der Versammlung eine Resolution vor, in der der 38. Deutsche Gastwirtstag auf Grund der mit allen Gastwirtsverbänden gehaltenen Rücksprache beschließt, daß allen Kollegen aufgegeben wird, mit den Brauereien ihres Bezirks Verträge zu vereinbaren, nach welchen ein fester Bierlieferungspreis den Gastwirten, Händlern, Kantinen usw. und ein fester Mindestverkaufspreis den Gastwirten bei einem Mindestmaß festgelegt werden muß, wogegen sich die Brauereien verpflichten müssen, an Wirte, welche jene Preise unterbieten, kein Bier zu liefern. Es ist weiter eine Vereinbarung zu treffen, daß alle Verzinsungen, Weihen, Rabatte und dergleichen an Wirte, Händler, Kantinen usw. unterbleiben. Generalsekretär Brüdner begründete diese Resolution und schloß mit den Worten: Wenn wir in dem bisherigen Kampfe um die Befreiung der Produktionsbefreiung den Sieg davontragen, so dürfen wir mit Sicherheit auf ihn auch in den Verhandlungen rechnen. Wenn nun aber das deutsche Volk für sein Nationalgetränk, von dem man mit Recht behaupten kann, daß es ein Genuss- und gleichzeitig auch ein Nahrungsmittel ist, sein Schicksal auf den Altar des Vaterlandes opfern muß, wenn diese drohende Steuerlast nicht abgewendet werden kann, so wird sich auch der Gastwirtsstand nicht fügen. Da er aber dann eine Mittelsperson zwischen Fiskus und Konsumenten ist, muß dem Gastwirt auch die Abwälzungsmöglichkeit seitens der Regierung gewährt werden. So nun das Plenum sich dem Kommissionsbeschlusse anschließen wird oder nicht, so ist es doch immerhin notwendig, auf alle Fälle die notwendigen Mittel und Wege zur Abwälzung umgehend zu beraten. Zu Beginn der Debatte teilte der Vorsitzende mit, daß einem Verbandsbeschlusse entsprechend Güter mit Sonderzollsetzung zur Stelle seien, um an diesem zu zeigen, daß mit dieser Güterform am besten die Abwälzung der erhöhten Steuer auf das Publikum erfolgen könne. Was die Verhandlungen mit den Brauereien anlangt, so sei es beabsichtigt, daß diese schon 1908 gegen die Gastwirte mit der Forderung der Kontingentierung Stellung genommen hätten. Öffentlich lasse sich noch ein Weg finden, auf dem Gastwirte und Brauereien gemeinsam vorgehen können. — Fischer-Berlin wandte sich gegen die sogenannten staats-erhaltenden Parteien. Als eine solche riefte sich gern das Agrarierum auf. Dieses habe immer versucht, die Lasten auf das Bürgerum abzuwälzen. Die Gastwirte hätten keine Verantwortung, zu dieser Partei zu stehen und still zu dulden, daß man sie immer wieder mit neuen Steuern belaste. Herzberg-Berlin protestierte energisch gegen jede weitere Belastung des Bierstandes, wie sie die vorgeschlagenen Steuern bringen, und legt eine umfangreiche Resolution vor, an deren Schluß die Regierung aufgefordert wird, lieber den Reichstag aufzulösen, als die Beschlüsse der Kommissionskommission zu akzeptieren. (Verfall.) — Köster-Altona wendet sich gegen ein Zusammengehen mit den Brauereien. Das deutsche Gastwirtsgebet sei selbstständig und kräftig genug, um allein vorgehen zu können. — Bresse-Reddinghausen wendet sich ebenfalls gegen ein Zusammengehen mit den Brauereien, deren erdrückende Kapitalmacht die Gastwirte immer gefährdet habe. — Der Kappel-Wülheim fürchtet, daß die Großbrauereien gegenwärtig hinter dem Vorhange mit der Regierung partiere und die Kontingentierung doch wieder in das Gesetz hineinbringen werden, um die Gastwirte damit zu überrumpeln. (Sehr richtig!) — Der Verbandstag beschloß sich darauf mit dem Entschlusse, dessen Wahrung unter dem Gesichtspunkt der Brauereiverhältnisse geboten erscheint. Hierzu werden angenommen ein Antrag der Zone Thüringen und des Vereins Gießen, wonach bei der voranschreitend ein-tretenden Erbschaftsteuer der Erbschaftsteuer die Glas-hätten für die Notwendigkeit des Glaszuges veran-twortlich gemacht werden, ein Antrag der Zone Ostpreußen auf Haftung der Brauereien und Fabrikanten für richtige Eichung der Schankgefäße sowie der Brauereien für die Verabreichung. Ferner sprach sich der Verbandstag gegen eine Erhöhung der Stempelsteuer für Lustorteiten aus. Hierzu wurde ein Antrag der Zone Westpreußen und des Vereins Ebing angenommen: Der Verband möge Mittel und Wege suchen, um eine Ministerialverordnung zu erlangen, die eine einheitliche Verordnung hinsichtlich der Lustbarkeiten am Palmsonntag und den drei ersten Festtagen herbeiführt. — Die weiteren Verhandlungen be-traten interne Angelegenheiten, so einen Versicherungsab-schluß von Bierden in Göttingen, der mit dem Abnehmen des Deutschen Versicherungsverbandes in Stuttgart in die Wege geleitet werden soll. — An den Kaiser wurde ein Gruß-telegramm geschickt.

sh. Die diesjährige Tagung des Deutschen Fischerei-vereins wurde in Dresden im Saale der zweiten Kammer mit einer Sitzung des Deutschen Fischereirates eingeleitet. Nach dem Jahresbericht hat der Verein vom Reichstags- und Innern, abgesehen von dem letzten Jahreswuch, für be-sondere Zwecke den Betrag von 21 000 M. zugewiesen er-halten. Diese Mittel sind namentlich zur Aussetzung ver-schiedener Fischbrut in den heimischen Gewässern verwan-delt worden. Es wurden dann verschiedene fischereiwirtschaftliche Angelegenheiten erörtert, u. a. verlangte Prof. Dr. Hofe-r-Wandern, daß die Fischkrankheiten unter das Reichssteuer-gesetz fallen sollten. E. Jahreskonferenz der Prediger der Methodistenkirche von Süddeutschland. Vom 9. bis 14. Juni tagte in Stutt-gart unter dem Vorsitz von Bischof Dr. Furtz die Jahres-konferenz der Prediger der Methodistenkirche von Süddeutsch-land. Ca. 130 Prediger nahmen an derselben teil. Die Konferenz beschäftigte sich mit Fragen religiöser ethischer und sozialer Art; außerdem auch mit der Regelung aller resp.

kirchlichen Angelegenheiten. Die von dem Distriktsvorsteher abgegebenen Berichte verzeichneten ein Wachstum der Methodistenkirche in Süddeutschland. Allein in Württem-berg wurden in den letzten 5 Jahren 13 Kapellen und Pfarr-häuser erbaut. Da alle diese Bauten ohne jede staatliche Hilfe ausgeführt werden, zeugt diese Tatsache von großer Opferwilligkeit der Gemeinden. In Gesamtbeiträgen für kirchliche und wohltätige Zwecke wurden im letzten Jahre 320 000 M. gegeben von einer Mitgliederzahl von 12 800 Mitgliedern. In Süddeutschland 120 Kapellen und Pfarrhäuser im Gesamtwert von 3 600 000 M. Durch zwei Diakonissenvereine mit ca. 450 Diakonissen sucht sie den Kranken und Armen zu dienen. Die Konferenz zeugt davon, daß in dem süd-deutschen Zweig der Methodistenkirche ein reges Leben pulsiert.

Parlamentarisches.

Die Kommission des Reichstags zur Vorbereitung des Getreidentwurfes, betreffend die zollwidrige Ver-wendung der Gerste, nahm mit 9 gegen 3 Stimmen den Entwurf in erster Lesung unter gleichzeitiger Annahme verschiedener Anträge des Abgeordneten Spöck (Zentrum) an, die bezwecken, daß alle aus dem Aus-land eingehende Gerste, auf die der Zollfuß von 1 M. 30 Pf. für den Doppelzentner in Anwendung kommt, durch Härden kennlich zu machen ist, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß sie zur Bereitung von Malz ungeeignet ist oder daß sie hierzu nicht ver-wendet wird.

Geer und Flotte.

Zwei Pioniere ertranken. Bei einer militärischen Übung im Brückenschlagen auf dem Großen Rhein bei Straßburg kenterte ein Bonton mit acht Mann des badischen Pionierbataillons Nr. 14 in Nehl. Sechs Pioniere konnten sich retten, Hippold aus Greffern und Baier aus Neustadt im Schwarzwald ertranken. Beide dienten im zweiten Jahre.

Ein militärisches Jubiläum des bayerischen Prinz-Regenten. Ein seltenes Armeejubiläum wird der 99-jährige Prinz-Regent von Bayern begehen. Am 1. November werden 70 Jahre verflossen sein, daß er von seinem Vater König Ludwig I. zum Oberinhaber des 1. bayerischen Feldartillerie-Regiments ernannt worden ist. Die bayerische Armee, besonders die Artillerie, schickt sich an, den in ihrer Geschichte einzig dastehenden Gedenktag würdig zu begehen.

Ausland.

Frankreich.

Streikausbreitungen an der Grenze.

Die Arbeiter der vereinigten Werke von Pont-a-Mousson in Lucoms sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Die Streikenden verhalten sich sehr unruhig. Französisches Militär in der Stärke eines Bataillons ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein-gezogen. Die Gendarmerie wurde auf 30 Mann ver-stärkt. Der französische Polizeikommissar aus Briey wurde schwer mißhandelt und mit Steinen beworfen, dem Bürgermeister wurde die Schärpe abgerissen. Es werden größere Erzeffe befürchtet, da die Arbeiter be-absichtigen Versammlungen unter freiem Himmel ab-zuhalten. Die deutsche Grenzpolizei hat im Verein mit der französischen Grenzpolizei aller Vorkehrungen getroffen, um einen Übertritt der Erzedenten auf deutsches Gebiet zu verhindern.

England.

Eine neue Armeeverordnung.

Da beobachtet wurde, daß britische Offiziere in der letzten Zeit bei der Ausübung von Gastfreundschaft ausländischen Kameraden gegenüber nicht immer die nötige Vorsicht in der Wahrung mili-tärischen Geheimnisses walten ließen, hat der Armeerat in einer eigenen Verfügung solchen be-sonders darauf Bezug genommen. Künftig müssen englische Offiziere, wenn sie in ihren Garnisonen aus-ländische Offiziere empfangen wollen, vorher die Er-Laubnis des Kriegsministers einholen. Auf keinen Fall aber dürfen sie den Gästen militärische Ein-richtungen, Waffen, Bücher über militärische Dinge usw. zeigen.

Bei der Interpellation über den Zarenbesuch im Unterhause rief der Abgeordnete Thorne aus, er hoffe, daß den Zaren sein wohlverdientes Schicksal erreichen werde, er sei un-menschlich roh.

Serbien.

Massenunterschlagungen von serbischen Staatsgeldern.

In Belgrad spricht man jetzt von Massen-unterschlagungen von Staatsgeldern in der serbischen Staatskasse. In der Grundbuch-Abteilung für die Überschreibung von Immobilien fehlt in vielen Dokumenten der Stempel, den einzelne Beamte unterschlagen haben sollen. Eine Unter-suchungskommission ist eingesetzt worden. Auch beim serbischen Konsulat in Saloniki entdeckte man einen großen Abgang von Staatsgeldern, ebenso bei dem Konsulat in Ueskueh, wo das Defizit 150 000 Frank betragen soll.

Vereinigte Staaten.

Der Bericht des Sonderauschusses, der vom Gou-berneur des Staates New York zur Untersuchung der Frage der Spekulation in Wertpapieren und Waren im State New York eingesetzt war, ist nunmehr erschienen. Bei der Mehrheit der Reformen wird empfohlen, daß es den Gouverneuren der ver-schiedenen Börsen überlassen werden soll, sie in Wirk-samkeit zu setzen. Was die New Yorker Börse an-betrifft, so wird für den Fall, daß Corners, Auf-käufer, entdeckt werden, das Einschreiten des Gouverneurs angeraten mit der Machtvoll-kommenheit, den Preis der betreffenden Ware festzu-legen. Ferner wird vorgeschlagen, daß die Gouverneure

der Börsen die Vollmacht haben sollen, von Zeit zu Zeit die Bücher der Mitglieder der Fondsbörse einzusehen. Die Fondsbörse wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Publikum auf Reformen von außen bestehen wird, wenn die jüngst jutage getretenen Mißstände von der Börse selbst nicht abgestellt werden. Der Bericht des Ausschusses schließt mit einer kurzen Darlegung der Untersuchung der Börsenverhältnisse in Deutschland im Jahre 1892 und der Wirkungen des im Jahre 1896 in Deutschland erlassenen Börsengesetzes.

Nach zweitägiger Debatte hat der Senat die Zollfreiheit für Philippinentabak auf 1000 Pfund und 70 Zigarren beschränkt. Der Republikaner E. Borah stimmt der demokratischen Forderung, den Philippinen die Unabhängigkeit zu gewähren, zu. Senator Root erklärte, das Endziel für die Entwicklung der Philippinen sei eine Kubastellung, doch werde es kein Anwesender erleben.

Brasilien.

Die Ärzte sind benachrichtigt worden, daß der Tod des Präsidenten Venena angeblich infolge moralischer Erschütterung, veranlaßt durch politische Ereignisse erfolgt ist. Das Parlament hat einen unbegrenzten Kredit für die Beisetzung des Präsidenten, welche gestern nachmittag um 3 Uhr stattfindet, bewilligt.

Luftschiffe und Aeroplane.

hd. New York, 16. Juni. In Nebraska stieg der Luftschiffer Gregschmid auf. In einer Höhe von 8500 Fuß versuchte er den Abstieg in einem selbstkonstruierten Aeroplane. Die Maschinerie geriet in Unordnung und der Aeroplane stürzte ab, wobei der Aeroplane völlig zerstört wurde. Der Insasse blieb im wesentlichen unversehrt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 18. Juni.

— Die Großherzogin-Mutter von Luxemburg, Herzogin von Nassau, ist vorgestern Abend, aus Dessau kommend, wieder aus ihrem Schlosse zu Königstein eingetroffen.

— Kurhaus-Gartenfest. Die Kurverwaltung hat heuer mit ihren Veranstaltungen im Freien Glück. Im Naturtheater im Aerotal konnte jede Vorstellung programmäßig vor sich gehen, und teils der bis jetzt stattgefundenen Gartenfeste ist verregnet. Auch das gestrige Gartenfest fand unter heiterstem Himmel statt. Der Besuch war infolgedessen schon am Nachmittag, wo zunächst das städtische Kurorchester unter Herrn Assernis Leitung, und dann das Originalrussische Balalaika-Korps unter der Leitung des Hofkapellmeisters Major Faltis konzertierte, ein ausgezeichneter; er steigerte sich am Abend, wo es außer den musikalischen Genüssen, die sich aus den beiden hochgewölbten Pavillons über den weiten Kurparkplatz und die stattlichen Terrassen ergossen und in die schattigen Baumgänge der Anlagen eindrangen — soweit sie eben reichten, noch der Genuß eines großen Feuerwerks gab, dem sich — Genuß über Genuß! — ein großer Ball im großen Saal anschloß. Die Leitung des städtischen Kurorchesters lag am Abend in den Händen des Herrn Kapellmeisters J. rmer; in dem zweiten Pavillon spielten wieder die Russen, manchmal für unser Gefühl weniger schön als original, und öfters so wenig kräftig, daß man sich schon nicht vor die „Reifenmaschine“ stellen mußte, um festzustellen, daß der mit den weißbehaudelten Händen und mit dem Kopf dirigierende Russe und Hofkapellmeister Faltis wirklich etwas dirigierte. Mehrmals mußten sich die Russen zu kleinen Zugaben verstehen. Als um 10 Uhr etwa die elektrische Beleuchtung ausgeschaltet wurde und die ersten Feuerhüllen gegen den sternhellen Himmel zischten, und, pfeifend auseinanderprühend, einen goldenen Funkenregen zum Weiber herabsandten, da wandte sich die Aufmerksamkeit dem Schauspiel des Abends zu, das Herr Hofmusikfeuerwerker Adolf Claus mit gewohnter Meisterschaft in Szene setzte. Es rollte und donnerte in den Büschen, es blühte in der Höhe, Raketen zeichneten glühende Striche auf die dunkle Nacht, Feueräder drehten sich, silberglänzende Funken rauschten breit und mächtig, gleich einem Wasserfall nieder, ein Feuerreiter wühl über den Weiber, und ritt noch, als der Gaul bis auf Huße und Schweif sich aufgelöst hatte, eine Kanonade schickte ihren Donner weit hinaus und bengalischer Feuer tauchten die Bäume in die Farben des Regenbogens. Der große Leuchtkugel-Blumenstrauch verkündete das Ende des Feuerwerks — es plätscherten und rauschten die hochaufsteigenden Springwasser. Im großen Saal waren währenddessen die Geigen gestimmt — der Tanz begann.

— Das Pressefest zum Besten der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller, welches anfangs Mai im „Paulinenschloßchen“ seitens des „Vereins Wiesbadener Presse“ gegeben wurde und das einen so schönen Verkauf nahm, hatte auch finanziell einen sehr erfreulichen Erfolg. Es brachte eine Reineinnahme von über 2000 M. Dies sei nachträglich gegenüber tendenziösen Falschmeldungen noch festgestellt.

— Militärisches. Am Montag sowie am letzten Samstag weite der kommandierende General v. Eichhorn in Mainz, um das zurzeit auf dem Großen Sande übende 3. Bataillon des Füsilier-Regiments Nr. 80 zu besichtigen. Gleichzeitig wurde auch das in Kassel garnisonierende Pionierbataillon Nr. 21 im Gefechtsgeräten und im Brückenbau dienste einer Besichtigung unterzogen. Die letzteren fanden auf dem Übungsgelände bei Gustavsburg statt. Am nächsten Samstag wird der Korpskommandeur ebenfalls nach Mainz kommen, um die Regimentsbesichtigung des Magdeburgischen Dragoner-Regiments Nr. 6 vorzunehmen. Hierzu wird außer dem neuernannte Kommandeur Generalleutnant v. Scholz auch der neuernannte Kommandeur der 21. Kavalleriebrigade, Oberst Prinz Albert von Schleswig-Holstein erwartet. Das Brigade-Exerzieren der

21. Kavalleriebrigade (Dragoner-Regiment Nr. 6 zu Mainz und Ulanen-Regiment Nr. 6 zu Hanau) soll in diesem Jahre nicht im Mandövergelände, sondern auf dem Griesheimer Exerzierplatz bei Darmstadt stattfinden. Die im Mandövergelände sich besonders hoch stellenden Futterkosten sollen dabei den Ausschlag geben.

— Wiesbadener Wasserschürungen in Hessen. Die hiesige Stadtverwaltung hat bekanntlich mit der Gemeinde Küsselsheim wegen Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Trinkwasser in deren Gemarkung einen Vertrag abgeschlossen, dem die Großh. hessische Regierung zu Darmstadt, die das Wasser für die einheimischen Gemeinden reserviert haben möchte, die Genehmigung versagte. Der Gemeinde Küsselsheim liegt jedoch viel an dem Zustandekommen des Vertrages, da ihrer Kasse dadurch große Mittel zusschießen; sie hat deshalb eine Deputation gewählt, die bei dem Minister des Innern in Darmstadt persönlich vorstellig werden soll, um dessen Zustimmung zu dem Vertrag zu erwirken.

— Zum Schutze der Waldpromenadenwege hat der Magistrat folgende Bekanntmachung erlassen: „Das Reiten und Fahren auf den nur für Fußgänger bestimmten Waldpromenadenwegen und den seitlichen Schlägen der Waldstraßen ist bei Strafe verboten. Warnungstafeln mit bezüglicher Aufschrift machen die für Reiter und Fuhrwerke verbotenen Wegeflächen kenntlich. Die städtischen Waldschutzbeamten sind angewiesen worden, jede mißbräuchliche Benutzung dieser Privatanlagen der Stadt Wiesbaden zur Anzeige zu bringen. Unter Hinweis auf die Vorschriften und Strafbestimmungen der Regierungswege-Polizeiverordnung vom 7. November 1899 für öffentliche Wege ersuchen wir alle Beteiligten, obiges Verbot genau zu beachten.“

— Feldbergfest. Am nächsten Sonntag findet, wie bereits erwähnt, das Feldbergfest statt, das bekanntlich alljährlich eine große Anziehungskraft auf jung und alt ausübt. In diesem Jahre ist ein besonders zahlreicher Besuch aus Turnerkreisen zu erwarten, da größere Turnfeste oder größere turnerische Wettkämpfe innerhalb der Deutschen Turnerschaft nirgends stattfinden. Ein herrliches Bild ist es, die große Anzahl Wettturner in den Strahlen der frühen Morgensonne die Freiübungen flott und ergalt auszuführen zu sehen. Ausschließlich große, kräftige und geschmeidige Turnergestalten, wie sie sich sonst nicht so leicht zusammenfinden. Als Wettübungen sind in diesem Jahre Freihochsprung, Weitsprung, Steinstoßen, Laufen über 100 Meter und eine Pflichtfreiübung gewählt worden, welche letztere schon vor etwa 6 Wochen bekannt gegeben worden ist. Die Wertung geschieht an 17 verschiedenen Übungsplätzen von etwa 60 Kampfrichtern nach der Deutschen Wettturnordnung. Beim Hochsprung zählen je 5 Zentimeter über 1,20 Meter, beim Weitsprung und Steinstoßen je 10 Zentimeter über 4 Meter 1 Punkt. Letzteres wird mit einem eisernen Wurfel oder einer Kugel im Gewicht von 15 Kilogramm ausgeführt. Beim Laufen zählt jede ¼ Sekunde, welche weniger als 16 Sekunden gebraucht wird, 1 Punkt (12 Sekunden = 20 Punkte). 1100 Wettturner sind bis jetzt gemeldet, darunter solche aus den entlegenen Städten Eplingen, Stuttgart, Würzburg, Siegen, Mannheim, Ulm, Reus, Münster usw. Dieselben treten morgens 6½ Uhr am Brunhildisfels in 17 Riegen an. Es folgen allgemeine Freiübungen und dann das Wettturnen. Von 12 Uhr mittags ab tragen zahlreiche Spielabteilungen Wettspiele aus und um 1 Uhr singt die Gesangserschaft des Rain-Tannengärters, welche aus 18 Gesangrieger besteht, zwei Massenlieder und zwar: „Das deutsche Lied“ von Kalliwoda und „Das Turnerlied“ von W. Kleinschmidt, unter der Leitung der Herren Graf, Bodenheim, und W. Armann, Höchst a. M. Gute Wege durch herrliche, schattige Wälder führen von Cronberg und Oberursel in etwa 2, von Homburg und Niedernhausen in etwa 3 Stunden auf den Berg, von dessen Gipfel man einen wunderbaren Rundblick genießt. Bei klarem Wetter sieht man im Osten den Inselberg bei Gotha, das Rhöngebirg bei Fulda und den Spessart, im Süden bis zum Rapenbuckel, dem Weibolus und Königstuhl bei Heidelberg, das Münster von Straßburg und Teile der Vogesen, nach Westen den Donnerberg und die Berge bei Kreuznach, Bingen und der Mosel, nach Nordosten und Norden die Berge des Westerwaldes, den Dynenberg bei Siegen und den Reichner in Niederhessen.

— Die Haftung beim Turnunterricht. Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung für den Turnunterricht fällt das Oberverwaltungsgericht. Der Quintaner P. einer höheren Lehranstalt war beim Bodspringen gefallen und hatte sich den linken Arm schwer verletzt, so daß die linke Hand fast unbrauchbar wurde. Der Vater des Knaben machte gegen den in Frage kommenden Turnlehrer Entschädigungsansprüche geltend, weil die Verletzung auf dessen Fahrlässigkeit zurückzuführen sei. Quintaner dürfen überhaupt noch nicht über Böcke springen; wenn sie es aber täten, so müßten zwei zuverlässige Schüler zur Hilfeleistung vorhanden sein. Ehe es zu einer gerichtlichen Entscheidung kam, erhob das Provinzialkollegium zugunsten des Turnlehrers Einspruch unter Hinweis darauf, daß der Lehrer seine Pflicht nicht vernachlässigt habe. Nachdem das Oberverwaltungsgericht noch ein Obergutachten des Direktors der Landesturnanstalt eingeholt hatte, erklärte es den Einspruch für begründet und stellte das gerichtliche Verfahren gegen den Turnlehrer endgültig ein. Nach den neuen Vorschriften sei es — so führte das Oberlandesgericht aus — nicht verboten, daß Turnlehrer Quintaner über die Böcke springen lassen; dem Obergutachten zufolge erscheine es auch ausreichend, daß nur ein Schüler zur Hilfeleistung an jedem Bod ausgestellt werde.

— Wem gehört das Geld? 336. 10 000 Kronen = 8000 Mark hat ein Anton Fischer geerbt, 57 Jahre alt, gebürtig aus Markersdorf bei Breitenau i. Osterr.-Schlesien. Der Mann ist leider nicht zu finden; anscheinend lebt er irgendwo in Not und Armut. Vor zwei Jahren war er in einem Spital, seit dieser Zeit haben seine Angehörigen nichts mehr von ihm gehört. — 337. Gesucht wird eine Frau Theresia Fritschner aus Michelsdorf bei Landskron in Oesterreich. Sie ist vor etwa 17 Jahren mit ihrer damals minderjährigen Tochter, die ebenfalls Theresia hieß, von dort fortgezogen. Die Frau hat eine Erbschaft gemacht. — 338. Auf einem norwegischen Dampfschiff, das seit 14. Dezember 1907

verschollen ist, ist wahrscheinlich auch ein angeblich deutscher Matrose E. Meyer, über dessen Personalien jede nähere Angabe fehlt, untergegangen. Es ist ein Nachlaß von ihm vorhanden. Wer kann Erbschaftsprüfung geltend machen? — 339. In einer Erbschaftsache werden als Erben gesucht die zwei Töchter des verstorbenen Herrn Johann Jakob Reinert Kothermundt in Ottersen, namens Vertha und Elfriede, sowie die Kinder eines Herrn Heinrich Reimer Theodor Kothermundt. Wer kann Auskunft geben? — 340. Der Arbeiter Hermann Danneberger, 1861 in Logau geboren, ist vor Weihnachten in einem Krankenhaus in Nordenham gestorben. Seine Erben sind unbekannt und werden gesucht. — 341. In Schaffhausen starb vor 10 Jahren die unverehelichte Anna Maria Bornhauser, geboren in Waldshut im Großherzogtum Baden als Tochter eines Valthasar Bornhauser und dessen Ehefrau Marie, geb. Vonderach. Erben konnten bisher nicht ermittelt werden. — 342. Wer hat Erbschaftsprüfung an den Nachlaß der am 2. April in Breslau verstorbenen Partikuliere Eugenie Figulus? — 343. Erben werden gesucht für den Nachlaß eines Ludwig Heinrich Karl Agenskiöld, Gärtner, ledig gewesen, 1844 geboren in Sieberhof bei Greiffenberg in der Udermark als Sohn des Amtmanns Friedrich Adolf Andreas Agenskiöld und dessen Ehefrau Friederike Marie Johanna, geb. Blank. Der Großvater war der Friseur Friedrich Joachim Agenskiöld, angeblich in Neustrelitz gestorben. Geschwister des Vaters und des Großvaters, bezw. Abkömmlinge derselben konnten bisher nicht ermittelt werden, sind aber erbberühmt. — 344. 300 Mark hat ein Handarbeiter Karl Gottlob Aehlig, genannt Heymann, hinterlassen. Er ist 1830 geboren als unehelicher Sohn einer Johanne Sophie Aehlig, genannt Walther. Erben sind unbekannt. — 345. An dem Nachlaß einer Agnes König sind erbberühmt die Erben eines in Berlin verstorbenen praktischen Arztes Johann Flug. Diese sind unbekannt und werden gesucht. — 346. 100 M. sind im Erbverfall zwei Arbeitern, Stephan Viniash und Joseph Schwarz. Ersterer soll vor 15 Jahren in Neustadt bei Posen gelebt haben, letzterer in Stolz i. Sa. Ihr gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt.

— Steuerzahlung. Die erste Rate der Staats- und Gemeindesteuern ist im Laufe des Monats Juni bei der städtischen Steuerkasse im Rathaus einzuzahlen. Die Kasse ist von 8 bis 12½ Uhr geöffnet, da aber in den letzteren Vormittagsstunden, namentlich um die Mittagsstunde, meist größerer Andrang von Steuerzahlern ist, so empfiehlt es sich, mehr die Zeit von 8 bis 10 Uhr zu wählen. Wer dazu in der Lage ist, wird sich Zeit und Unbequemlichkeiten ersparen.

— Bestrafte Kirchendiebe. Auf eine mehr originelle als menschenfreundliche Weise hat sich ein Bäuerlein „über der Höhe“ an seinen Kirchendieben gerächt. Hat er da bei seinem Häuschen ein Kirschbäumchen, das zwar nicht sehr viele, aber dagegen desto bessere Kirchen trägt, was Wunder, daß die Dorfbuben hinter den Kirchen her sind, und der Bauer hinter den Buben. Am Fuße des Baumes hat sich ein Wespenschwarm eingenistet. Als nun der Bauer eines Tages einige Buben auf seinem Bäumchen ertappt, jagt er einen teuflischen Plan. Mit einer langen Stange bohrt er so lange in der Behausung der Wespen herum, bis diese ganz wütend hervorschießen, um sich auf den Attentäter zu stürzen. Doch dieser ist verschwunden, dagegen aber fallen die Wespen über die Diebe her, die heulend und furchtbar zerstoßen das Weite suchen. Ob sie sich das Kirchendiebstahl abgewöhnt haben?

— Kleine Notizen. Die Vakanzliste für Militär-ambulant Nr. 24 liegt in unjerer Expedition unentgeltlich zur Einsicht offen.

— Israelitische Gottesdienste. Israelitische Kultus-gemeinde. (Synagoge Michelsberg.) Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 7.30 Uhr, Sabbat: morgens 8.30 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 9.40 Uhr. Wochentage: morgens 6.30 Uhr, nachmittags 7.30 Uhr. Die Gemeindebibliothek ist geöffnet: Sonntag von 10 bis 10½ Uhr. — II. Israelitische Kultusgemeinde. (Haupt-synagoge: Friedrichstraße 25.) Freitag: abends 7½ Uhr, Sabbat: morgens 6½ Uhr, nachmittags 9½ Uhr, Jugendgottesdienst 3¼ Uhr, nachmittags 4 Uhr, abends 9.40 Uhr. Wochentage: morgens 6½ Uhr, abends 7½ Uhr.

Vereins-Nachrichten.

* Nächsten Sonntag, den 20. Juni, unternimmt der Männergesang-Verein „Cecilia“ einen Familien-Ausflug nach Königshofen (Mitglied Ruh). Gemeindefam. Abmarsch vormittags Punkt 8 Uhr vom Kaiser-Friedrich-Platz.

* Der Männergesang-Verein „Hilde“ veranstaltet am Sonntag, den 20. Juni, bei günstiger Witterung auf dem Turnplatz „Hilberg“ sein diesjähriges Sommerfest. Für Unterhaltung ist reichlich gesorgt.

* „Wiesbadener Carneval-Gesellschaft“. Das große Volksfest findet nunmehr Sonntag, den 20. Juni, auf der „Alten Adolphshöhe“ (Wesiger Joh. Pauli) statt. Wie bereits erwähnt, sind Garten und Saal hierfür reserviert. Für Volksbelustigungen, Kinderspiele usw. werden ca. 30 Preise zur Versteigerung kommen. Die im Garten zur Schau kommende „Ausstellung für Handwerk, Gewerbe, Kunst und Gartenbau“ ist inzwischen noch bereichert worden. Der Eintritt ist auf nur 10 Pf. à Person festgesetzt, Kinder sind frei. Auch findet die Gesamtfestlichkeit nur bei Bier statt.

Vereins-Versammlungen.

* Verein pensionierter deutscher Reichs- und Staatsbeamten. Die Monatsversammlung vom 11. d. M. im „Friedrichshof“ folgte mit großem Interesse einem Vortrage des Vorsitzenden Bander über die in den Verbandszeitungen und der Tagespresse erörterte Frage: „Was haben die Pensionäre von den Parlamenten zu erwarten?“ Dabei wurde besonders die warmherzige Hilfe hervorgehoben, mit der sich die Abgeordneten Justizrat Reyer und Oberzolllsekretär Wolkowski in der Pensionärsversammlung vom 24. d. M. in Berlin zugunsten der Pensionäre ausgesprochen hatten. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Charakter der Pensionen gegenüber falschen und beamtenfeindlichen Angriffen und die Stellung der Pensionäre im Gegensatz zu den Erwerbsständen erläutert und eine Reihe von Vereinsfragen besprochen. Die Versammlung beschloß, beim Zentralverband in Berlin vorbereitende Schritte zu einer neuen Witschrift für die Verbessehung durch den Vorstand schon jetzt anregen zu lassen und wie im Vorjahre die Freitagssamstagskommuniqué sowie die Monatsversammlungen für die Zeit von jetzt bis Ende August d. J. ausfallen zu lassen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

[?] Dohheim, 17. Juni. Der Gemeinderat betrat in seiner geizigen Sitzung die Pflanzung des Linoleums für den Schulhausneubau in der Schwalbacher Straße dem Mindestfordernder, Herrn Karl Grävia-Wiesbaden. — 34

der Vertheilung der Grasnutzung der Gemeinbewiesen im Distrikt „Loh“ mit einem Erlös von 48 M. wurde die Genehmigung erteilt; desgleichen zu der Verpachtung der Pflanzheide mit Keller zum Preise von 68 M. Der Biegeleitwitzer W. Zinnenlohl gibt aus seiner Wasserleitung Wasser an die Walderholungsstätte ab und sucht zur Schaffung von Ertrag um die Genehmigung nach, seine Fabrik mit dem Anschluss an die Gemeinbewässerung zu versehen. Dieselbe wurde erteilt.

— Rübshelm, 17. Juni. Am 4. und 5. Juli feiert der Bergbauverein „Geldweih“ sein 10jähriges Stiftungsfecht mit Fahnenweihe. Die neue Fahne ist bei der Frau Victor Wiesbaden bestellt, nachdem diese der Feuerwehr und dem Gesangsverein „Niedertranz“ prächtige Fahnen lieferte.

Raffanische Nachrichten.

— Meidenstadt, 17. Juni. Die Fahnenweihe der Turngesellschaft hatte 18 Brudervereine in unser Dorf und auf den schon gelegenen Festplatz geführt. Leider hat das Wetter viel zu wünschen übrig gelassen. Die Festungsfrauen übergaben die Fahne auf dem Festplatz mit einer entsprechenden Ansprache, die von Fräulein Anna Waldring gesprochen wurde, während Fräulein Gottwald einen von Herrn Waldring verfassten Prolog vortrug. Nach der Fahnenweihe lehrte der Festzug in das Gasthaus von Adolf Conradt zum Langmuß statt. Im Saale führte die Damenriege des Turnvereins Dörsheim eine Stabführung vor, die vielen Beifall fand. Die Festungsfrauen haben die Stiftung einer Fahnenweiche in Aussicht gestellt.

!! Rübshelm a. Rh., 17. Juni. Das 4jährige Söhnchen des Bahnarbeiters Gerk, welches heute in den Rhein fiel, wurde unter eigener Lebensgefahr von dem Bahnarbeiter Peter Schmidt von hier gerettet.

— Cronberg, 17. Juni. Die Kronprinzessin von Griechenland besuchte gestern das deutsche Offiziersgymnasium in Haffenstein. Das Großherzogspaar von Hessen ist auf Schloß Friedrichshof eingetroffen. Die Rückfahrt nach Wolfsgarten erfolgt heute nachmittags 3 Uhr.

— Oberstedten, 17. Juni. Hier fand am Samstagabend eine zahlreich besuchte Versammlung der freisinnigen Volkspartei statt, in der Stadtverordneter Goll das Referat hatte. Herr Goll erörterte in 1 1/2 Stunden, sehr oft von Beifall der Zuhörer unterbrochener Rede die politische Lage, unter besonderer Berücksichtigung der neuen Steuern. Er geißelte das Verhalten der Rumpfkommision und die Schwäche der Regierung diesen Parteien gegenüber. Eingehend schilderte er das schädliche Verhalten des Bundes der Landwirte gegenüber dem Bauernstand und fand bei diesen Ausführungen den Beifall der zahlreich erschienenen Landwirte. Die Versammlung gab wieder ein erfreuliches Zeichen über die fortschreitende Bewegung des Liberalismus im 1. Raffanischen Wahlkreis. Vor kurzem hatte eine ähnliche Versammlung in Cronberg stattgefunden, und werden sich nun weitere Versammlungen in Dörsheim und in Wallau anschließen. Wie schon berichtet, veranstaltet der freisinnige Verein in Oberurjel am kommenden Sonntag, den 20. d. M., ein Sommerfest, an dem sich die Mitglieder des Kreiswahlvereins, sowie der Verein der Fortschrittspartei-Frankfurt beteiligen werden. Der Beginn der Festlichkeit ist auf nachmittags 3 Uhr festgesetzt.

— Niederrhein, 16. Juni. Dienstag, den 16. Juni, morgens um 9 Uhr beginnend, wird hier eine Bezirks-Tiererschau für das Jagdgebiet der Kreise Limburg, Unterwiesbaden und Unterlahn abgehalten. Es kommen 15 Preise zu je 50 M. und 6 Preise zu je 30 M., vom Staate gestiftet, zur Verteilung. Außerdem sind von dieser Gemeinde zwei Preise zu 30 und 20 M. gestiftet.

Aus der Umgebung.

— w. Homburg v. d. S., 17. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Großfürst und Großfürstin Peter Nikolajewitsch von Rußland sind heute von Paris zum Kurort in „Ritters Park-Oriel“ eingetroffen, wo ihre Familie bereits seit einigen Wochen wohnt.

Gerichtssaal.

Zur Verantwortlichkeit des Automobilbesizers.

Aus Coblenz berichtet die „Cöln. Zeitung“: Der Architekt Gustav Hebenhehl aus Düsseldorf war am 11. Oktober mit seinem Automobil übermäßig schnell durch Urweiler gefahren und deswegen vom Schöffengerichte zu einer Geldstrafe von 60 Mark verurteilt worden. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt, doch die Strafkammer Coblenz hatte das erstinstanzliche Urteil bestätigt, trotzdem H. behauptete, daß nicht er, sondern sein Chauffeur das Automobil gelenkt habe. Die Strafkammer erkannte aber demgegenüber, daß die Beurteilung zu Recht erfolgt sei, dem H. sei dann noch als Führer des Autos anzusehen, wenn in Wirklichkeit der Chauffeur bei der fraglichen Gelegenheit gefahren haben sollte. Durch sein passives Verhalten habe der Angeklagte dem Chauffeur sein Einverständnis mit dem schnellen Fahren deutlich zu erkennen gegeben. Gegen dieses Urteil hatte der Verteidiger Revision eingelegt und das Kammergericht hatte in der Sitzung vom 3. Mai das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und anderweitigen Entscheidung vor die Strafkammer zurückverwiesen und zwar mit folgender Begründung: Die Ansicht der Strafkammer, daß der Beschuldigte als Führer des Automobils anzusehen sei, weil er neben dem Chauffeur gesessen habe, könne nicht als zutreffend anerkannt werden. Nach der Polizeiverordnung sei aber in erster Linie verantwortlich, wer tatsächlich das Fahrzeug lenkte, und aus der bloßen Anwesenheit des Eigentümers könne man dessen Verantwortlichkeit nicht begründen. Allerdings könne sich auch der Eigentümer als Teilnehmer strafbar machen, wenn er auf den Chauffeur eine unmittelbare Einwirkung ausübe oder den Lenker als Werkzeug seines Willens benutze. Das Einverständnis des Angeklagten mit dem zu schnellen Fahren könne seine Verantwortlichkeit nicht begründen. Es müsse vielmehr festgestellt werden, daß der Angeklagte Anweisungen gegeben habe, die derartig auf den Chauffeur eingewirkt haben, daß dieser sich veranlaßt sah, die zulässige Geschwindigkeit zu überschreiten. Eine derartige Feststellung konnte aber in der Verhandlung nicht getroffen werden. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen und die sämtlichen Kosten des Verfahrens, einschließlich die der Verteidigung in der Revisionsinstanz, der Staatskasse zur Last gelegt.

Russische Terroristen.

Genf, 17. Juni. Gestern begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den Russen Gartenstein, welcher bei seiner Verhaftung zwei Polizeibeamten getötet hatte. Der Angeklagte hatte sich ebenfalls zu veranworten wegen Anfertigung von Bomben und wegen Gelderpressung. 40 Zeugen sind geladen, darunter verschiedene russische Studenten. Gartenstein, welcher sich

auch die Namen Seifiger und Sokow beilegte, ist geständig, Gelderpressungen begangen zu haben, u. a. in Brüssel, wo er 3000 Franc erpreßte, die er dem russischen Terroristen-Komitee überwies. Er gesteht ebenfalls Bomben angefertigt zu haben und bekannte sich offen als Anhänger der Terroristen-Partei. Er bestritt aber, daß er mit Vorbedacht die beiden Polizeibeamten, welche ihn verhaften wollten, getötet haben soll. Er erklärt, die Schüsse blindlings abgefeuert zu haben, um leichter entfliehen zu können. Die gestrige erste Sitzung wurde außer mit dem Verhör des Angeklagten mit der Vernehmung verschiedener Zeugen ausgefüllt, u. a. mit derjenigen des Wärscher Festschmiedes Meber, von dem er 3000 Franc erpreßt hatte. Hierauf erfolgte die Vernehmung des Sachkundigen Gandy über die Gefährlichkeit der aufgefundenen Bomben. Die Verhandlung wurde gegen 1 Uhr abgebrochen und auf heute verlagert.

— Neuwied, 16. Juni. Das hiesige Schwurgericht verurteilte das 18 Jahre alte Dienstmädchen Margareta Rauschenberger aus Sahn, das am 22. Januar zu Cronheim sein neugeborenes Kind tötete, zu 3 Jahren Gefängnis und den Steinrichter Peter Tripp von Hundfangen, der während einer karnevalistischen Feier dort den Steinbrucharbeiter Karl Ludwig derart durch einen Messerstoß verletzte, daß er an den Folgen des Stiches starb, wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 1 1/2 Jahr Gefängnis.

Sport.

Die Prinz-Heinrich-Fahrt.

München, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Als erster Wagen nach dem Prinzen Heinrich von Preußen durchfuhr Wagen 2, Graf Vaniffy aus Colozar, das Ziel. Es folgten die Wagen 4, 5, 6, 7, 10, 13, 14, 15, 16, 17 usw. Unter den ersten Wagen hatte ein besonders günstiges Resultat Wagen 14, Ed. Fischer, Wiener Neustadt, der die 5 1/10 Kilometer lange Rennstrecke in 3 Minuten 1/10 Sekunde durchfuhr, während die von ihm verlangte Zeit 4 Minuten 1/10 Sekunden betrug. Auch die übrigen Wagen von stärkerem Typ, welche auf der ganzen Prinz-Heinrich-Fahrt vorangegangen sind und auch hier die Schnelligkeitsprüfung erzielten, erzielten meistens bessere Resultate, als die von ihnen verlangten Zeiten. Bis gegen 3 Uhr hatten etwa weitere 40 Wagen das Ziel passiert, unter ihnen Erle, der bekanntlich Ausrichter auf den Sieg hat, und der in 3 Minuten 44 1/10 Sekunden die Rennstrecke durchfuhr, während ihm 4 Minuten 15 1/10 Sekunden vorgegeschrieben waren. Erich Lochner, der gleichfalls zu den mitmaßlichen Siegern gehört, brauchte zum Passieren der Rennstrecke nur 2 Minuten 58 Sekunden, die ihm vorgegebene Zeit betrug 4 Minuten 15 1/10 Sekunden. Die beste Zeit erzielte der Mouson-Motor-Frankfurt a. M., der in nur 2 Minuten 46 1/10 Sekunden die Rennstrecke durchfuhr, verlangt waren von ihm 4 Minuten 15 1/10 Sekunden.

Kleine Chronik.

In die Tiefe gestürzt. Bei dem Umbau der alten königlichen Bibliothek am Opernplatz in Berlin glitt gestern abend der im zweiten Stock beschäftigte Zimmermann Riegel aus und stürzte in die Tiefe. Nach wenigen Minuten starb der Verunglückte.

Der Geistliche als Lebensretter. Ein junger Geistlicher, der vielbewunderte Protege des Erzbischofs, zog seiner Zeit bei dem Erdbeben in Messina ein junges Mädchen aus guter Familie aus den Trümmern. Jetzt sind beide nach Buenos Aires abgesegelt, um sich dort zu heiraten.

Raubanfall auf der Straße. An einem Lehrling, der auf der Post gegen einen Check 3000 Mark abgehoben hatte und die Scheine offen in der Hand trug, trat in der Nähe der Hauptpost in Leipzig plötzlich ein Unbekannter heran und entriß ihm die Scheine und entkam. Ein anderer Mann, anscheinend der Komplize des Räubers, wurde durch die Passanten festgehalten, verweigerte jedoch jede Auskunft. Durch die Polizei wurde festgestellt, daß er und der Räuber anscheinend Russen sind, die in einem Gasthause der Nicolaisstraße unter den Namen Glücksmann und Perelstedt gewohnt hatten.

Tödlicher Ausgang eines Duells. Der in dem Duell bei Manenburg schwer verwundete Oberleutnant Zwißers aus Manenburg ist, wie die „Braunschw. Neueste Nachr.“ melden, gestern im Krankenhaus in Halberstadt gestorben. Verursache Schußwunden. Mehrere Schußwunden bei Zinsbrud wurden erbrochen und ausgeraubt, darunter sämtliche Hüften im Pagnantale, sowie die Wiesbadener Hütte am Bij Wein und die Sonnarhütte der Alpenvereinssektion Taufers.

Deutscher Reichstag.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 17. Juni.

Am Bundesratsstisch Fürst Bülow, Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg, v. Sydow, Minister v. Rheinbaben, v. Einem, Dr. Delbrück und Unterstaatssekretär v. Loebell.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung über die Ersatzsteuervorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Westarp (Lnsf.) führt aus: Wenn die Liberalen sich von der Mitwirkung an der Kommission ausgeschlossen haben, so kann ich dazu bemerken, daß für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform und die Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien erwünscht ist. Auch die Hoffnung konnten wir nicht aufgeben, daß die Herren von der Linken ihre absolut negative Haltung (Großer Lärm und Heiterkeit links) gegenüber uns ablegen (Aha! links, erneute Heiterkeit) und endlich einmal sich mit dem Gedanken befreunden würden, daß die auf Grund dieser Anträge gefassten Beschlüsse am Ende doch zur Durchführung kommen könnten und daß sie deshalb mit Verbesserungsvorschlägen hervortreten würden. Wenn das geschehen sollte, so würden meine und die übrigen mitwirkenden Parteien acerbis bereit sein, diesen Vorschlägen gegenüber sich wohl-

wollend zu verhalten. Wir haben eben von Anfang an für unrichtig gehalten, die Finanzreform nur teilweise zur Durchführung zu bringen. Wenn wir das größte Entgegenkommen gezeigt haben gegen Vorlagen, die an den Grundlagen unserer Vorschläge nichts ändern (Lachen links), so bedauern wir, daß die gestrige Verhandlung nicht dazu beigetragen hat, die Hoffnung auf ein Zusammenwirken zu stärken.

Der Reichskanzler hat erklärt, die konservative Partei gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt. Damit gibt er kund, daß die konservative Partei der Vater aller Hindernisse sei. Eine Tatsache ist aber, daß nach monatelangen fruchtlosen Verhandlungen unsere Partei die Initiative mit positiven Vorschlägen ergriffen hat. (Fürst Bülow betritt den Saal.) Wenn der Reichskanzler es als Nobilit officium für die Befolgenden hingestellt hat, daß sie einen guten Teil der neuen Steuern tragen, so sind wir energisch für die Verwirklichung dieser Forderung eingetreten. Durch die Vorlage der Regierung ist ein neuer steuerlicher Begriff, die Besteuerung des Besitzes, in unsere Gesetzgebung gekommen. Die neue Erbschaftsteuervorlage ist trotz ihrer Änderung gegenüber der Nachlaststeuer nicht minder bedenklich für uns; vor allem die Heranziehung der Kinder und Ehegatten zur Steuer.

Die immer wieder gehörten Vorwürfe von der Steuerbrüderci der Landwirte sind ja lächerlich.

(Heiterkeit links. Sehr richtig! rechts.) Die Erbschaftsteuer ist besonders verderblich, weil sie in ungeeigneten Momenten in Wirksamkeit tritt, wo der Familienernährer den Angehörigen geraubt wird. Auf das schärfste müssen wir der Auffassung entgegenzutreten, als ob wir den Reichskanzler zum Rücktritt bewegen wollten. Davon kann absolut keine Rede sein. Die jetzige politische Situation ist nicht von uns verschuldet, sie ist eine Folge der liberalen Anlehnung. Durch die Feuerversicherungssteuer würde in erster Linie das Gewerbe geschädigt werden. Bedenken haben wir auch gegen die Besteuerung des Besessenen und Scheckverkehrs. Dem Umsatzzempel auf Immobilien gegenüber verhalten wir uns nicht ablehnend. Mit dem Umsatzzempel für Grundstücke können wir uns im großen und ganzen einverstanden erklären. Wir halten die Kotierungssteuer für durchaus sachlich begründet und haltbar. Wir halten diese Steuer für gerechtfertigt. Ohne eine ausreichende Heranziehung des mobilen Kapitals kann eine Finanzreform nicht gemacht werden. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Die Finanzreform als Ganzes lehnen wir ab und bekämpfen sie in dieser Form auf allerentschiedenste.

Letzte Nachrichten.

Die Zwei-Kaiser-Begegnung in den Schären.

Stockholm, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Svenska-Telegraphen-Bureau wird aus Helsingfors telegraphiert: Die „Hohenzollern“ mit dem deutschen Kaiser an Bord und den übrigen Begleitschiffen, traf heute vormittag 9 Uhr 45 Min. bei dem Ankerplatz des russischen Schwabers an. Die mit Klagen geschmückten Kriegsschiffe feuerten Salut. Der russische Kaiser begab sich sofort an Bord der „Hohenzollern“.

London, 17. Juni. „Daily Graphic“ schreibt: Die Zukunft in den finnischen Gerwässern beweist, daß trotz der Balkantrise sich in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nichts geändert habe und daß insolge davon sich schwerlich etwas in der allgemeinen Lage Europas ändern werde. Die Entree sei nur ein weiteres Unterpfand für den Frieden und die Aufrechterhaltung des Status quo.

Zur Bülow-Rede.

hd. London, 17. Juni. Die hiesigen politischen Kreise betrachten Bülows Rede als unbefriedigend. Vielfach wird angenommen, sie sei Bülows Schwanengesang, weil sie die Lage nicht klärt. Betreffs seines Versuches, die Liberalen mit den Konservativen auszusöhnen, sagt die „Times“, die interessanteste Frage ist, welchen Preis die Konservativen dafür verlangen werden.

hd. Paris, 17. Juni. Die hiesigen Blätter enthalten sich vorläufig noch jeden Kommentars zur Bülow-Rede. Der Berliner Korrespondent des „Reit Parisien“ will von einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Kanzlers erfahren haben, daß Bülow heute mehr als je entschlossen ist, dem Kaiser seine Demission zu unterbreiten, falls es ihm nicht gelingt, vom Reichstag die Zustimmung zur Erbanfallsteuer, wie er sie formuliert hat, zu erlangen.

Unserfreuliche Mißheiligkeiten.

Friedrichshafen, 17. Juni. Zu dem Konflikt zwischen dem Kommandeur des Luftschiffbataillons Major Groß und dem Direktor Colsmann von der Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft teilt Direktor Colsmann dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ folgendes mit: Es wurde mir berichtet, daß Herr Major Groß in dem von mir am 20. Mai in Sachen der Koburger Halle veröffentlichten Protest in den Worten „in eigenmächtiger Weise“ eine persönliche Beleidigung erblickt habe. Aus dem Sinn des Protestes geht nach meiner Ansicht hervor, daß nicht persönlicher Eigennutz, sondern nur Eigennutz des militärischen Sachverständigen in dieser Beziehung gemeint sein kann. Ich habe nicht geschweigt, Herr Major Groß mein Bedauern darüber auszusprechen, daß der nicht glücklich gewählte Ausdruck den Gedanken an eine beabsichtigte persönliche Kränkung aufkommen lassen konnte, die mir selbstverständlich gänzlich fern gelegen hat.

Die Ansprüche an den Esultan.

Konstantinopel, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Pforte legte der Kammer einen Gesetzentwurf über die Regelung von Forderungen des Staats an Abdulhamid im Betrage von 1 200 000 Pfd. vor.

Ein neuer Gesandter in Marokko.

hd. Tanger, 17. Juni. Meldungen aus Casablanca zufolge haben die Berberstämme Muley Rebir zum

Sultan proklamiert. Die Verber sowie verschiedene andere Stämme sollen beabsichtigen, die Truppen Muley Hafids anzugreifen.

Berlin, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie ein Gerichtsberichterstatter meldet, ist der Beginn der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten Eulenburg auf den 7. Juli festgesetzt. Die beiden vorhergehenden Tage sind zur Verhandlung gegen den Geheimen Rat Hamann bestimmt.

wb. Friedrichshafen, 17. Juni. Die Zeppelinische Luftschiffbau-Gesellschaft erklärt die Nachricht für falsch, daß der Reichstag am 6. Juli in Friedrichshafen eintreffen wird. Die Gesellschaft hat im Hinblick auf die wichtigen Verhandlungen des Reichstags noch gar keine Verhandlungen über den Zeitpunkt geführt, zu dem die Mitglieder des Reichstags der feinerzeit wegen des Göppinger Unfalls verschobenen Einladung des Grafen Zeppelin Folge leisten werden.

wb. Viesfeld, 17. Juni. Die englischen Geistlichen trafen gestern abend mittels Sonderzuges hier ein. Heute früh fand die Bestätigung der Sparenburg und die offizielle Begrüßung durch den Magistrat statt. Hieran schloß sich der Besuch der v. Bodelschwingschen Anstalten zu Bethel. Die Abfahrt nach Bremen ist auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt.

hd. München, 17. Juni. Die 87jährige Schwester des Prinzregenten von Bayern, Herzogin Adelgunde von Modena, ist auf ihrem Schloß Widenbarth nicht unbedenklich erkrankt.

Washington, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Korrespondenz zwischen dem Berliner Auswärtigen Amt und der Regierung der Vereinigten Staaten, betreffend die Tarifrevision, ist gestern abend dem Senat zugegangen.

wb. Posen, 17. Juni. Gelegentlich der Abreise eines Entdästerungsanaleges im Hofe der Königlich-Preussischen Akademie schritten plötzlich Erdmassen zusammen und verdrängten drei Arbeiter, von denen einer getötet wurde, während die beiden anderen sich noch rechtzeitig retten konnten.

hd. Paris, 17. Juni. In Chateaufort stürzte beim Entfernen der Stützbalken ein Zementdach ein und begrub zwei Frauen unter sich. Eine wurde getötet, die andere schwer verletzt.

Letzte Handelsnachrichten.

Berliner Börsenbericht.

Berlin, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Tendenz der Börse war zu Beginn unheimlich. Nach wie vor wartete die Börse die vollständige Klärung über den Ausgang der Reichsfinanzreform ab. Angesichts des gestrigen Rückganges der Minenkurse in London sowie der vorliegenden ungünstigen Kupferstatistik vom 13. Juni, die gestern in London einen scharfen Rückgang in Kupferwerten hervorrief, vermochte die gestrige Rede des Reichskanzlers keinen greifbaren Eindruck auf die Gesamthaltung der Börse auszuüben. Banken gegen gestern vereinzelt bis zu 1/4 Prozent niedriger. Von Notianleihen Bochumer 1/2 Prozent höher auf Käufe zum ersten Kurs, Deutsch-Luxemburger, Rhönix und Rheinisch-Westfälischer, Rheinischer auf Deckungen 1/2 Prozent höher, Laurahütte unverändert, Völsener schwankend, im weiteren Verlaufe abgeschwächt, Harpener 1/4 Prozent besser. Der günstige Bericht des „Iron Age“ blieb im ganzen einflusslos. Franzosen auf Wien fester, Lombarden still, Orientanleihen 1/2 Prozent höher auf Rückkäufe, Baltimore und Canada auf lokale Käufe fest. Prozentige Reichsanleihe 0,10 Prozent besser, Ruffen von 1902 stetig, Türkenlose fest. Von Schiffsfahrtsaktien Patetfahrt behauptet, Norddeutscher Lloyd fester. Von Elektrizitätswerten Siemens u. Halcke mäßig abgeschwächt, Allgemeine Elektrizitäts-Aktien unverändert. Deutsche Kolonialanleihe sprunghaft steigend bis 1730, angeblich auf die Hamburger Meldung von der Auffindung neuer Diamantfelder. Tägliches Geld 3 1/2 Prozent. In der zweiten Börsensunde war das Geschäft allgemein eingeengt bei Ausfall der Notizen. Banken und Hüttenaktien gut gehalten. Prince-Henry-Bahnen auf Rückkäufe 1/2 Prozent höher. Im weiteren Verlaufe war das Geschäft auf sämtlichen Märkten äußerst still ohne irgend eine nennenswerte Änderung des Kurses, nur Kolonialanleihe bis 1970 steigend. In dritter Börsensunde etwas matter auf den Rückgang der Goldminen und Rio-Tinto-Aktien in Paris und London. Lombarden anziehend. Kolonialwerte lebhaft. Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft 1800 nach 1950, Industrieanteile des Kassamarktes mäßig umgesetzt. Privatdiskont 3 1/2 Prozent.

Schiffs-Nachrichten.

Norddeutscher Lloyd in Bremen. Hauptagent für Wiesbaden J. Chr. Wülfel, Wilhelmstraße 50. F 328. Schnell-Dampfer Bremen-Ros. „Arzobis Wilhelm“ nach Bremen, 15. Juni 10 1/2 Uhr vorm. in Bremerhaven. „Kaiser Wilhelm“ nach Ros, 15. Juni 12 Uhr mittags in Bremerhaven. — Dampfer „Berlin“ nach Ros, 14. Juni 10 Uhr vorm. von Gibraltar. „Prinzessin Irene“ nach Ros, 14. Juni 7 Uhr nachm. von Gibraltar. — Ros. „Baltimore“ nach Bremen, 13. Juni 10 Uhr vorm. in Bremerhaven. „Edin“ nach Bremen, 13. Juni 10 Uhr vorm. in Bremerhaven. „Athen“ nach Baltimore, 11. Juni 8 Uhr vorm. in Baltimore. „Danziger“ nach Baltimore und Calcutta, 12. Juni 5 Uhr nachm. Lizard passiert. „George Washington“ nach Ros, 13. Juni 8 1/2 Uhr nachm. von Cherbourg. — Australien-Linie: „Schöck“ nach Bremen, 12. Juni 11 Uhr nachm. in Wien. „Scharnhorst“ nach Bremen, 12. Juni 8 Uhr nachm. von Sydney. „Bieten“ nach Australien, 14. Juni 10 Uhr vorm. von Antwerpen. — Austral-Drachendampfer: „Franken“ nach Bremen, 16. Juni 9 Uhr vorm. von Sydney. „Göttingen“ nach Australien, 14. Juni 5 Uhr nachm. in Bremen. — Die Ostsee-Linie: „Wido“ nach Bremen, 13. Juni 5 Uhr vorm. in Bremerhaven. „Derfflinger“ nach Hamburg, 14. Juni 4 Uhr nachm. in Ros. „Prinz Citel Friedrich“ nach Bremen, 13. Juni 12 Uhr mittags in Colombo. „Lügen“ nach Hamburg, 13. Juni 2 Uhr vorm. von Shanghai. „Prinz-Regent Luitpold“ nach Ost-Asien, 12. Juni 1 Uhr nachm. in Yokohama. „Kleist“ nach Ost-Asien, 13. Juni 6 Uhr vorm. in Wien. „Prinz Ludwig“ nach Ost-Asien, 13. Juni 9 Uhr

nachm. von Agier. — La Plata-Linie: „Greifswald“ nach La Plata, 13. Juni in Antwerpen. — Cuba-Linie: „Belgoland“ nach Bremen, 13. Juni von Calcutta. „Kordern“ nach Cuba, 13. Juni in Antwerpen. — Canada-Linie: „Prinz Oskar“ nach Hamburg, 15. Juni Seilth passiert. — Brasilien-Linie: „Halle“ nach Bremen, 12. Juni in Bremerhaven. „Lafayette“ nach Brasilien, 14. Juni von Oporto. — Mittelmeer-Rederei: „Sachsen“ nach Beirut, 15. Juni von Catania. „Babern“ nach Rio de Janeiro, 15. Juni in Odesa. „Preußen“ nach Barcelona, 15. Juni in Catania. — Alexandrien-Linie: „Schleswig“ nach Alexandrien, 14. Juni 3 Uhr nachm. in Alexandrien. „Prinz Heinrich“ nach Marseille, 14. Juni 9 Uhr vorm. in Marseille. — Austral-Linie: „Manila“ nach Sydney, 13. Juni in Sydney. — Singapur-Neu-Guinea-Linie: „Coblenz“ nach Singapur, 11. Juni Dover passiert. — Truppen-Transport: „Adenburg“ nach Bremen, 12. Juni 4 Uhr nachm. von Singapur. — Kabinen-Schiff: „Herzogin Cecilie“ nach Engl. Kanal f. D., 10. Juni 47° 8' N. Br. und 6° 21' W. L.

Nächste Briefpost-Verbindungen

nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Nach amtlichen Quellen bearbeitet.)

Table with columns: Der Dampfer fährt am, aus, Die letzte Anschließungszeit für Wiesbaden, am, Zeit. Includes sections for a) Billigster Weg and b) Schnellster Weg.

Einsendungen aus dem Leserkreise.

Die verehrliche Kurverwaltung könnte sich den Dank vieler Mitglieder verdienen, wenn sie sich entschließen wollte, ab 1. Juli das Jahressubskriptionsabonnement zum halben Preise anzugeben. Es gibt eine große Zahl von Familien, denen ein Jahresabonnement zu teuer ist und welche daher dem Kurhaufe fern bleiben. Ein Halbjahresabonnement dagegen würde manchem Einkommen gerecht werden und der Kurkasse mit Bestimmtheit eine ganz ansehnliche Einnahme bringen. Ist man nicht abonniert, dann verzieht man den Besuch des Kurhauses immer wieder und die Kurkasse bekommt höchstens 2 oder 3 Tageseintrittspreise, könnte man aber sich für ein halbes Jahr abonnieren, hätte die Kurverwaltung eine ungleich höhere Einnahme. Um die Jahresabonnements nicht zu schädigen, braucht man nur für die zweite Hälfte des Jahres die ermäßigten Karten auszugeben. Also, Probieren geht über Studieren, kommt zu wenig dabei heraus, kann man es ja wieder aufgeben.

Briefkasten.

Die Redaktion des „Wiesbadener Tagblattes“ übernimmt schriftliche Anfragen im Briefkasten, wenn die letzte Drucksatzung befolgt. Rechtsverbindliche Genüge wird nicht gegeben. B. 3. 100. Der Mutter steht es natürlich frei, aus ihrem Einkommen der Tochter Zuwendungen zu machen. Sofern der Sohn aus der Erbschaft hierfür entschädigt werden soll, muß dies in dem Testament festgelegt werden. Diefershalb sehen Sie sich am besten mit einem Rechtsanwalt in Verbindung. B. 2. Es kommt ganz darauf an, wie weit der Bewerber gegangen ist, ob wirklich eine Verlobung vorliegt und wie die Gemeindebehörde die Sache auffaßt. Sie wird wohl die Bestätigung verweigern, wenn der Betreffende zu weit gegangen ist. B. 3. Wenden Sie sich an Herrn Gymnasialdirektor Geh. Regierungsrat Prof. Dreuer, Realgymnasium, Luisenstr. Dr. M. Der „Vaterländische Frauenverein“ unterhält keine Nachschule für Diensthöfen. Dagegen erteilen mehrere Privatpersonen, die sich häufig im Anstaltenbereich unseres Blattes empfehlen, Unterricht im Kochen. B. 2. In Beziehung auf die Feier des Karfreitags und des Fronleichnamstags sind hier noch die Bestimmungen der vormaligen nassauischen Verordnung vom 14. September 1803 maßgebend, wonach am Fronleichnamstfest an Orten vernünftiger Religion die Nichtkatholiken sich der Arbeiten auf dem Felde und den Straßen sowohl als der mit Getöse verbundenen Handlungen zu enthalten, am Karfreitag die Friedhöfe ein gleiches Verbot zu beobachten haben. B. 2. Stiftstraße. Für Texas ist der Konsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika Herr Dreuer, Rheinstraße 30, zuständig. Treue Abonnentin. Schneiderinnen dürfen an Samstagen und an den Tagen vor Feiertagen nur bis 1/2 Uhr beschäftigt werden. B. 2. Niedersachsenheim und Mönchheim sind, wie wir erfahren, etwa eine Meile voneinander entfernt. B. 2. 41. Wenn es sich, wie es den Anschein hat, um einen gewöhnlichen Arbeiter handelt, ist die 14tägige Kündigungsfrist maßgebend. B. 2. Die Adresse der Einkaufsgenossenschaft der Beamten-Konsumvereine ist uns unbekannt. Vielleicht bemögen Sie uns ein Zeilen mitzuteilen. Dr. Grüper ist, wie wir erfahren, nicht Vorsitzender dieser Genossenschaft. B. 2. in S. Zum Kaffeegeschäft bedarf es einer Konzession, die bei der Polizeibehörde nachzufinden ist. Von dem Ausschuss wird eine besondere Betriebssteuer erhoben. B. 2. Die Stadt Schmalkalden hat ca. 10 000 Einwohner. B. 2. Die Ausschreibungen von Stellen in den Gemeindeverwaltungen erfolgen meist in der „Deutschen Gemeindezeitung“, dem „Preussischen Verwaltungsblatt“ und der „Mündschau für Gemeindevorstände“. B. 2. Ein minderjähriges unverheiratetes Kind kann von seinen Eltern, auch wenn es Vermögen hat, die Gewährung des Unterhalts insofern verlangen, als die Einkünfte seines Vermögens und der Ertrag seiner Arbeit zum

Unterhalte nicht ausreichen. Unterhaltungsbedürfnis ist jedoch nur, wer außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Verschuldete Bedürftigkeit beeinflusst nur die Höhe der Unterhaltung. B. 2. Die Kosten der 915 Meter langen Kaiserbrücke, der überhaupt längsten Rheinbrücke, betragen 5 200 000 M. B. 2. Wenden Sie sich an die Königl. Polizeidirektion. R. G. 53. Der Vorlaut des Gedichtes „O Jugendzeit, o goldner Traum“ ist uns unbekannt. Vielleicht ist ein Leser, der ihn kennt, so liebenswürdig, ihn uns mitzuteilen. B. 2. Wenden Sie sich an Herrn Kaufmann A. Fitel, Weberstraße 16, bei dem sich die Auskunftsstelle der „Eisenbahngesellschaft Wiesbaden“ befindet. B. 2. Korrigenda. An dem heuerpflichtigen Einkommen können nur Beiträge zu Kranken- und Sterbefällen und für Versicherungen in Abzug gebracht werden, nicht aber solche zu Vereinen, auch nicht wenn sie die Besserstellung der Militäler bezwecken. B. 2. Die Stiefmutter kann den Kindern den Zutritt zu ihrem schwer erkrankten Vater nicht verweigern. Zu empfehlen sind gütliche Vorstellungen. 2. Quittungen müssen mindestens bis nach Ablauf der Verjährungsfrist, 2 Jahre, aufbewahrt werden. B. 2. Wenn nichts Gegenteiliges vereinbart ist, hat der Arbeitnehmer nach § 616 des BGB. Anspruch auf den Lohn für die Dauer einer militärischen Übung, abgesehen natürlich von ihm aus Anlaß der letzteren gemachten Bezüge. Ruhegehälter. In Frankfurt a. M. besteht ein Verein, der darüber, soweit Taunusorte in Betracht kommen, Auskunft erteilt. Die Adresse ist uns unbekannt, doch dürfte diese von dem Frankfurter Verkehrs-Bureau zu erfahren sein. B. 2. 216. Wir vermögen in völliger Unkenntnis der ganzen Verhältnisse, namentlich auch der örtlichen, Ihnen keinen Rat zu erteilen. Mit diesem Anliegen wenden Sie sich besser an einen Fachmann. B. 2. R., Wetterburg. Die Schulferien beginnen hier am Montag, den 19. Juli, und währen 4 Wochen. Dr. Ph. v. R. Ihre Annahme trifft nicht zu; die Schließung fällt in die Zeit vom 7. bis 27. Juli. Beurlaubungen von Offizieren werden außerhalb des Truppenleis nicht bekannt gegeben.

Familien-Nachrichten.

Standesamt Wiesbaden.

Wohlfahrt, Zimmer Nr. 20; geöffnet an Wochentagen von 8 bis 10 Uhr; für Eheschließungen zur Dienstag-, Donnerstag- und Samstag.

Geburten:

- 9. Juni: dem Techniker Alfred Langer e. S.
9. „ dem Schmied August Weht e. S.
10. „ dem Hausdiener Georg Hart e. L., Anna Ida.
11. „ dem Buchdrucker Artur Paul e. S., Richard Artur.
12. „ dem Fabrikarbeiter Joseph Wigel e. S., Philipp Wilhelm.
12. „ dem Direktor im Residenztheater Dr. phil. Hermann Rauch e. S., Hans Joachim Albert.
13. „ dem Tagl. Soldat Karl Andua e. L., Paula Frieda.
13. „ dem Postkoffer Klemens Thon, e. L.
15. „ dem Maurergehilfen Karl Kaiser e. L., Maria Elisabeth.
16. „ dem Maurergehilfen August Müller e. S., Jakob Kaspar.

Aufgebote:

Verlobte Adolf Struth mit Lisette Schenk hier. Kaufmann Wilhelm Engel in Frankfurt a. M. mit Emilie Schaal hier. Schmied Paul Harlach mit Luise Klein hier. Herrschaftlicher August Kiebeling mit Babette Reiter hier. Eisenbahnarbeiter Joseph Adolf Brämann in Lindung mit Anna Karoline Luise Ely in Langensain. Maschinenarbeiter Wilhelm August Engelke in Düsseldorf mit Anna Margareta Weidlich daselbst. Arbeiter Johann Nikolaus Kaufmann in Breitenbach mit Katharina Henning in Hohenzell. Kassierer Joseph Wolf mit Elli Weber hier.

Eheschließungen:

Schuhmacher Franz Simon mit Anna Kösters hier. Kellner Joseph Decker mit Elisabeth Mah hier.

Sterbefälle:

- 14. Juni: Invalide Heinrich Weht, 66 J.
14. „ Redakteur Karl Teske, 31 J.
14. „ Johann, S. d. Tagelöhners Wilhelm Raab, 1 J.
14. „ Garnisonverwaltungsdirektor a. D. August Reune, 79 J.
15. „ Johann, S. d. Tagelöhners Christian Wiesenborn, 2 J.
15. „ Madam Rosa Dehm, 37 J.
15. „ Elisabeth, geb. Derberg, Witwe des Magaziniers Johann Chaine, 90 J.
15. „ Babette, geb. Michels, Witwe des Kaufmanns Emil Gerlach, 60 J.
16. „ Hausdiener Johann Veit, 21 J.
16. „ Anna, geb. Gabemann, Witwe des Rentners Hermann Pfaff, 77 J.
16. „ Charlotte, geb. Ködtker, Witwe des Gendarmen-Kommandanten Joseph von Rebell, 78 J.
16. „ Rudolf Wilhelm Wirth, 49 J.

Geschäftliches.

Advertisement for Dr. Dralle's Birken-Haarwasser. Includes an image of a woman's face and a bottle of hair water. Text: 'Die Morgen-Ausgabe umfasst 18 Seiten und die Berlagsbeilage „Der Roman“.' 'Wirkung unerreicht'.

Die Morgen-Ausgabe umfasst 18 Seiten und die Berlagsbeilage „Der Roman“. Leitung: W. Schulte vom Reich. Verantwortlicher Redakteur für Politik und Handel: H. Geeserich, für Kunst und Unterhalt. Zeit: J. Kautler, für Wiesbadener Nachrichten: J. B. G. Escherich, für lokale Nachrichten, für die Umgebung und Grenzgebiete: A. Diefenbach, für die Anzeigen und Bekanntheit: D. Farnow; Druck und Verlag der 2. Schellensbergischen Zeitungsverlag in Wiesbaden.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Haus“.

Abend-Ausgabe: 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Druckerei:

Verlag (Expedition) 2963, Redaktion 52, Druckerei 2266. Auflage von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Beleggeld. — 2 Mt. 90 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Beleggeld. — Bezugsbedingungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Poststellen, sowie die 131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Weibach: die dortigen 36 Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Seite: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Schloßform; 20 Pfg. in davon abweichender Schloßform, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Werklamen; 2 Mt. für auswärtige Werklamen. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Wichtigste Nachrichten: für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 278.

Wiesbaden, Freitag, 18. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

Westarp, Spahn, Rheinbaben.

△ Berlin, 17. Juni.

Der Reichstag setzte heute mit einer sehr interessanten Rede des konservativen Grafen Westarp ein. Ein verhältnismäßig kleiner, untersehter, eleganter Herr, aber kein übler Redner, fed und dreist wie alle Junfer, von Beruf Oberverwaltungsgerichtsrat in Berlin, erst kürzlich bei einer Nachwahl in Mejerib-Bomst gewählt. Seine Verteidigung des konservativen Standpunktes ist recht geschickt, trotzdem es eine recht böse Aufgabe ist, die Ablehnung der Erbschaftsteuer zu verteidigen. Seine Fraktion lehnt auch die jegliche Erbschaftsteuer ab bis auf verschwindende Ausnahmen, man sagt vier. Früher wollten mehr konservative umfallen, aber die Verhandlungen bei den indirekten Steuern haben seiner Partei gezeigt, daß die Freisinnigen, um es deutsch zu sagen, den Agrariern nicht so viel Vergünstigungen zubilligen wie das Zentrum. Dem Reichskanzler rät er in der liebendwürdigsten Weise umzulernen und umzufallen, dann würde der Bund aufs neue geschlossen.

Der Sozialdemokrat Singer verstand das Haus nicht zu fesseln. Nur da hatte er das Ohr des Hauses, als er die wichtige Erklärung abgab, daß, so wie bis jetzt die Erbschaftsteuer gestaltet ist, seine Partei nicht dafür stimmen kann. Zum Schluß wollte er noch etwas austrumpfen, worauf dann der übliche, man kann fast sagen, gewünschte Ordnungsruf erfolgte.

Dr. Spahn war wieder interessant. Nur daß man ihn auf den Tribünen gewöhnlich nicht versteht. Aber das Haus lauschte. Er setzte sich mit Bülow auseinander wegen des gesellschaftlichen Bonfotts. Nicht über griff er den Abgeordneten Wasserhoff an wegen dessen Auflösungsgefühle. Trotzdem ist es in Deutschland meist die Praxis gewesen, wenn bei großen nationalen Fragen Schwierigkeiten entstehen, an die Wähler direkt zu appellieren. Lang und breit verteidigte Spahn die Kotierungssteuer, von der man schon annahm, daß sie das Zentrum fallengelassen hätte.

Eine vom Standpunkt der Regierung wirklich musterhafte Rede hielt der Minister v. Rheinbaben. Er hatte zwar auch einige kräftige Ermahnungen an die Freisinnigen, aber in der Hauptsache beschäftigte er sich mit seinen eigenen konservativen Freunden. Und da gruppierte er das Material so geschickt, daß man seine Rede geradezu als Flugblatt gegen die Konservativen ins Land schicken könnte. Auch der nötige nationale

Appell an die politischen Instinkte des Reichstags blieb nicht aus, so daß man am Schluß überall murmeln hörte: aha, der wollte seine Kandidatenerede für den Reichskanzlerposten halten.

Im Namen der Freikonservativen gab Fürst Sayfeld nur eine kurze Erklärung ab — in solchen Fällen eigentlich das einzig richtige. Seine Fraktion nimmt die neue Erbschaftsteuer an, wenig mit überwiegender Mehrheit. Dasselbe hatte sie ja schon gegenüber der Nachlasssteuer verkündigt. Das war also nichts Neues. Nur wünscht sie noch besondere Kautelen.

Alles in allem haben die Sozialdemokraten viel in der Hand. Stimmen sie für die Erbschaftsteuer, was allerdings mehr als zweifelhaft ist, so kommt sie unter Umständen durch. Freilich die ganze Finanzreform mit wechselnden Mehrheiten durchbringen, ist eine Arbeit genau so kompliziert, wie wenn man nicht nur einmal, sondern mehrmals durch Scilla und Charybdis hindurchsteuern müßte.

Das Fazit der zweitägigen Debatte

wird von unserem Berliner L.-Vertreter noch, wie folgt, gekennzeichnet: Der konservativ-herkule Block wurde mit der Rede des Grafen Westarp gewissermaßen sanktioniert, und wie blutige Ironie klang es, als Graf Westarp versicherte, bei den Verhandlungen mit dem Zentrum sei von der Absicht, den Fürsten Bülow zu stürzen, nie mit einem Worte die Rede gewesen. Natürlich nicht. Dergleichen macht man ja nicht in Form eines paragrafenweise ausgearbeiteten Vertrages ab, aber man versteht sich mit einem Augenzwinkern, und das genügt. Der Abg. Singer erklärte kurz und bündig, daß seine Freunde für die Erbschaftsteuer in ihrer gegenwärtigen Gestalt nicht zu haben seien. Also ist es auch nichts mit einer Mehrheit gegen Rechte und Zentrum, und damit ist die Kanzlerkrise in aller Schärfe da. Wer noch zweifeln möchte, wohin die Reise gehen soll, der konnte aus der merkwürdigen Rede des Freiherrn v. Rheinbaben das Erforderliche mit genügender Deutlichkeit erfahren. Diese Rede war das eigentliche Ereignis des Tages. Es gibt scharfsichtige Beurteiler, die sie als eine Kanzlerkandidatenrede würdigen zu sollen glauben, die in Herrn v. Rheinbaben den kommenden Mann sehen. Jedenfalls hat sich der preussische Finanzminister den Konservativen nicht über so insinieren gewußt. Indem er zur Versöhnung zwischen den bisherigen Blockparteien mahnte, schlug er einen Ton an, der dem Fürsten Bülow als ein deutlicher Tadel seiner gestrigen Warnungen an die konservative Adresse erscheinen mußte. Indem der Minister hat, doch auch die idealen Motive des konservativen Standpunktes anzuerkennen, gab er dem Kanzler zu verstehen, daß dieser sich gestern beträchtlich im Ausdruck vergriffen habe. Und nun kann man begierig sein, was Fürst Bülow tun wird.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung des Sachverständigenrat in der Morgen-Ausgabe.

Berlin, 17. Juni.

In der fortgesetzten Generaldebatte über die neuen Steuervorschläge spricht, wie in der Morgen-Ausgabe schon drastisch mitgeteilt, als erster Redner der konservative Graf Westarp. Wir geben seine Ausführungen, soweit sie die Stellung der Konservativen zum Fürsten Bülow betreffen, noch einmal ausführlich wieder.

Graf Westarp (kons.) schließt: Nun zu einer Frage, die wir vor dem Lande klipp und klar vortragen wollen: Man hat behauptet, für unser Vorgehen sei der Wunsch maßgebend gewesen,

den Reichskanzler zum Rücktritt von seinem Amt zu bewegen. (Hört! Hört!) Davon ist absolut nicht die Rede. (Hört! Hört!) Wir haben in keiner Weise zu keiner Zeit einen Schritt getan, der diesen Gedanken wachrufen könnte. (Hör! Hör! links.) Bei den Verhandlungen, die zwischen uns und anderen Parteien stattgefunden, ist nie mit einem Worte davon die Rede gewesen. (Schallende Heiterkeit links.) Wir sind sogar der Überzeugung, daß wir durch unser energisches Eintreten für das Zustandekommen der Finanzreform gerade dem neuen Reichskanzler den Boden geebnet haben, zu bleiben. (Stürmische Heiterkeit, in die auch ein Teil der Rechten einstimmt.) und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Herr Reichskanzler doch noch die Wege finden wird, auf denen es ihm möglich sein wird, in Betätigung seiner bewährten patriotischen Empfindungen und auch unter Berücksichtigung unseres Standpunktes die Finanzreform zu Ende zu bringen. (Gelächter links, lebhafter Beifall rechts.) Während der Redner eine Pause macht, ruft Singer:

Armer Bülow!

Ein Heiterkeitssturm bricht los. Auf allen Bänken, auf der Bundesratsstraße, auf den Tribünen lacht man Tränen. Der Reichskanzler lehnt sich mit gekrenzten Armen auf seinem Stuhl zurück und schüttelt sich vor Lachen. Nur mühsam kann der Redner sich schließlich wieder Gehör verschaffen. Er fährt fort: Ich will Ihnen nur sagen, wie meine politischen Freunde sich die weitere Entwicklung denken. Die Verantwortung müssen wir ganz auf die Liberalen abwälzen. (Lachen links, Sehr richtig! rechts.) Unsere Vertreter in der Kommission haben sich die erdenklichste Mühe gegeben, eine Einigung auf die Verbrauchsteuern auch mit den liberalen Parteien herbeizuführen. Ein Teil meiner politischen Freunde war trotz der schweren Bedenken gegen die Erbschaftsteuer, die ich vorgetragen habe und die sie vollkommen teilen, zeitweilig bereit. (Stürmische Hört! Hört! links.), das Opfer zu bringen; durch das Verlangen der Liberalen bei den Verbrauchsteuern hat sich aber die Situation vollkommen geändert. (Aha! links, Sehr richtig! rechts.) Eine Mehrheit für die not-

Fenilleton.

Die letzten Verhandlungen vor Ausbruch des Krieges 1870.

Aus dem in den nächsten Tagen erscheinenden großen Werke von Emile Olliviers über die Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges wird jetzt im „Gaulois“ ein außerordentlich interessanter Abschnitt veröffentlicht, in dem der „Mann mit dem leichten Verstand“ seine genaue Kenntnis der Vorgänge und seine persönlichen Erinnerungen den herrschenden Geschichtsdarstellungen entgegensetzt. Seine Ausführungen gipfeln in dem Versuch eines Beweises, daß Gramont und er niemals von König Wilhelm einen „Entschuldigungsbrief“ „gefordert“ hätten; zugleich übt er eine scharfe Kritik an dem bekannten Bericht des preussischen Gesandten v. Werther in Paris, der in der Vorgeschichte des Krieges eine so bedeutende Rolle gespielt hat. Er weist darauf hin, daß der Werther'sche Bericht entgegen dem diplomatischen Brauch weder ihm noch Gramont vor der Absendung mitgeteilt worden sei; der Bericht sei „in aller Eile redigiert“, denn Werther verließ uns um 4 Uhr und der Bericht ist um 5 Uhr von Paris abgegangen. Er ist wirr, irremachend, gibt ein schlechtes Bild von dem Charakter der Unterhaltung und enthält schwerwiegende Irrtümer. Ich war verblüfft, zu lesen, daß „wir, wenn er es nicht übernehmen könnte, unseren Vorschlag dem König zu unterbreiten, gezwungen wären, Benedetti zu bitten, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen, und daß wir von ihm verlangten, „die Unterhaltung zu telegraphieren“.

„Werther hat falsch verstanden und was er sagt, ist das Falschste des Falschen. Der größte Fehler ist, daß Werther einen offiziellen diplomatischen Bericht erstattete über eine Unterhaltung, aus der Verhandlungen nicht hervorgingen; nur ein vertraulicher Brief

an den König wäre am Platze gewesen. Trotzdem ist es unmöglich, selbst aus diesem schlecht abgefaßten ungenauen Bericht den Beweis dafür zu entnehmen, daß wir das Verlangen nach einem Entschuldigungsbrief gestellt hätten.“ Er zitiert dann einige Stellen aus dem Werther'schen Bericht, in dem der preussische Gesandte davon spricht, Gramont „stelle es meiner Erwägung anheim, zu beurteilen, ob ein Brief des Kaisers an den König nicht das geeignete Mittel wäre“. Diese Fassung beweise, daß von einem gestellten Verlangen nach einem Entschuldigungsbrief nicht die Rede sein könne. Von diesem Punkte aus tritt er gegen die tendenziösen Geschichtsdarstellungen auf, die in Deutschland entstanden und von französischen Historikern aufgenommen worden seien: Gramont habe einen Entschuldigungsbrief gefordert. „Gramont hat öffentlich in einem Zirkular diese Version dementiert: „Ich habe vom König nicht verlangt, daß er einen Entschuldigungsbrief schreibe.“

Und nun wendet sich Ollivier mit leidenschaftlicher Bitterkeit gegen das Zeugnis Benedetti, das die bisherige historische Darstellung der Ereignisse bestätigt hat. „Ein Franzose, ein Botschafter, zwischen eine Bestätigung seines Ministers und die der Gegner gestellt, hat seine Pflicht als Patriot, als Beamter und als Mitarbeiter verletzt, als er die lügnische Version des Gegners annahm, beglaubigte und verbreitete. Denn das hat Benedetti in seiner gegen Gramont gerichteten Rechtfertigungsschrift getan.“ Wenn je ein solches Verlangen gestellt worden wäre, so führt der ehemalige Minister aus, so hätte Benedetti als einer der ersten davon verständigt werden müssen und er hätte in seinen Anweisungen darüber Aufklärung bekommen. „Um eine Lüge zu rechtfertigen, erfindet er eine andere: Die Forderung wurde gestellt, aber sie wurde wieder aufgegeben und darum habe man ihn weder von der Forderung noch von dem Falllassen verständigt.“ Warum diese Entstellung der Wahrheit? Um im

öffentlichen Unglück seine Eitelkeit zu stützen. „Werther“, so sagt Benedetti, „gab seinem Souverän direkt Bericht über die Unterhaltung, die er am 12. mit Gramont und Emile Ollivier hatte. Der Bericht wurde um fünf mit dem Postzug abgefaßt und kam in Ems noch vor Mittag an. Der König wurde durch diese bedauerlichste der Forderungen und durch die neuen und unerwarteten Ansprüche, die Werther den Ministern zuschrieb, erregt; von diesem Augenblick an war alles aus.“

„Keine dieser Behauptungen“, fährt Ollivier fort, „hält der Prüfung stand. Zunächst geht aus dem Emser Memorandum hervor, daß der König „sein letztes Wort“ bereits am Morgen gesprochen hatte, ehe der Bericht von Werther eingetroffen sein konnte. In der Tat hatte er am Morgen kategorisch jede Verpflichtung für die Zukunft abgelehnt; ein Denkstein bezeichnet den Ort, wo er dies letzte Wort sprach. Es war also nicht das Eintreffen des Berichtes, das alles zerstört hat; alles war bereits seit dem Morgen erledigt und unabänderlich zu Ende. Wenn die Ablehnung des Königs, Benedetti zu empfangen, mit den durch Werther übermittelten neuen und unerwarteten Forderungen in Beziehung gestanden hätte, so hätte der König das in seiner Ablehnung gesagt. Er hätte gesagt, er könne nicht länger mit Ministern verhandeln, deren Ansprüche von Stunde zu Stunde wüchsen und die die Unverschämtheit besäßen, von ihm eine Bitte um Entschuldigung zu verlangen, wenige Augenblicke nachdem sie Garantien gefordert haben. In dem Memorandum von Radzivil steht kein Wort von einem solchen Vorfall. Der König sagte nicht eine Silbe über die Forderungen, die ein mittags eingetrossener Bericht enthalten habe, und gewiß hätte der König seinen Grund gehabt, diese Entthüllung zu verheimlichen, die den Hohn der Deutschen entflammt hätte.

Was war Neues geschehen in der Zeit zwischen der Unterredung des Königs mit Benedetti und dem Ein-

wendigen Verbrauchssteuern war in der Kommission nicht zu finden, und nach dem Verlauf der Verhandlung ist sie auch im Plenum nicht mehr zu finden bei Annahme der Erbschaftsteuer, sondern nur durch Ablehnung der Erbschaftsteuer. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Abg. Singer ruft: Also Branntwein für Erbschaft!

Hiernach denken sich nunmehr auch bei diesem Teil meiner politischen Freunde die tatsächlichen Rücksichten mit den prinzipiellen.

Meine politischen Freunde, mit ganz wenigen Ausnahmen, erachten die grundsätzlichen Bedenken, die sie gegen die Heranziehung der Ehegatten und Kinder bei der Nachlasssteuer geäußert haben, auch durch die neue Vorlage der Verbündeten Regierungen nicht für beseitigt. Sollte Kommissionsberatung gewünscht werden, so werden wir uns entschließen, in einer Kommission mitzuwirken. Es geschieht das mit Rücksicht auf die Verbündeten Regierungen, die eine genaue Durchprüfung ihrer Vorschläge wünschen. Der Redner tritt dann, wie schon bemerkt, noch einmal für die Rotierung ein. Ohne eine genügende ausreichende Heranziehung des mobilen Kapitals — die durch den Effektenstempel noch nicht erreicht ist — können wir uns ein Zustandekommen der Finanzreform nicht denken. (Lebhafte Beifall bei den Konservativen und im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.): Die Quintessenz der Rede des Grafen Besenar war die Forderung, daß die Konservativen, die Großgrundbesitzer, nicht mit direkten Steuern belastet werden dürfen. Was er vom Familiensinn usw. sprach, war mir von der

Rücksicht auf das große Portemonnaie der Junker diktiert. (Zustimmung links.) Die Junker wollen keine Steuern zahlen, alle sollen auf die Massen abgewälzt werden. Freimütig hat die „Kreuzzeitung“ das ausgesprochen, was Graf Besenar nur verlausuliert zu verstehen gab, nämlich daß nur die angebliche Reizung der Regierung zu einer Reform des preussischen Wahlrechts die Konservativen gegen sie stützt. In dem Augenblick, wo die konservative Partei die Sicherheit hat, daß in Preußen nichts reformiert wird, wird sie auch der Reichsfinanzreform gegenüber eine andere Stellung einnehmen. Politische Gründe liegen der Haltung der Konservativen zur Reichsfinanz zugrunde.

Der Reichskanzler betrachtet den liberalen Geist nur als Kulisse für sein reaktionäres Theater.

Die tiefe Verbeugung des Reichskanzlers vor dem Junkertum, die Lobreisungen gegenüber der Reaktion — Jena und Auerstädt hat er wohl vergessen (Lachen rechts) — beweisen, was der Reichskanzler unter liberalem Geist versteht. Wo bleibt der liberale Geist bei einer Vorlage, die den Massenkern mit 400 Millionen belastet? Der Reichskanzler wäre bereit, auch unsere Unterstützung bei der Finanzreform anzunehmen. Wie kann er Unterstützung verlangen von einer Partei, deren Angehörige man knechtet und nicht für geeignet erachtet, an der Gesetzgebung mitzuwirken, die Herr v. Ardenne nur als Objekt der Gesetzgebung betrachtet?

Die Politik wird heute in geheimen Konventikeln gemacht. Wir nehmen es ja dem Kanzler nicht übel, wenn er uns nicht zu seinen Festen einladet. (Heiterkeit.) Aber bei den Aussprachen bei ihm scheint viel gemogelt zu werden. Statt offen vor dem Parlament zu sagen, was man will, betreibt man die Geschäfte hinter den Kulissen. Auf die Haltung des Kanzlers gegenüber dem Zentrum paßt das Wort: A biß'l Fleb, und a biß'l Tren, und a biß'l Falschheit ist allweil dabei. (Heiterkeit.) Herr Wassermann hat noch 1907 gegen Tabak- und Biersteuer geäußert. Zustimmung kann ich ihm, wenn er den Reichskanzler zur Auflösung des Reichstags auffordert.

Lösen Sie den Reichstag auf, dann werden Sie erfahren, was das Volk über die Finanzreform denkt!

Die Regierung sollte ans Volk appellieren. Gegenüber 400 Millionen Konsumsteuern sind die lumpigen 100 Millionen sogenannter Besitzsteuern, mit denen man krebsen geht, absolut unzureichend. Ein Stück Dekoration an einem

baufälligen Gebäude. Als Herr Wassermann gestern diese Finanzreform als soziale Reform hinstellte, schlug er der Wahrheit und der Vernunft ins Gesicht.

Die ganze Reform ist nur eine Ausraubung der breiten Massen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen die Finanzreform als Ganzes ab. Die Gesetzesmacherei der Steuerkommission ist das Skandalöseste, was wir erlebt haben, eine schamlose Drückbergerei der höheren Klassen. (Sehr richtig! links.) Alle Tage berichten die Zeitungen von unerhörten Steuerhinterziehungen. Unglaublich ist es, daß der Liberalismus die Festsetzung von 100 Millionen Besitzsteuern als Sieg in die Welt hinausposaunt. So billig hätten es die Herren nicht machen sollen. Der Hansabund hat nur die kapitalistischen Interessen vertreten, gegen die schwere indirekte Belastung der Massen hat er keine Worte gefunden. Im Gegenteil, man klagte über die sozialen Lasten. Herr Rirdorf hat der Versammlung den Stempel aufgedrückt. Und genau so — wenn auch in verstedter Weise — hat sich Herr Wassermann geäußert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierungsvorlage über die Erbschaftsteuer ist geradezu ein Hoß auf eine vernünftige Heranziehung der Erbschaften.

Sie erscheint uns in dieser Form zur Annahme nicht geeignet. Der Redner spricht sich gegen jede Belastung des Schiedsverkehrs und gegen die Befreiung der Feuerversicherungspolken, die kulturwidrig sei, aus. Das Mobiliar ist auch durchaus nicht ein Maßstab für die Höhe des Besitzes. In einigen Jahren werden wir vor der Notwendigkeit einer neuen Finanzreform stehen. Darum müssen wir die Ursachen der Finanznot beseitigen und die ulerlosen Auflagen einschränken.

Preußen ist die Quelle alles Übels für das Reich.

Ehe nicht die Macht des preussischen Junkertums gebrochen ist, eher ist an eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung nicht zu denken. Noch im November hat Herr Wassermann erklärt, daß die Wahlreform in Preußen mit der Finanzreform eng verknüpft sei. (Wassermann widerspricht.) Ich habe Sie also überschätzt. (Heiterkeit.) Die ganze Finanzreformpolitik, wie sie uns entgegenkommt, ist eine Politik der Niedertracht und Ausraubung. (Lebhafte Lurche, lärmender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Kaempf: Wegen dieser Worte, und weil Sie vorhin schon von der Ausraubung der Massen in Verbindung mit Regierungsvorlagen gesprochen haben, rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn: Der Reichskanzler und Freiherr von Rheinbaben haben sich früher auch gegen die Erbschaftsteuer erklärt. (Zuruf: Gröber!) Der Abg. Gröber ist allerdings ursprünglicher Freund der Deszendenzsteuer gewesen. (Aha! und Hör! Hör! links.) Wir haben ihn aber zu einer anderen Ansicht überzeugt. (Schallende Heiterkeit links und Zuruf: Und Jehnhoff!) Jehnhoff hat in der ganzen Fraktion niemand überzeugt. (Heiterkeit links.) Die Erbschaftsteuer ist keine ideale Steuer. Es gibt andere Steuerquellen, so die Rotierungssteuer. Gegen den Feuerversicherungsstempel haben auch wir Bedenken. Schließlich handelt es sich bei der ganzen Finanzreform nur noch darum, etwa 50 Millionen auf diese oder jene Weise aufzubringen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung möglichst wenig davon bedrückt wird. Dieser Gesichtspunkt muß maßgebend sein. Darum verstehe ich auch nicht, wie man sich auf eine bestimmte Steuer, wie die Nachlasssteuer, verlassen kann. Der Bundesrat wird schließlich sehen müssen, wie er auch ohne sie auskommt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Herr Wassermann hat nun von der Reichstagsauflösung gesprochen und von der Schädigung des deutschen Einflusses im Ausland. Das Ausland kümmert sich wenig darum, wie wir unsere Steuern aufbringen, wenn wir nur unsere Schulden bezahlen. (Zustimmung rechts und im Zentrum.)

persönlich inszenierten Aufführungen eben beim „Haus“, erster und zweiter Teil, angelangt. Damit wird die Erinnerung an den 30. Jahrestag begangen, da Emil Claar an die Spitze der Frankfurter Stadttheater berufen wurde. Eine Feier seiner Person hat sich Herr Claar vorbehalten; es wird ihm aber von seinen Künstlern eine wunderbare Bronze-Plakette überreicht, die der bekannte Bildhauer Prof. Hausmann anfertigte. — Die Oper ist seit einigen Tagen in die Ferien gegangen, um dann — zur Eröffnung der Saison — neu gestärkt wieder ihre Tätigkeit aufnehmen zu können.

* Richard Wagner als Mimiker. Aus einer Unterredung mit dem Berliner Schauspieler Emanuel Reicher veröffentlicht Paul Wilhelm im „Neuen Wiener Journal“ die folgende, interessante Wagner-Erinnerung: „Zu welchen Höhen sich das innere Pathos im äußeren Ausdruck erheben kann, erlebte ich 1876 in Bayreuth an dem hohen Meister Richard Wagner. Meine verstorbene Frau (die berühmte Sängerin Hedwig Reicher-Kindermann) wurde plötzlich angefragt, ob sie für die plötzlich erkrankte Sängerin der Erda deren Rolle im „Siegfried“ übernehmen könne. Auf ihr Ja wurde sie ersucht, sofort auf den „Sügel“ zu kommen, um sogleich eine Klavierprobe abzuhalten. Ich begleitete sie hin. Wir fanden bereits den Meister in begreiflicher Erregung vor. Felix Motz, der damals Korrepetitor war und den Klavierpart übernehmen sollte, war noch nicht gekommen, und der Meister setzte sich selbst ans Klavier. In seiner humoristisch-gewinnenden Weise einschüddigte er sich, daß er nicht gut genug Klavier spielen könne, aber „es werde schon gehen“. Darauf begann die Probe, und meine Frau sang aus dem Klavierauszug. Wagner schien sehr zufrieden, brach aber plötzlich bei einer Stelle ab und sagte: „Hören Sie, mein Kind, die Stelle kommt mir nicht feilenvoll genug heraus. Noch einmal: Was laßt du, süßlicher Wälder — zu stören der Wala Schlaf!“ Meine Frau wiederholte die Stelle. Aber noch war er nicht zufrieden. Er brach wieder ab, ungeduldig und in der von ihm bekannten ziemlich schroffen Weise. Er hauchte die Tasten, guckte meine Frau wütend an, und sang die Stelle mit unglaublich ungefüher, mitleidender Stimme, sogar etwas unrein. Aber das Auge,

Herr Wassermann hat weiter erklärt, es dürfte nicht wieder dahin kommen,

daß das Zentrum dem Reichstag seinen Willen aufzuzwingen.

(Hört! Hört! im Zentrum.) Wir weisen diese Verdächtigung unserer nationalen Gesinnung zurück. In demselben Augenblick aber, wo die Nationalliberalen ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz fordern zur Stärkung des Parlaments, verlangen Sie, daß der Reichstag aufgelöst wird, wenn es nicht nach Ihrem Willen geht. (Lebhafte Hör! Hör! im Zentrum.) Da gilt wieder das Wort: und der König absolut, wenn er unseren Willen tut. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Nun ist behauptet worden, daß mein Zylinderhut

früher beim Reichskanzler öfter aufgetaucht ist. (Heiterkeit.) Ich muß diese Legende ein für allemal zerstreuen. Ehe man zum Reichskanzler ins Zimmer tritt, gibt man den Hut ab. Ich nahm das wahr, und bin daher immer im runden Hut hingegangen. (Große Heiterkeit.) Ich trug allerdings einmal einen Zylinderhut, ich begab mich aber damit zum Staatssekretär Niederding auf Grund persönlicher Beziehungen. Daher kommt die ganze Geschichte. (Heiterkeit.) Auch wir haben den Wunsch, daß die Finanzreform mit möglichst großer Mehrheit zustande kommt. Jedenfalls müssen wir aber feststellen, daß der Reichskanzler bisher die Wirkung erzielt hat, daß von der Kommission die Entscheidungen nicht immer aus sachlichen Gründen getroffen wurden. (Zustimmung im Zentrum.) Das gilt vor allem gegenüber dem Antrag Herold. Der Reichskanzler hat sich darüber beklagt, daß er von Mitgliedern der Zentrumspartei angegriffen worden ist. Ich weiß es nicht. (Heiterkeit, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie lesen wohl keine Zentrumsblätter? Erneute Heiterkeit.) Jedenfalls beziehen sich diese Angriffe auf

das Verhalten des Reichskanzlers in den Novembertagen.

Er wird selbst zugeben, daß man über sein Verhalten an jenen beiden Sitzungstagen sehr verschiedener Meinung sein kann, ohne seiner Ehre nahezutreten. (Beifall im Zentrum und rechts.) Der Angriffsartikel in der „Germania“ wegen der Bündnistreue zu Österreich rührt aber von einem Verfasser her, einem Nichtkatholiken, dem wir völlig fremd gegenüberstehen. Wir haben mit der ganzen Sache nichts zu tun. Warum beschwert sich der Reichskanzler nur über Angriffe von unserer Seite? Ich erinnere ihn daran, daß hier erst kürzlich der nationalliberale Abg. Weber erklärt hat, daß der Kanzler seine Sache mit der Finanzreform recht schlecht mache.

Der Kanzler soll sich auch einmal die nationalliberale Presse ansehen, wie die über ihn denkt.

Warum sagt er darüber nichts? Er erinnerte gestern an ein Wort Bismarcks von der „Dredline“. Es ist aber völlig falsch, wenn er etwa glaubt, wir boykottieren ihn, weil er die Reichstagsauflösung herbeigeführt hat. Darin irrt er sich ganz gewaltig. Ich begreife nicht, wie er noch jetzt diesen Gedanken haben kann. Ich habe ihm ja in der ersten Sitzung des neugewählten Reichstags gesagt, woran es liegt, daß unsere Beziehungen sich so gestaltet haben, weil er uns den

Vorwurf der antinationalen Arroganz

machte. (Stürmische Zustimmung im Zentrum.) Er tat aber, als ob nichts geschehen sei. Selbst wenn das seine Überzeugung war, so hätte er, nachdem er sehen mußte, daß wir dieses Wort als eine persönliche Beleidigung auffassen mußten, sich nichts vergeben, wenn er erklärt hätte, daß er nicht verlegen wollte. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Dann wäre diese Frage erledigt gewesen. Was wir übrigens als taktvoll ansehen, darüber zu entscheiden, ist unsere eigene Sache. (Zustimmung im Zentrum.) Wir werden unsere Entscheidung fällen ohne Rücksicht auf Personen, für uns wird bestimmend und maßgebend sein auch nicht das Agrarlerium, maßgebend wird vielmehr nur sein das Interesse des Reichs, des deutschen Volkes. (Stürmischer, anhaltender Beifall im Zentrum und rechts.)

treffen des Wertherschen Berichtes? Nur eines; der König hatte gesagt, er werde Benedetti rufen lassen, um ihm die Entschlieung der beiden Hohenzollern mitzuteilen, die er noch nicht empfangen hatte. Nach Eintreffen des Berichtes von Werther ließ der König Benedetti, statt ihn zu rufen, durch einen Adjutanten in den höflichsten Formen das mitteilen, was selbst zu sagen er nicht für nötig hielt. Im Grunde hatte sich nichts geändert, nichts war gewonnen, nichts war seit dem Morgen verloren; es handelte sich um eine durchaus nebensächliche Etikettenfrage. Die Wandlung fällt zusammen mit dem Eintreffen des Wertherschen Berichtes, aber sie ist nicht dessen Folge. Sie ist die Folge des Ultimatus, das am Abend des 12. Juli durch Bismarck dem König mitgeteilt, das am Vormittag des 13. durch verschiedene Telegramme erneuert wurde und das verstärkt ward durch den Minister des Innern und den Finanzminister, die zu gleicher Zeit mit dem Wertherschen Rapport in Ems eintrafen. Wenn dieser Bericht nie existiert hätte, wäre das Verhalten des Königs nicht anders gewesen, seitdem er entschlossen war, eher die Forderungen Bismarcks zu erdulden als sich von ihm zu trennen. . . . R. E.

Aus Kunst und Leben.

h. Von Frankfurter Theatern. Man schreibt uns unterm 17. Juni: Marie Reichenhofers Ensemble hat im Residenztheater eine Novität herausgebracht, die dreiaktige Komödie: „Närrische Welt“ von Otto Hinnerk. Ein Ehepaar und drei Herren spielen das ganze Stück; Mann und Frau nehmen es mit der ehelichen Treue sehr wenig genau, am tollsten treibt es die Frau, die schließlich durch ihren Gellebten in die Arme des Gatten zurückgeführt wird. Gewiß, eine sehr „närrische Welt“. Die Komödie ist in ihren tollen Einfällen mehr als Talentprobe wie als Erfüllung zu nehmen. Längen stehen der Wirkung im Wege. Gespielt wurde sehr gelegen. — In unserem Schauspielhaus sind wir bei Wiederholung der von Herrn Intendant Claar

der Bild, der verzehrende Schmerz im Antlitz, das Klagenbe Heraushöben der Worte „zu stören der Wala Schlaf“, das war hinreichend. Eine Urganwalt von Tragik ergoß sich aus des Meisters Innern auf mich. Ich stand wie in einem Bann, und so oft ich an diese Szene denke, erneut sich mir immer wieder das Gefühl dieses Mannes, und mancher gelungene Ausdruck in meinen tragischen Rollen schöpste seine Kraft aus dem Quell dieser Minute.“

* Karl-Schurz-Denkmal in New York. Wie wir bereits gemeldet haben, wurde am Tage der Wiederkehr des Todestages des bekannten Deutsch-Amerikaners Karl Schurz von dem Staate New York beschlossen, ein Denkmal zur bleibenden Erinnerung zu errichten. Wie wir jetzt hören, ist der bekannte New Yorker Bildhauer Karl Bitter, ein geborener Wiener, mit der Ausführung des Denkmals, das seinen Platz auf einer Anhöhe im Norden Manhattan erhalten wird, beauftragt. Karl Bitter hat seine Skizzen der Kunstkommission zur Begutachtung eingereicht, und diese hat sie genehmigt. Das Denkmal stellt Karl Schurz in seinen späteren Lebensjahren, im breiten Lehnstuhl sitzend, dar. Die Figur soll aus Bronze gegossen werden. Als Sockel wird ein mächtiger Granitblock dienen, der von einer Vase, die ebenfalls aus Granit ist, umkreist wird. In beiden Seiten erheben sich zwei Bronzelaternen mit ornamentalen Füßen. Die Rückseite des Sockels wird eine Bronzetafel tragen, die Karl Schurz' Leben und Werke in allegorischen Figuren darstellt. Der Preis für die Anfertigung des Denkmals wird von dem Künstler auf ungefähr 32 000 Dollar geschätzt.

Theater und Literatur.

Gestern begannen die viel besprochenen Reinhardt'schen Festspiele im Münchener Künstlertheater mit „Hamlet“. Aus der Darstellung werden besonders Meißnis (der hier durch seinen Ödövald in so glänzender Erinnerung steht) Hamlet und Wegeners (des einflussigen Mitgliedes unseres Königl. Theaters) König gerühmt. Fritz Erler's Bühnenbilder machten starken Eindruck. Wir kommen auf die Aufführung noch ausführlicher zurück.

Jah
Zwo
ger
drei
bete
ind
der
drei
Leif
Ma
dem
der
bri
ja
Au
ten,

son
nich
blei
pa
the
im
weit

Spre
eine
die
Aus
die
den
Kette
und
weid
Ern
aber,
sind
nenn
Was
auf
atris

(Zeh
rung
nicht

ner
haben
auch
Hört
„A
in di
uns
müde
sozial
Besit
steuer
in 3
Vest
Arten
eine
Leben
Frage
halte
Wir
Entw

Stür
ine
ind
word
Bon

Die
triebe
und
über
sein.
hau
statist
würde
Lebe
sicherz
Die
auch
wurde

Auch
schwie
lein
fragen
sind.
Zeit
daß
Knecht
Lande
sagen
zu m
Arbeit
Gegen
Neben
erschiv
Wäre

Ist
erwäh
Lande
für ein
hat, m
Diese
tun e
viel er
denken.
Bfä

Preussischer Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Ich will mich lediglich auf sachliche Gesichtspunkte, und zwar nur auf die Hauptpunkte beschränken. Dem Abg. Singer gegenüber möchte ich bemerken, daß selbst wenn die indirekten Steuern bewilligt werden, um welche die Verbündeten Regierungen gebeten haben, doch die Belastung mit indirekten Steuern in unserem Vaterland noch weit hinter der anderer Kulturstaaen zurückbleiben wird. Die indirekten Steuern werden doch nur erhoben, um die sozialen Leistungen zu erhöhen, und um den in unserer Armee und Marine liegenden Schutz zu sichern, der doch in erster Linie dem Arbeiter zugute kommt. Wir haben gegen die von der Kommission beschlossene Kottierungssteuer schwere prinzipielle und praktische Bedenken, wie der Reichsschatzsekretär bereits gestern ausgeführt hat. Ich muß auch den Ausführungen des Grafen Westarp gegenüber daran festhalten, daß es sich hier in der Tat um

eine partielle Reichsvermögensteuer

handelt. Es ist das bestritten worden, aber es läßt sich nicht leugnen, daß das Vermögen auf begrenzten Gebieten gefaßt werden soll. Die Inhaber von Wertpapieren werden besteuert, den Besitzer einer Hypothek würde man aber freilassen. Das würde man im Publikum nicht verstehen. Der Finanzminister legt weiter die Gründe dar, die

gegen die Kottierungssteuer

sprechen. Durch der landwirtschaftliche Kredit würde durch eine solche Steuer getroffen werden, ebenso die Kommunen, die ohnehin unter Schulden leiden, weil die allgemeinen Ausgaben immer mehr anwachsen. Schließlich würden also die Steuerzahler der einzelnen Kommunen die Leidtragenden sein. Nachdem wir unsere Börse eben erst von gewissen Ketten befreit haben, würde sie wieder lahmgelegt werden und unser Einfluß im Ausland würde geschwächt werden. Was eine leistungsfähige Börse im Ernstfall bedeutet, will ich nicht ausführen. Die Summen aber, die wir im Ernstfall für Heer und Marine brauchen, sind so stupend groß, daß ich mich schone, sie zu nennen.

Was wir im Juliastium liegen haben, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn Sie jetzt unsere Börse nicht aktionsfähig machen, so könnte der Tag kommen, wo sie im Ernstfall versagt.

(Lebhafte Zustimmung links.) Die Verbündeten Regierungen haben daher gegen die Kottierungssteuer ernste und nicht überwindbare Bedenken.

Nun die Erbschaftsteuer. In allen Parteien sind Gegner und Freunde dieser Steuer. Auch Zentrumsmitglieder haben sich dafür ausgesprochen, nicht nur Erben, sondern auch zum Beispiel Fräulein und Dr. am Jahnboff. (Hört! Hört!) Der Finanzminister verliest einen Artikel der „Kreuzzeitung“, in dem es heißt: „Wir können wohl in die Zwangslage kommen, einer Steuer zuzustimmen, die uns höchst unympathisch ist.“ Wir sollten uns doch alle bemühen, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die soziale Gerechtigkeit erfordert, daß auch der allgemeine Besitz herangezogen wird. Für uns kam nur die Erbschaftsteuer unter Ausdehnung auf Deszendenten und Ehegatten in Frage, denn durch eine andere Art der Besteuerung des Besitzes werden immer nur einzelne Abschnitte, einzelne Arten getroffen. Unsere Reichsfinanzen müssen endlich auf eine geordnete Grundlage gestellt werden. Das ist eine Lebensfrage des Deutschen Reichs, vielleicht die wichtigste Frage, seit das Deutsche Reich überhaupt besteht. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir müssen dafür sorgen, daß die Säule einer gesunden Entwicklung nach unten und einer kräftigen Waffe nach außen unverletzt erhalten bleibt.

(Stürmischer Beifall links.) Aber die Vorlage herrscht noch eine erstaunliche Unkenntnis. Für die Landwirtschaft sind Schutzmaßregeln in ausreichendem Maße getroffen worden.

Von 1 300 000 selbständigen Landwirten fallen nur 10 Prozent unter das Gesetz, 90 Prozent bleiben frei.

Dieser Fünftel unserer ganzen landwirtschaftlichen Betriebe kommen für das Gesetz nicht in Frage. Die kleinen und mittleren Erbsitzer bleiben ganz frei. Von einer Überlastung der Landwirtschaft kann also nicht die Rede sein. Die Vermögen unter 20 000 Mark werden überhaupt nicht getroffen. Der Finanzminister weist weiterhin statistisch nach, daß die Steuer keinesfalls rigoros wirken würde. Jeder Besitzer sei auch in der Lage, durch eine Lebensversicherung die Steuer von vornherein sicherzustellen, so daß seine Erben nicht belästigt werden. Die Befreiung der bestehenden Bedenken ist allerdings auch durch die Art und Weise, wie die Gründe verhandelt wurden, erschwert worden.

Mit Scheltworten überzeugt niemand.

Auch die Haltung der Linken hat die Verständigung schwieriger gemacht. Doch ich will in dieser ernsten Stunde keine Vorwürfe erheben. Aber man muß sich doch fragen, ob die Gegenstände in der Tat unüberbrückbar sind. Sehen wir uns die langen Verhandlungen der letzten Zeit an, so müssen wir doch als ehrliche Leute bekennen, daß sie weder für unsere innerpolitische Lage noch für unser Ansehen im Ausland förderlich waren. In einem Lande mit konfessionellen, mit starken wirtschaftlichen Gegensätzen muß doch alles Streben dahin gehen, diese Gegensätze zu mildern und alle Schichten zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Leider aber ist das Gegenteil erreicht worden, die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze sind verschärft, die gemeinsame Arbeit ist erschwert worden.

Wäre es denn erwünscht, wenn unsere Nation allmählich in zwei getrennte Heereslager zerfallen sollte?

Ist es insbesondere vom Standpunkt der Realwirtschaft erwünscht, daß die Industrie, die bisher immer mit der Landwirtschaft Hand in Hand gegangen ist, die auch immer für einen ausreichenden Absatz der Landwirtschaft gesorgt hat, nun vielleicht in ein anderes Lager übergeht? Diese Bedenken vom Standpunkt der Rückwirkung auf unsere inneren politischen Zustände sind sehr ernst, aber noch viel ernster wird die Sache, wenn Sie an das Ausland denken. Sie brauchen bloß die ausländischen Blätter zu lesen, um sich ein Urteil darüber zu bilden,

mit welcher Freude die Schwierigkeit, die anscheinende Unmöglichkeit der Verständigung bei uns von einem Teile des Auslandes begrüßt wird. Und ich meine, daraus müssen wir gerade Veranlassung nehmen, unter allen Umständen über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. (Sehr richtig!)

Es scheint manchmal so, als ob es wirklich ein unglückseliges Verhängnis unseres Volkes ist, daß alle nationalen großen Anläufe immer wieder durch Parteirücksichten, durch Interessengegensätze, durch vorgefaßte Meinungen zerfällt und vielfach zerstört werden

(Rufe: Leider!), daß das Geld der deutschen Natur nur in Tagen der schwersten Prüfung zur Erscheinung tritt, aber in friedlichen Zeiten verdunkelt und verdeckt wird durch die alten Erbsfehler unserer Nation. Meine Herren,

nach ist es Zeit, sich die Hand zur Verständigung zu bieten, nach ist es Zeit, über die Hemmnisse hinwegzukommen, die jetzt der ganzen Regelung entgegenstehen. Deswegen geht meine Bitte dahin, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, dieser Hindernisse Herr zu werden, ob Sie sich nicht gegenseitig die Hand reichen können, ob das, was an Fesseln in den letzten Wochen herabgetreten ist, nicht ausgelöst werden könne durch das einheitliche Bestreben, endlich unser Vaterland dem von uns allen erstrebten Ziele seiner finanziellen Wiedergeburt entgegenzuführen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall. — Reichskanzler Fürst Bismarck drückt Freiherrn v. Rheinbaben die Hand, ebenso verschiedene Staatssekretäre.)

Abg. Fürst Hofmann (Npt.) verliest eine Erklärung seiner Partei, in der es heißt, daß die Finanzreform kein Stückwerk sein dürfe, sondern daß ganze Arbeit gemacht werden müsse, damit das deutsche Erwerbsleben vor weiterer Verunruhigung geschützt werde. Alle bürgerlichen Parteien sollten sich bei diesem nationalen Werke zusammenfinden. Auch der Besitz muß entsprechend herangezogen werden. Wir haben uns mit der Erbschaftsteuer auf Deszendenten und kinderlose Ehegatten abgefunden, falls hiervon das Zustandekommen der Reichsfinanzreform abhängt. Darum stimmen wir auch der vorliegenden Erbschaftsteuer mit den nötigen Änderungen zu.

Wir halten es für unverantwortlich, das große nationale Werk der Reichsfinanzreform um der in ihrer Bedeutung vielfach überschätzten Erbschaftsteuer willen in Frage zu stellen.

In den Vorschlägen der Kommission zur Regelung der Besitzsteuer kann ein gangbarer Weg zur Lösung der Aufgabe schon aus dem Grunde nicht erblickt werden, weil die Verbündeten Regierungen sie entschieden ablehnen. Die Reichspartei ist nicht gewillt, die finanzielle Notlage des Reiches auszunutzen, um den Verbündeten Regierungen parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse auszunutzen. (Beifall links.) Es würde allen konservativen Überlieferungen widersprechen, und einen für die Zukunft gefährlichen Präzedenzfall bieten. (Beifall und Hört! links.) Die Erbschaftsvorschläge werden wir ohne Voreingenommenheit unter dem Gesichtspunkt vollständiger Lösung der Aufgabe der Reichsfinanzreform prüfen und unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Reform in einer den Interessen des Reiches und unseres Erwerbslebens sowie der Gerechtigkeit entsprechenden Gestalt zustande kommt. (Beifall.) Unsere Partei wird dem warmen Appell, den Herr von Rheinbaben soeben an den Reichstag richtete, sicher Folge leisten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole): Der Reichskanzler hat die Debatte auf die Grundlage einer Parteilauseinandersehung gestellt, daher werden wir uns an der Debatte nicht beteiligen. Unsere Stellungnahme zu den einzelnen Steuern werden wir bei der Beratung der Kommissionsvorlage zum Ausdruck bringen. Bei den jetzt zur Verhandlung stehenden Steuern beschränken wir uns auf die Erklärung, daß wir für ihre Überweisung an die Kommission stimmen werden. (Weiterkeit.)

Weiterberatung Freitag 1 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

Die Monarchenbegegnung in den Schären.

Ab. Neval, 17. Juni. Die Fahrt von Danzig nach Bjorköe fand bei schönem lähltem Wetter statt. Der Kaiser, der sich sehr wohl befindet, nahm die Vorträge des Staatssekretärs Freiherrn v. Schoen und der drei Kabinettschefs entgegen. — Bei dem Besuche auf der Kaiserjacht „Standart“ war der Kaiser begleitet von dem Staatssekretär Freiherrn v. Schoen, dem Vorkommandanten Grafen v. Bortales, dem Oberhofmarschall Grafen v. Eulenburg, dem Generaloberst v. Plessen, den drei Kabinettschefs, dem Kommandanten der deutschen Schiffe und dem übrigen Gefolge. Der Kaiser wurde auf der „Standart“ begrüßt von dem Kaiser Nikolaus, der Kaiserin Alexandra Feodorowna und deren Gefolge, unter dem sich Ministerpräsident Stolypin, der Minister des Auswärtigen Jewoliski und Marineminister Rodjewodski befanden. Die erste Begrüßung der Monarchen auf der „Hohenzollern“ war überaus herzlich, sie lächelten einander wiederholt.

Ab. Neval, 17. Juni. Der Besuch des Kaisers Nikolaus an Bord der „Hohenzollern“ dauerte eine halbe Stunde. Unmittelbar nachdem der Kaiser Nikolaus an Bord der „Standart“ zurückgekehrt war, erwiderte Kaiser Wilhelm den Besuch.

Ab. Helsingfors, 18. Juni. Kurz nach der Ankunft des deutschen Geschwaders fand eine Konferenz der Minister Stolypin und Jewoliski mit dem Staatssekretär v. Schoen statt, welche von langer Dauer war. Nach Schluß derselben wurde Stolypin vom Kaiser in Audienz empfangen.

Ab. Petersburg, 18. Juni. Zur Kaiserbegegnung verlautet aus angeblich autoritativer Quelle, daß der Hauptpunkt der Verhandlungen eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland über die verschiedenen Ballonfragen sei. Auch die Polenfrage soll erörtert werden. (?) Der Zar wird Kaiser Wilhelm die Versicherung geben, daß die Spitze der Tripel-Entente sich niemals gegen Deutschland gerichtet habe. Die völkerrussischen Differenzen werden nur indirekt berührt werden.

Der Kampf um die Reichsfinanzreform.

Die Stellungnahme der hessischen Handelskammern zur Reichsfinanzreform.

Die hessischen Handelskammern veröffentlichen folgende Beschlüsse: Die hessischen Handelskammern hatten sich mit den ursprünglichen Grundlagen der Vorschläge der verbündeten Regierungen zur Reichsfinanzreform, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, einverstanden erklärt, insbesondere damit, daß die Reform ein stärkeres Belastung einiger Artikel des allgemeinen Verbrauchs und eine erhebliche Heranziehung des Besitzes durch eine Nachlass- oder Erbschaftsteuer vorsehe. Mit steigendem Unwillen haben die Kammern aber die neuerliche Tätigkeit der Reichsfinanzreform verfolgt, die in überhafter Beratung eine Reihe von Steuerentwürfen angenommen hat, die darauf ausgehen, Handel und Gewerbe im allgemeinen und einzelne ihrer Zweige im besondern in der einseitigen Weise zu belasten, ohne daß auch nur den maßgebenden Kreisen Gelegenheit gegeben war, sich zu den einzelnen Vorschlägen gutachtlich zu äußern. Sie erheben gegen ein derartiges unerhörtes Vorgehen schärfsten Widerspruch und richten an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, mit aller Entschiedenheit diese Vorschläge zurückzuweisen. Mit den jetzt veröffentlichten neuen Steuervorschlägen der verbündeten Regierungen, die ein bedauerliches Nachgeben gegenüber einer einseitigen Interessenpolitik darstellen, könnten sich die Kammern ebenfalls nicht einverstanden erklären. Insbesondere nicht damit, daß man wiederum den Verkehr mit Steuern belasten will, die die freie Entwicklung von Handel und Industrie empfindlich beeinträchtigen. Handel und Gewerbe müssen verlangen, zumal die letzte Berufszählung die überwiegende und wachsende Bedeutung dieser Erwerbszweige für die wirtschaftliche Zukunft des Reiches auf das deutlichste gezeigt hat, daß ihnen nun endlich diejenige Berücksichtigung in der Gesetzgebung zuteil wird, auf die sie berechtigten Anspruch erheben können und die für das Wohl der gesamten Bevölkerung unerlässlich ist.

sh. Ein Protest gegen die Parfümsteuer. Eine große Anzahl von Verbänden der Friseur-, Parfümerie- und Drogeriebranche hatte für Mittwochabend zu einer großen Protestversammlung gegen die geplante Steuer auf Parfüms und Toiletteisen nach der Philharmonie in Berlin eingeladen. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Parfümerie-fabrikanten Kommerzienrat Lohse eröffnete die Versammlung und erteilte das Wort an Drogerie-Fischer-Söldt, der die Beschlüsse der Kommission einer eingehenden Kritik unterzog. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Weber wies auf Grund von Zahlen nach, daß die weitaus größte Zahl der Gewerbetreibenden nicht in der Lage sein werde, die neuen Steuern zu entrichten. Die Arbeit der liberalen Parteien wird es sein — und sie wird von ihnen gern übernommen — dieses Gesetz zu verhindern. (Beifall.) Reichstagsabgeordneter Raumann bezeichnete die Parfümsteuer als das Lächerlichste an Gesetzesmacherei, was überhaupt geschaffen werden könne. Vor allem seien die steuerlichen Begriffe vollkommen unklar. Die Parfümsteuer sei in ein anderes Steuergesetz auf ganz merkwürdige Weise hineingearbeitet worden, nämlich in das Spiritusgesetz. Die Parfümsteuer soll den Luxus treffen, die Benutzung von Parfüm ist aber nur der Hauch, sozusagen der Duft eines Luxus. Der wirkliche große Luxus, wie z. B. das Halten von Reitpferden, werde von der Arbeit natürlich nicht besteuert. (Lebhafte Beifall.) Abgeordneter Beyl erklärte die Bereitwilligkeit der national-liberalen Fraktion, für die Forderungen des Mittelstandes einzutreten. Nachdem noch eine große Zahl von Rednern aus der Branche gesprochen, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der energisch gegen die von der Finanzkommission geplante Parfümsteuer protestiert wird.

* Die Kottierungssteuer. Wie von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, halten die Konservativen und das Zentrum an der Kottierungssteuer fest. Sie sind nur bereit, gewissen, das Ausland berücksichtigenden Erleichterungen zuzustimmen. Damit die Finanzreform nicht ohne Kottierungssteuer zustande komme, wollen Konservative und Zentrum für die Finanzreform ein Mantelgesetz schaffen, um darin die Annahme der Kottierungssteuer ausdrücklich zu sichern. Für den Fall, daß die Verbündeten Regierungen sich mit der Kottierungssteuer in der verbündeten Form einverstanden erklären, dürfte, einer Angabe des „B. Z.“ zufolge, bei den Konservativen wie beim Zentrum die Neigung wachsen, für die Erbschaftsteuer zu stimmen.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Die Königin von Schweden ist gestern abend 9 Uhr 23 Min. zum Besuche ihres Regiments in Stettin eingetroffen. Zum Empfang am Bahnhof war Prinz Albrecht von Preußen, der um 3 Uhr 50 Min. angekommen war, erschienen.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Raumann ist in Stuttgart eingetroffen, um an den jetzt dort stattfindenden Verhandlungen des deutschen Schmelzbandes teilzunehmen. Präsident Dr. Kaufmann wurde gestern mittag 1 Uhr vom König in Audienz empfangen und zur Tafel gezogen.

* Zur diesjährigen Nordlandsreise des Kaisers werden wiederum eine Anzahl Lehrer und Künstler Einladungen erhalten, doch soll die Zahl der Gäste des Kaisers auf der „Hohenzollern“ sehr beschränkt worden sein. In gut unterrichteten Kreisen erhält sich ferner die Ansicht, daß anlässlich der bevorstehenden Reise eine Begegnung des Kaisers mit dem König Haakon geplant wird. Doch sollen definitive Beschlüsse nach dieser Richtung noch nicht geplant worden sein.

* Ein Kaiserbesuch in München. Nach der „Münchener Zeitung“ wird Kaiser Wilhelm zwischen dem 15. und 25. September in München eintreffen, um die neue Schach-Salvete zu eröffnen.

NPT. Zur Vertagung des Inkassotretens der Hinterbliebenenversicherung ist, wie wir erfahren, eine Novelle zum Inkassotretens vom Bundesrat fertiggestellt worden. Nach dieser soll der im § 15 des Inkassotretens vorgesehene Termin zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung

vom 1. Januar 1910 um ein Jahr, also bis zum 1. Januar 1911, vertagt werden. Da die Reichsversicherungsordnung, in welcher die Hinterbliebenenversicherung enthalten ist, erst zum Winter an den Reichstag gelangen kann, so ist es naturgemäß unmöglich, die Hinterbliebenenversicherung bis zum Beginn des nächsten Jahres fertigzustellen. Nun schreibt aber § 15 des Sozialversicherungsgesetzes vor, daß im Falle eines späteren Inkrafttretens vom 1. Januar 1910 ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge an den landwirtschaftlichen Böden an die Invalidenversicherungsanstalten zu überweisen sind. Um dies zu verhindern und den an sich schon geringen Fonds von 40 Millionen nicht noch zu schwächen, wird eine Vertagung der Frist um ein Jahr beabsichtigt. Falls die Beratungen der Finanzreform es gestatten, wird der Entwurf noch in der jetzigen Sommertagung im Reichstag zur Vorlage gelangen; im anderen Falle wird er im Herbst zur Beratung gestellt.

* Zur Erklärung des Geheimrats Dr. Hamann meint der Scherische „Tag“: „Geheimrat Hamann befindet sich gewiß in einer sehr lässigen Lage, so daß man ihm seine Erregung wohl nachsagen kann. Ob es aber von einem halbamtlichen Blatte (die „Nordd. Allg. Ztg.“) wohlgeboten war, ein Schreiben zu veröffentlichen, das in schweren Vorwürfen gegen eine Strafkammer, ja, gegen den höchsten preussischen Gerichtshof gipfelt, kann billig bezweifelt werden.“

* Der neue Erzbischof von München ist seit Mittwoch in München. Gestern vormittag fand vor dem päpstlichen Nuntius der Informativprozess statt. Sonntag wird der Erzbischof vom Prinz-Regenten empfangen werden.

* Ein Vertrag zwischen Deutschland und Venezuela. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Deutschland und dem Freistaat Venezuela die Zustimmung erteilt.

* Die englischen Geistlichen in Bielefeld. Nach einer Besichtigung der Bodenschwingschen Anstalten durch die englischen Geistlichen fand unter freiem Himmel ein kirchliches Waldfest statt. Um 3/5 Uhr erfolgte die Abfahrt der Gäste nach Bremen.

* Zur Landtagsersatzwahl im Unterlahnkreis. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt entgegen der Meldung, daß bei der bevorstehenden Landtagsersatzwahl im 4. Wahlkreis Wiesbaden (Unterlahnkreis) der Bund der Landwirte für die nationalliberale Kandidatur des Amtsgerichtsrats Lieber eintreten werde, daß sich der Bund der Landwirte über seine Stellungnahme überhaupt noch nicht schlüssig geworden ist, daß vielmehr erst am 20. Juni eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte in Diez stattfinden wird, auf der die Beschlußfassung erfolgen wird.

* Zum Verkauf des Schlosses Benrath. Der Gemeinderat in Benrath hat beschlossen, das königliche Schloß nebst dem großen Park käuflich zu erwerben. Aber die Höhe des Kaufpreises wird noch Stillstehen beobachtet.

* Die ersten Schritte des Hansabundes. Herr Geheimrat Dr. Meier hat dem „B. Z.“ über die Konstituierung und die ersten Aufgaben des Hansabundes folgendes mitgeteilt: „Wir dürfen wohl sagen, daß wir die kurze Zeit, die seit der Versammlung im Circus Schumann verstrichen ist, gründlich ausgenutzt haben. Es sind bereits über 200000 Zirkulare an selbständige Firmen hinausgeschickt worden, in denen wir die Firmen auffordern, dem Bunde beizutreten. Jedem Zirkular liegt eine Liste ein, in die sich die Angestellten, welche sich dem Bunde anschließen wollen, einschreiben können. Außerdem sind bereits die 400 Verbände, die in der Versammlung vertreten waren, ersucht worden, ihre Mitglieder möglichst Mann für Mann zum Beitritt zu veranlassen. An alle übrigen wirtschaftlichen Verbände geht heute die gleiche Aufforderung ab. Durch Kräfte und Veranlassungen in allen Teilen des Reiches wird diese Propaganda unterstützt werden, und außerdem werden wir überall in öffentlichen Verkaufsstellen Beitrittsschilder auflegen lassen. Einen Überblick über das Resultat dieser ersten Bemühungen wird man vermutlich spätestens in vierzehn Tagen erlangen können. Zwischen dem 23. und dem 25. Juni dürfte das Präsidium zur Feststellung der Satzungen und der Organisation zusammenzutreten. Natürlich wird es sich dann auch sofort mit der politischen Situation beschäftigen, die in acht Tagen ja vielleicht auch ein wenig klarer sein wird als heute. Vor dieser Beratung des Präsidiums und vor der Schaffung einer Organisation ist es natürlich für uns schwer oder unmöglich, zu den neuen Steuervorlagen der Regierung Stellung zu nehmen, und ich kann also über diese Vorlagen nur meine ganz persönliche Meinung äußern. Ich persönlich bin der Ansicht, daß von den neuen Vorlagen speziell die Feuerversicherungs- und die Einkommensteuer mit aller Entschiedenheit bekämpft werden muß. Ich halte es auch für bedauerlich, daß man den Schiedsstempel einführen will, der immerhin die Entwicklung unseres noch recht unbedeutenden Schiedsverkehrs hemmen könnte. Unfassbar wäre es, wenn die Regierung, der ein großer Teil der Bevölkerung freiwillig eine Erbschaftsteuer darbringt, diese Steuer auf den Widerspruch der Konservativen hin fallen ließe, wie sie bereits die Nachlasssteuer gefallen hat. Die einzige Steuer, bei der die Erbschaftsteuer wegfallen könnte, ist — ich sage auch das natürlich als meine persönliche Ansicht und nicht im Namen des noch nicht organisierten Hansabundes — die direkte Reichsvermögenssteuer. Ihre Einführung wäre eine wirkliche großzügige Finanzreform, alles andere, und besonders das, was man uns heute bietet, ist höchstens ein Bukett von Steuern.“

* Der Leipziger Ärzteverband gegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Der Vorstand des Leipziger Ärzteverbandes, der größten, neun Zehntel aller deutschen Ärzte umfassenden ärztlichen Organisation, trat vor einigen Tagen, wie wir mitteilten, dem auch von uns wiedergegebenen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit einer Erklärung entgegen. Der Erklärung ist eine ausführliche Begründung beigegeben, aus der wir einige Feststellungen abdrucken, welche geeignet sind, die gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“ erhobenen schweren Vorwürfe zu erklären: Die „N. A. Z.“ sagt: „Unsere sozialpolitische Gesetzgebung... soll dadurch lahmgelegt werden, daß die Ärzte diesen Arbeiten die ihnen durch die Krankenkassen zugesicherte ärztliche Versorgung verweigern.“ — Diese Behauptung ist unzutreffend. In der „Erklärung“ ist nur gesagt, daß außerhalb

Falles die Ärzte ihre vertragliche Tätigkeit — natürlich unter Ausschluß eines Vertragsbruches — für die Krankenkassen, nicht aber die ärztliche Behandlung der Versicherten einzustellen beabsichtigen. Vielmehr ist im letzten Abschnitt unter Absatz 3 ausdrücklich gesagt, daß sie als „Privatpatienten“ behandelt werden sollen. — Die „N. A. Z.“ sagt: „Auch die Forderung konnte nicht berücksichtigt werden, daß nur die Ärzteorganisationen zum Abschluß von Verträgen mit den Kassen befugt sein sollen, nicht auch der einzelne Arzt.“ — In Wirklichkeit ist die ärztliche Organisation von der Mitwirkung bei Regelung der tarifärztlichen Verhältnisse in dem Entwurf zur R.V.O. gänzlich ausgeschlossen. — Die „N. A. Z.“ sagt: „Für die Beilegung aller Zwistigkeiten sind auf den ausdrücklichen Wunsch der Ärzte Schiedsinstanzen vorgesehen.“ — Diese Bemerkung ist irreführend. Die Ärzte verlangen allerdings Schiedsinstanzen, aber in der Art der schon jetzt bestehenden und ausgezeichnet fungierenden Einrichtungen. — Am Schlusse dieser die „Nordd. Allg. Ztg.“ schwer kompromittierenden Feststellungen wird gesagt: „Wer weiß, wie wenig Rücksicht die ärztlichen Wünsche und Forderungen bei der Ausgestaltung der Krankenversicherungsgesetzgebung bisher stets gefunden haben, wird begreifen, daß der Ärztestand nicht gewillt ist, seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht von Faktoren abhängig zu machen, zu denen er auf Grund seiner langjährigen traurigen Erfahrungen kein Vertrauen hat.“

* 23. Wanderausstellung der deutschen landwirtschaftlichen Gesellschaft. Gestern mittag wurde auf dem Ausstellungspalast Leipzig-Gutritsch in Anwesenheit des Königs von Sachsen die 23. Wanderausstellung der deutschen landwirtschaftlichen Gesellschaft durch den Präsidenten der Gesellschaft, den Prinzen Johann Georg von Sachsen, eröffnet.

* Ein Untersee-Kabel zwischen Deutschland und Brasilien. Zwischen Deutschland und Brasilien wird jetzt ein neues direktes Untersee-Kabel gelegt, und zwar von Cmden nach Teneriffa. Von Teneriffa aus soll dann gleichzeitig eine Verbindung mit der westafrikanischen Küste hergestellt werden.

* Der Molffe-Garden-Prozess erledigt. Wie erinnerlich, lag bei der letzten Verhandlung des Molffe-Garden-Prozesses eine Vereinbarung der beiden Parteien vor, durch die der zwischen ihnen schwebende Streit beglichen wurde. Das Gericht kam trotzdem zu einer Verurteilung, da die Anklage auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgt war. Nachträglich erklärte dann Harden, daß er gegen das Urteil Revision einlegen werde, da sich Graf Molffe in der Verhandlung nicht auf den Boden der Vereinbarung gestellt habe. Jetzt ist abermals eine — und diesmal eine endgültige — Wendung in dieser Affäre eingetreten. Graf Molffe hat Herrn Garden erklärt, daß er nach wie vor auf dem Boden der Vereinbarung stehe und es bedauere, wenn sein Verhalten in der Verhandlung eine andere Deutung zugelassen habe. Dadurch ist nunmehr auch Herr Garden befriedigt und er hat bereits die beim Reichsgericht eingelegte Revision zurückgezogen. Das letzte Strafammerurteil wird dadurch rechtskräftig und die Affäre Molffe-Garden ist somit als erledigt zu betrachten. Es ist nur zu bedauern, daß die Angelegenheit sich so lange hinzuziehen konnte, ehe sie dieses wohlverdiente Ende nahm.

* Die Kaution des Fürsten Eulenburg. Das Kammergericht hat den Antrag des Fürsten Eulenburg, die Kautionserhöhung rückgängig zu machen, abgewiesen.

* Der Mord in der deutschen Gesandtschaft zu Santiago. Die Verhandlung gegen den Sekretär der deutschen Gesandtschaft in Santiago, Vedert, der die Ermordung des Gesandtschaftsportiers sowie der Brandstiftung usw. beschuldigt wurde, hat nach einer der „Bos. Ztg.“ zugehenden Mitteilung mit der Verurteilung des Angeklagten zum Tode geendet. Vedert stellte auch während der Verhandlung jede Schuld in Abrede, wurde aber durch die vorliegenden Indizien für hinreichend überführt erachtet. Das Urteil an Vedert wird vermutlich nicht vollstreckt, sondern auf dem Gnadenwege in lebenslänglichen Kerker umgewandelt werden.

Parlamentarisches.

Reichstag. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß nach Erledigung der ersten Lesung der Erbschaftsteuervorlagen, etwa am Freitag, eine zwei- bis dreitägige Pause eintreten wird, um den Fraktionen Zeit zu weiteren Beratungen zu lassen.

Rechtspflege und Verwaltung.

Die Reform des „Strafvollzugs“. Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Vorarbeiten zur Neuordnung des Strafvollzuges bereits im Gange. Es ist beabsichtigt, die Reform des Strafvollzuges in Verbindung mit der des Strafgesetzbuches zu regeln, nachdem die Strafprozessreform ihre Erledigung gefunden hat. Der erste Vorentwurf für das neue Strafgesetzbuch wird im Laufe dieses Jahres aller Voraussicht nach fertiggestellt werden können, so daß in absehbarer Zeit sich der Bundesrat und Reichstag mit der Materie befassen können. Als eine der wichtigsten Fragen bei der Regelung des Strafvollzuges wird die Behandlung der Klagen der Handwerker über die schwere Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit angesehen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses verhandelte gestern über die Regierungsvorlage, betreffend die Errichtung einer italienischen Fakultät in Wien. Unterrichtsminister Graf Stuerzagh betonte, Wien biete nicht nur aus unterrichtspolitischen Gründen, sondern auch im Interesse der Vermeidung nationaler Konflikte alle Gewähr für einen ungehinderten Unterricht und möglichst rasche Verwirklichung des Projekts.

Frankreich.

In der fortgesetzten Generaldebatte der Kammer über die Revision des Zolltarifs erklärte der Deputierte Plichon: Unter dem Protektionismus sei das Privatvermögen in Frankreich von 189 auf 200 Millionen angewachsen. Deutschland belege beispielsweise nicht bloß die eingeführten Waren, sondern auch Papier und Holz zu ihrer Verpackung mit Rössen: selbst die rei-

händlerischen Länder seien in Wirklichkeit in mancher Hinsicht protektionistisch; so verschleie England der französischen Vieheinfuhr und dem französischen Heu seine Grenzen. Die Heizer und Märsen der Schleppe in den Häfen von Marseille erklärten sich mit den eingeschriebenen Seeleuten solidarisch und sind in den Kusstand getreten.

Rußland.

Die russischen Abgeordneten, die sich heute von Petersburg nach England begeben, werden vom König Edward empfangen werden.

Serbien.

Zwischen der serbischen Regierung und einer Pariser Finanzgruppe soll angeblich eine Einigung über den Abschluß einer 150-Millionen-Anleihe zustande gekommen sein.

Türkei.

Neue Verhaftungen in Konstantinopel.

Gestern wurden wieder ungefähr 80 Reaktionen verhaftet. Auch gegen Kamil-Pascha werden wieder Anschuldigungen laut.

Perthen.

Ein Telegramm aus Ispahan meldet, daß Sardarabad die Absicht ausgesprochen habe, mit 800 Mann nach Teheran zu marschieren, um die Ausführung der Verfassung durch ein liberales Kabinett zu erzwingen.

Vereinigte Staaten.

Die neuen amerikanischen Finanzoperationen.

Der Erfolg des amerikanischen Anspruches auf Beteiligung an der chinesischen Anleihe ruft ungewöhnliche Befriedigung hervor. Staatssekretär Knox erklärt dies als den Anfang einer aktiveren Förderung des amerikanischen Außenhandels durch die Regierung. Das gesamte diplomatische und konsularische Personal dieser Beziehung neue Instruktionen. Das Staatsdepartement drückt seine Freude über Deutschlands freundschaftliches Entgegenkommen aus. Der Öffentlichkeit wird dieses Entgegenkommen erst nachträglich bekannt, Englands offiziöse Botschaften drücken sofort Befriedigung aus, während es offiziell nur widerwillig und nachträglich zustimmt. Das Hauptfeld der neuen Aktivität wird neben China Südamerika sein. Die Gründung einer südamerikanischen Bank für Anleihen und Finanzierungen ist dem Abschluß nahe. Die Finanzkreise geben, wie bei der chinesischen Anleihe, nur zögernd dem Drängen des Staatsdepartements sowie des panamerikanischen Bureau und Lafts nach. Die Regierung verbirgt dem Unternehmen dauernden Schutz und Unterstützung.

Der Senat nahm den Änderungsantrag zur Tarifbill, nach welcher der Zoll auf Ansichtskarten auf 15 Cents pro Pfund sowie auf 25 Prozent ad valorem festgesetzt wird, an. Der Senator Smoot erklärte, diese ungeheure Zollerhöhung sei notwendig wegen des starken deutschen Wettbewerbes auf dem amerikanischen Postkartenmarkt.

Anda.

Wie dem Reuterschen Bureau aus Canca gemeldet wird, ist dort heute eine amtliche Proklamation bekanntgegeben worden, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, Ruhe zu bewahren und Vertrauen zu den Schutzmächten zu haben, daß die Kretafrage gelöst werde.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 18. Juni.

— Angelommene Gäste. Es ist eingetroffen: Frau Prinzessin Endofca Galizina aus Petersburg im Hause Dambachal 14.

— Todesfall. Lehrer Wilhelm Caspari, der am 1. April 1881 in den Schuldienst unserer Stadt eintrat und zuletzt an der Blücherstraße wirkte, ist nach kurzem Leiden gestern im Alter von 53 Jahren gestorben.

— Personal-Nachrichten. Max Krämer in Mainz, Sohn des Lehrers Heinrich Krämer dahier, hat sein Doktor-Examen mit Auszeichnung bestanden.

— Naturtheater Kerotal. Es sei hierdurch nochmals auf die morgen Samstag, es sei übermorgen Sonntag nachmittag 5 Uhr als Volksvorstellungen zu sehr niedrigen Eintrittspreisen stattfindenden letzten Aufführungen des Weichspiels „Die Maibraut“ im Naturtheater Kerotal aufmerksam gemacht. Da die Mitwirkenden am Sonntagabend entlassen werden, dies also die unwiderrücklich letzten Vorstellungen sind, so hat der Kartenerwerb bereits sehr lebhaft eingesetzt, weshalb sich rechtzeitige Billettlösung empfiehlt.

— Ausstellung Wiesbaden 1909. Der Besuch der Ausstellung betrug am Donnerstag, den 17. Juni, 6729 Personen, davon waren 4242 Inhaber von Dauerkarten. — Die Ausstellung wurde in den letzten Tagen von folgenden Korporationen und Schulen besucht: 14. bis 16. Verein deutscher Ingenieure; Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften, ca. 50 Personen; Delegierten der Hessen-Rheinischen Baugewerksberufsgenossenschaft, ca. 90 Personen; am 16. der Handelsschule für Mädchen in Frankfurt a. M. mit 144 Schülerinnen; der Baugewerkschule Offenbach mit 30 Schülern. 92 Schüler der Eppsteiner Schulen werden am Montag, den 21. d. M., unter Führung ihrer Lehrer, und der Verein deutscher Papierfabrikanten wird am 22. Juni die Ausstellung besuchen. Die Zentral-Einkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine, die in Mainz ihre Delegiertenversammlung abgehalten hat, besuchte gestern nachmittag in einer Stärke von ca. 400 Herren die Ausstellung.

— Von der Frankfurter Luftschiffahrt-Ausstellung. Zu den interessantesten Teilen der Frankfurter Ausstellung wird stets das Flugfeld mit der Zeppelinhalle gehören. Durch zwei Biadulle, über die Eisenbahngeleise und Straßen führen, kommt man vom Ausstellungspalast, wo alles noch im Stadium der Entwicklung ist, auf das Flugfeld, einen gewaltigen Platz, der von Osten nach Westen die stattliche Länge von 940 Meter hat, während die größte Breite etwa 700 Meter beträgt. Es ist der einzige derartige freie Platz im Reichsbild Frankfurts überhaupt. Am Osten am

Waldrand, erhebt sich die Zeppelinhalle, d. h. sie ist im Begriff, sich zu erheben, und soll in sechs Wochen fertig sein. Die Halle ist vor starken Winden geschützt, auch ist genügend freies Gelände vorhanden, um die Landung und den Aufstieg des Zeppelins ohne Gefahr möglich zu machen. Die Zufahrtsstraßen zum Platz kommen von Norden. Sie sind im Bau begriffen und kosten die Stadt Frankfurt ein hübsches Stückchen. Auf dem nördlichen Teil des Platzes liegt der Abflughügel. Er ist etwa 2 Meter hoch. Der Hügel ist indessen nur für Gleitflieger notwendig, die anderen Flugapparate, wie z. B. die französischen, stützen auf einem Raduntergestell und müssen einen gewaltigen Anlauf nehmen, ehe sie sich erheben können. Sie starten auf dem tiefer gelegenen Flugfeld, dessen Boden jedoch entsprechend vorbereitet wird, denn die Apparate müssen eine Geschwindigkeit von etwa 70 Kilometer in der Stunde erreichen, bevor sie fliegen können. Und dazu ist glatter Boden nötig. Eine Kleinbahn wird von der Ausstellungshalle zur Zeppelinhalle erbaut, so daß man die 2 Kilometer auch durchfahren kann.

Die Gehaltsaufbesserungen stehen seit den langwierigen Verhandlungen der Parlamente über die den Staats- und Reichsbeamten zu gewährenden Zulagen und seit deren Bewilligung erst recht, auch im Vordergrund des Interesses der Gemeindebeamten. In vielen größeren Städten hat man die Vorbereitungen zu einer Neuregelung der Beamteneinkünfte in Angriff genommen, in einzelnen auch schon durchgeführt, wie in Schöneberg bei Berlin, das die Besoldungen der Bureaubeamten, technischen Beamten und Unterbeamten wie folgt festgelegt hat: Obersekretäre usw. 4300 bis 6200 M. nach 15 Jahren, Sekretäre, technische Sekretäre usw. 3000 bis 5400 M. nach 18 Jahren, Bureau- und Kassensachverständigen, Landmessergesellen, Feldwebel und Telegraphenmechaniker der Feuerwehrrufe 2600 bis 4600 M. nach 21 Jahren, Bureau- und Kassengehilfen 2300 bis 3600 M. nach 21 Jahren, Kanzlisten 2200 bis 3200 M., Botenmeister usw. 2100 bis 3200 M., Vollziehungsbeamte, Magistrats- und Kassendiener, Oberfeuerwehrmänner 2000 bis 2900 M., Schuldiener usw. 1900 bis 2750 M. nach 18 Jahren, Feuerwehrmänner 1600 bis 2400 M. nach 24 Jahren. Die Arbeiter der Stadt Schöneberg erhalten nach dem neuen Lohnsatz einen Anfangslage von 4 M., der nach 2 Jahren auf 4 M. 25 Pf., nach 4 Jahren auf 4 M. 50 Pf., nach 6 Jahren auf 4 M. 75 Pf. und nach 8 Jahren auf 5 M. steigt. Forstarbeiter erhalten 50 Pf., Desinfektoren und Kraftwagenführer 1 M. mehr. Gärtner und Metzgergehilfen steigen innerhalb 5 Jahre von 4 M. 25 Pf. auf 5 M. 50 Pf. — Hier in Wiesbaden stehen die städtischen Beamten der Gehaltsaufbesserung noch entgegen, doch verlannte bisher noch nichts, welche Stellungnahme der Magistrat in dieser Frage einnimmt. Leicht wird ihm deren Lösung bei der schwierigen Finanzlage der Stadt freilich nicht fallen, aber trotzdem dürfte er sich der Beschlußfassung kaum länger enthalten können. Schöneberg ist sogar so weit gegangen, den erheblichen Aufbesserungen rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1903 beizulegen. Zwei Tage vor Pfingsten d. J. wurden sie ausbezahlt.

9. Verbandstag deutscher Berufsfeuerwehren. Im Verlauf der Verhandlungen des 9. Verbandstages der deutschen Berufsfeuerwehren referierte Branddirektor Prölß-Magdeburg über die „Tätigkeit der Berufsfeuerwehren im Krankenbeförderungswesen“. Der Redner legte der Versammlung eine Reihe von Vorfällen vor, in denen es heißt: „Die schnelle Beförderung von Verunfallten und Kranken, die so überaus wichtig für den Heilprozess ist, wird durch die ständige Alarmbereitschaft der Feuerwehre gewährleistet. Die schmerzliche Behandlung der Kranken ist gesichert durch das im Samariterdienst ausgebildete Personal. Die Beliebtheit der Feuerwehre wächst, wenn sie nicht nur bei Feuergefahr, sondern auch bei sonstiger Not eingreift. Für die Gemeinden bedeutet die Krankenbeförderung durch die Feuerwehre einen wirtschaftlichen Vorteil, weil dadurch besondere Anlagen für den Krankentransport überflüssig werden. Der Transport von Leichen ist dagegen abzuschneiden und sicher mit ansehnlichen Krankheitsfällen nur unter besonderen Sicherheitsmaßnahmen zu befördern.“ — Branddirektor Westphalen-Hamburg sprach über die „Anlagen für Petroleum, Naphta, Benzin und andere feuergefährliche Stoffe“. Redner erörterte die Einrichtungen solcher Tanks und meinte, daß selbst große Brände in solchen Tanks verhältnismäßig harmlos seien. Ein Überstoßen von Benzin finde nicht statt. Es sei sogar möglich, wenn das Benzin an der Oberfläche brenne, von der unteren Schicht noch Benzin anzuzapfen. — Branddirektor Essen-Burg-Hannover verbreitete sich über die in den letzten Jahren vorgekommenen Zellenbrande und die Einrichtungen von Anemographenapparaten. Er verlangte, daß der Raum, in dem die Apparate aufgestellt werden, völlig unbrennlich gesichert werden müsse. Auch sei für eine genügende Entlüftung der betreffenden Räume Sorge zu tragen. Freilich genüge es noch nicht, diese Grundzüge zur Durchführung zu bringen, es müßten auch die Apparate so konstruiert werden, daß eine fehlerhafte Entzündung der Films nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen sei. — Es wurde schließlich eine Kommission gewählt, welche sich mit der Frage weiter beschäftigen soll.

Sozialpolitisches Zusammenarbeiten in der Wohnungsfrage. Die Arbeit für die Wohnungsreform hat von jeher außer ihrem direkten Nutzen die gute Wirkung gehabt, führende Persönlichkeiten aus den verschiedensten politischen Lagern und aus den verschiedenen Klassen und Ständen der Nation zu gemeinsamem Wirken zusammenzuführen, und so zur Überbrückung der politischen und sozialen Gegensätze beizutragen. Einen Beweis dafür liefern auch wieder die vor einiger Zeit vorgenommenen Wahlen für den Hauptauschuß des Deutschen Vereins für Wohnungsreform in Frankfurt a. M. Wir finden in dieser anscheinlich Körperlichkeit sowohl eifrige Liberale, wie z. B. den Frankfurter Landtagsabgeordneten Stadtrat Dr. Fleiß, die Reichstagsabgeordneten Dr. Schrader, Friedrich Rammann, Dr. Strefemann u. a., wie auch hervorragende Mitglieder des Zentrums und anderer politischer Parteien, z. B. Professor Hise, Dr. C. Jaeger, Justizrat Trimborn usw. Von besonderem Interesse ist, daß seit den letzten Wahlen in den Hauptauschuß des obengenannten Vereins auch Graf Posadowski, der sich ja besonders für die Wohnungsfrage interessiert, diesem Auschuß angehört. Ebenso sind

neuerdings in den Auschuß eingetreten das bekannte Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, Professor Dr. Preuß, der leitende Beamte des Bundes der technischen-industriellen Beamten, Ingenieur Lüdemann-Berlin, ferner der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz Geheimrat Nehl und ein Sohn des verstorbenen bekannten Frankfurter Wohltäters und Philanthropen Dr. Fritz Hallgarten.

Die Rheinfahrt des „Vereins deutscher Ingenieure“, welche gestern mit den beiden Dampfern der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft „Oberstolz“ und „Lohengrin“ stattfand, erreichte ihren Glanzpunkt bei der abendlichen Rückfahrt. Am Rheinufer, besonders in Biebrich, hatten sich große Menschenmassen eingefunden, um die Beleuchtung der Rheinfahrt und das Feuerwerk zu sehen. Ein Dampfer der Reederei Waldmann, mit Lampions geschmückt, fuhr gegen 11 Uhr den Festschiffen entgegen und mehrere kleinere beleuchtete Boote belebten den Strom. Vom Rheingau her dröhnten Böllerschüsse, und die bengalische Beleuchtung und das Feuerwerk verkündeten, daß die Dampfer dort vorüberfahren. Der Höhepunkt der Uferbeleuchtung begann unterhalb Biebrich, wo jede Villa in rotem und grünem Licht erstrahlte, besonders zeichnete sich das Besitztum des Herrn Kommerzienrats Dyerhoff aus, wo die Schiffe mit einem Trompetensolo begrüßt wurden und kurze Zeit anhielten, damit auch die Teilnehmer der Fahrt voll auf diese eigenartigen musikalischen Darbietungen eingeleitet werden könnten. Auch das Schloß und die Hotels boten durch ihre feenhaften Illuminationen einen wunderbaren Anblick. Nachdem ein Teil der Gäste in Biebrich die Dampfer verlassen, fuhren diese an den bengalisch beleuchteten Fabriken in Amöneburg vorbei nach Mainz. Diese wohlgeleitete Festschiffahrt bildete einen würdigen Abschluß der Hauptversammlung und wird wohl den Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben.

Grundbesitz für den neuen Exerzierplatz. Der Reichsmilitärminister hat gegen 37 Grundbesitzer in Dogheim, die für den neuen Exerzierplatz der hiesigen Garnison Gelände verkauft und vor längerer Zeit die Kaufgelder ausbezahlt erhalten, wie bereits gemeldet, Klage auf Rückzahlung eines Teils dieser Beträge erhoben, weil der Preis zu hoch gewesen sei. Von monchen dieser Grundbesitzer wurden Beträge von 2500, 3000 bis 3500 M. zurückverlangt. In der Sache standen vor dem hiesigen Landgericht und dem Amtsgericht jetzt Termine an. Das Landgericht sieht nach kurzer Verhandlung weitere Termine auf den 21. September an, während das Amtsgericht die Klage des Reichsmilitärministers abweist.

Gustav-Adolf-Stiftung. Der Zentralvorstand des „Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung“ macht bekannt, daß die diesjährige 61. Hauptversammlung des Gesamtvereins in den Tagen vom 28. bis 30. September in Viefelseld stattfinden wird, und ladet Mitglieder und Freunde des Vereins zu zahlreichem Besuch ein. Anträge, die auf der Versammlung zur Beratung gelangen sollen, sind spätestens bis 15. Juli, beabsichtigte Vorträge bis 1. September d. J. beim Zentralvorstand in Leipzig, Weststraße 4, anzumelden.

Die Sammlungen für die Überschwemmten sind, wie das Berliner Komitee bekannt gibt, nunmehr beendet. Etwa 2 1/2 Millionen Mark sind aus allen Gegenden und aus allen Bevölkerungskreisen unseres Vaterlandes zur Linderung der Not und zur Beseitigung der Schäden bei den Sammelstellen eingegangen. Allen Spendern spricht das Komitee herzlichsten Dank aus.

Hausabend. Wie erwähnt, nehmen alle hiesigen Banken Beitrittserklärungen zum Hausabend für Gewerbe, Handel und Industrie, der in der denkwürdigen Abwehrversammlung im Zirkus Schwamm in Berlin am 12. Juni d. J. gegründet wurde, entgegen. Der Hausabend bezweckt, im gemeinsamen Interesse von Handel, Industrie und Gewerbe alle gegen diese Stände gerichteten Angriffe und Schädigungen abzuwehren, ferner positive zum Schutz dieser Stände dienende Vorschläge in gemeinsamen Angelegenheiten zu machen und auf Ausbehebung von Gegensätzen in den eigenen Reihen hinzuwirken. Der Jahresbeitrag beträgt für selbständige Gewerbetreibende 3 M., für Angestellte — Handlungsgehilfen und Betriebsbeamte — 1 M.

Der Wasserstand des Rheins. Fortdauernde Regengüsse in den Gebieten der Nebenflüsse haben den Rheinwasserstand derart gehoben, daß nunmehr die großen Rähne ihre volle Ladefähigkeit ausnützen können und die Schiffsahrt auf dem ganzen Rhein als voll eröffnet betrachtet werden kann. Der Rhein zeigt dadurch ein überaus belebtes Bild. Hunderte von Schleppschiffen mit langen Kahnzügen bewegen sich stromauf, stromab. Die telegraphischen Nachrichten des Wasserbauamts in Mainz zeigten heute Morgen von allen Stationen bedeutende Erhöhungen. Samstag und Sonntag ist wegen der Mainzer Ruderregatta der Schiffsahrtverkehr nach der alten Eisenbahnbrücke gesperrt, bezw. beschränkt.

Rebenblüte. Aus dem Rheingau schreibt man uns: Rebenwärlge stehen die Weinberge in voller Blüte, und ein Duft schwebt über den ganzen Gau, so unbeschreiblich süß, daß es sich lohnt, eine Wanderung durch unsere Nebengelände zu unternehmen. Auch viele „Hedonewirtschaften“, kenntlich an dem grünen Strauß, sind im Betrieb. Hier gibt es für 40 bis 50 Pf. einen garantiert echten Schoppen.

Staats- und Gemeindesteuer. Die Erhebung der 1. Rate (April, Mai, Juni) hat begonnen. Die Einzahlung ist im Rathaus, Zimmer 17 (weiße Zettel) für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben F am 19. und 21. Juni; Zimmer 16 (grüne Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben R am 19. und 21. Juni zu bewirken.

Von der Akademie Frankfurt a. M. Die vorläufigen Frequenzlisten für das laufende Sommersemester haben wieder eine Steigerung erfahren. Die Zahl der ordentlichen Studierenden (Besucher) beträgt zurzeit gerade 300, die der Hospitanten 200, die der Hörer 190, zusammen 790 gegen 640 zur gleichen Zeit im vorigen Sommersemester. Von den durch das Ableben des Herrn Dr. Weinberg ausgefallenen Vorlesungen hat Herr Professor Lambert eine Vorlesung über „französische handeltchnische Lektüre“ und Herr Direktor Pfeifer eine Vorlesung über „französische Handelskorrespondenz“ übernommen.

Verzeichnis der Sommerfrischen, Kurorte, Gasthäuser im Taunus, Westerwald und am Rhein. Unter diesem Titel verendet gegen Einfindung von 10 Pf. für Porto der Vorstand des „Rhein- und Taunusklubs Wiesbaden“ ein hübsch ausgestattetes Buch, das, in übersichtlicher Weise geordnet, die Adressen von über 600 Sommerfrischen in diesem vielbesuchten und landschaftlich so herrlichen Gebiet enthält. Neben allgemeinen Angaben über Größe und Höhenlage, Bahn-, Post- und Omnibusverbindungen, über die Umgebung des Ortes und seine besonderen Kurmittel, finden wir bei jeder Adresse genaue Mitteilung über Zimmerpreis und vollen Pensonspreis — von 2 M. 40 Pf. pro Tag an —, Angaben über Weinzwang beim Essen, Ermäßigung für Kinder, über die Art der Beleuchtung, Anzahl der Zimmer und Betten, über Bäder, Gartenanlagen, Regelhäfen, Klavier, kurzum über alles Wissenswerte, so daß nach Durchsicht des Buches die Wahl einer passenden Sommerfrische wohl keinem schwer fallen wird, weder jenen, die auswählten Luxus und Komfort suchen, noch all den anderen, welche sich mit nur bescheidenen Mitteln in jenen Gegenden erholen wollen. Da sämtliche Angaben auf sorgfältigen Ermittlungen durch Fragebogen beruhen, können sie als durchaus zuverlässig gelten.

Große Aufregung herrschte gestern nachmittags auf dem um 4 Uhr 20 Min. von Biebrich abgehenden Dampfer der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft. Zwischen Niederwalluf und Eltville sprang vor den Augen seines Freundes ein Handwerksbursche aus Berlin, Schmied von Beruf, von der Vorkajüte aus in selbstmörderischer Absicht in den Rhein und ertrank. Das Schiff stoppte sogleich und setzte sofort ein Rettungsboot mit drei Matrosen aus, doch alles Suchen nach dem Lebensmüden war ohne Erfolg, er blieb verschwunden. Seinen Aufschuß hatte er auf dem Schiff liegen lassen, er wurde in Eltville der Polizei übergeben. In seiner Tasche hatte der Schmied, welcher den Selbstmord aus Liebeskummer begangen haben soll, 40 M. Geld für beide, welches nun auch in den Fluten des Rheins verschwand, und wodurch sein Gefährte vollständig mittellos wurde. Auf dem Schiff, das bei dem schönen Wetter sehr stark besetzt war, herrschte natürlich ob dieses Vorfalles große Aufregung, und manchem dürfte seine Rheinfahrt dadurch verleidet worden sein. Der Ertrunkene hatte seinem Kameraden gegenüber Selbstmordgedanken laut werden lassen, doch dieser nahm die Äußerungen nicht ernst und war weit entfernt davon, anzunehmen, daß sie so bald wahrgemacht werden sollten.

Verein der Württemberger. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, beabsichtigen mehrere hier ansässige Württemberger einen Verein ins Leben zu rufen, und laden dieselben alle hier in Wiesbaden wohnhaften Landsleute zu einer diesbezüglichen stattfindenden Besprechung auf Samstag, den 19. Juni, in das Hotel-Restaurant „Sächsischer Hof“, Kochstättenstraße 1 (bei Karl Wolffert) ein. Es dürfte nicht schwer fallen hier, wo ein Sachien- und Thüringerverein, ein Pönerverein und ein Badener Verein besteht, auch einen Württemberger Verein zustande zu bringen.

Kleine Notizen. Die von dem „Quaricci-Verlag“ bei dem Geographischen Institut in Niederwalluf errungene beiden Preise sind auf einige Tage in dem Schaufenster des Herrn Ernst Reuter, Aldebergstraße, Ecke Kirchstraße und Hauptbrunnstraße, ausgestellt. — Heute vormittag entstand in dem Hause Adlerstraße 8 ein Kammerbrand, der von der Feuerwache nach halbstündiger Tätigkeit unterdrückt wurde.

Theater, Kunst, Vorträge.

Refidens-Theater. Als dritte und letzte Gastrolle bringt Karl William Müller morgen Samstag den humorvollen Reizter Birkenhof in Möjers feis gern gesehnen Lustspiel „Der Hypochonder“ zur Darstellung und verabschiedet sich am Sonntag in einer Wiederholung von „Charleys Tante“ als die berühmte Tante aus Brasilien, in welcher Rolle er bei der ersten Aufführung wiederum einen kolossalen Hiteiterfolg des fast ausverkauften Hauses erzielte. — In Vorbereitung befindet sich als letzte Neuheit der am 30. Juni endenden Spielzeit „Manöverregeln“, Lustspiel von Schöller Berasini und Richard Kehler, welches in Berlin und an vielen Bühnen mit glänzendem Erfolge gegeben wurde.

Volks-Theater. (Spielplan.) Sonntag, den 20. Juni, nachm. 4 Uhr: „Der Stadtrompeter“. Abends 8,15 Uhr: „Der Jongleur“. Volkstümliche Woche. Montag, den 21.: „Die Waise aus Lodo“. Dienstag, den 22.: „Trieb“. Mittwoch, den 23.: „Der glückliche Familienvater“. Donnerstag, den 24., unbestimmt. Freitag, den 25.: „Trieb“. Samstag, den 26.: „Der Stadtrompeter“.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

a. Dogheim, 17. Juni. Heute nachmittags wurde Herr Hülfeinnehmer P. Friedr. Roffel beerdigt. Der Verstorbene, ein allgemein angesehener und beliebter Mann, hat als nassauischer Jäger den Krieg 1866 mitgemacht.

Nassauische Nachrichten.

r. Niederwalluf, 17. Juni. Am 20. und 21. sowie am 27. Juni findet hier die Kirchweihede bezw. Kirchweihede statt. An Anspruchs von außen wird es, schönes Wetter vorausgesetzt, nicht fehlen, da Niederwalluf ohnehin ein beliebter Ausflugsort für die Wiesbädener und Mainzer Bevölkerung ist. U. a. findet auch in dem direkt am Rhein gelegenen Restaurant „Zum Gartenfeld“, das sich, nebenbei bemerkt, durch besonders schöne Gartenanlage auszeichnet, große Tanzmusik statt.

ö. Schwanheim, 17. Juni. Auf einer Baustelle in der Taunusstraße war eine Aisgrube offen geblieben, als die Männer abends den Platz verlassen hatten. Ein jähriges Kind fiel in den Fall und verbrannte sich sehr erheblich.

i. Limburg, 17. Juni. Seinen schweren Verletzungen erliegen ist der Dachdecker Hermann Lindig, der am Dienstag vom Turm der Kirche zu Niederhadamar abfiel.

Aus der Umgebung.

l. Mainz, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem des Oberbürgermeisters Einigungsversuche zwischen den Brauereien und Arbeitern als gescheitert gelten müssen und nachdem sich ergeben hat, daß die voll konstituierten Brauereien die anderen durch Übernahme und Vergütung von 4 M. für das Fektoliter unterstützen, soll nunmehr auch das Bier der noch freien Brauereien, wie der Schöfferhof, der Rheinischen Brauerei u. a., hofkottiert werden.

m. Gumburg, v. d. S. 17. Juni. Unsere Stadtverordneten beschließen, der hiesigen russischen Gemeinde ein Grundstück in der Nähe des neuen Brunnenverandahäuses zur Errichtung eines Pfarrhauses zur Verfügung zu stellen.

* Mainz, 18. Juni. Rheingau. 1 m 57 cm gegen 1 m 75 cm am gestrigen Vormittag.

Sport.

Prinz-Heinrich-Fahrt. (Am Ziel.)

S. R. Über die letzte 207,6 Kilometer lange Etappe von Salzburg nach München, die als Hauptkonkurrenz die Schnelligkeitsprüfung über 5,5 Kilometer im Forstrieder Park brachte, berichtet uns ein Privattelegramm wie folgt. Obwohl die Aussichten für das letzte Flachrennen im Forstrieder Park nicht günstig erschienen, da es nach Salzburg stark regnete, traten doch alle 33 noch im Rennen befindlichen Fahrer kampfesfreudig die letzte Etappe an. Das Wetter klarte sich später auf und als die ersten Fahrer zum Start im Forstrieder eintrafen, fanden sie die Rennstrecke in bester Verfassung vor. Bald nach 12 Uhr trafen am Ziel Prinz Alfons, Prinzessin Gisela, Prinz Ludwig Ferdinand mit Gemahlin ein. Ferner waren vom Arbeitsausschuss Graf Sierstorff, Graf Arnim, Graf Bib v. Oberstadt, Dr. Veith und Generalsekretär de la Croix und viele Industrielle anwesend. Als erster durchfuhr Prinz Heinrich außer Konkurrenz in 3:35,4 die Rennstrecke und nahm dann am Ziel Aufstellung, um den Vorbeimarsch der Wagen zu beobachten. Rittmeister Czernack entließ die Konkurrenten in dichter Folge vom Start. Die beste Zeit erzielte ebenso wie bei dem Flachrennen in Suben Wagen 532 (Fritz Ruson) Frankfurt a. M. mit 2:46,2, der über 120 Kilometer Stundengeschwindigkeit erzielte. Die relativ beste Leistung dürfte Wagen 710 (Kommerzienrat Wilhelm Opel) erzielt haben, doch bleiben die offiziellen Berechnungen abzuwarten. Scheinbar wird aber Kommerzienrat Wilhelm Opel der diesmalige Sieger der Prinz-Heinrich-Fahrt sein, da er keine Strafpunkte erhielt. Als zweiter kommt Direktor Billy Böge-Chemnitz in Betracht. Im allgemeinen dürften die Opel-Wagen am besten abgeschnitten haben, da sie in den Flachrennen vorzügliche Zeiten erzielten. — Prinz Heinrich blieb bis gegen 4 Uhr auf der Rennstrecke, die bis dahin die meisten Fahrer passiert hatten. Nur Wagen 696 (Ludwig Zimmermann-Mannheim) hatte unterwegs Defekt und traf verspätet ein. Die Konkurrenten fuhren von der Rennstrecke direkt nach München, wo sie in der Arena zum letzten Male Quartier nahmen. — Die gegen Direktor Böge und gegen andere Fahrer eingelegten Proteste sind abgewiesen worden, dagegen disqualifizierte das Schiedsgericht Wagen 618 (Georg Ruchenmeister-Dresden) und erteilte dem Fahrer Bild des Wagens 673 einen Verweis.

Die Preisträger der Prinz-Heinrich-Fahrt.

Die Reihenfolge der Preisträger bei der Prinz-Heinrich-Fahrt ist Münchener Blättern zufolge voraussichtlich folgende: Kommerzienrat Opel, Böge, Rousson, Forchheimer, Sachs, Dr. Opel, Graf Kolowrat, Jesserun, Heinel, Erle (Philipp) und Groß.

Der Prinzregent von Bayern, bei welchem Prinz Heinrich von Preußen für gestern nachmittag seinen Besuch angekündigt hatte, kam seinem Gaste zuvor. Der Prinzregent fuhr um 5 1/2 Uhr in das Hotel „Vier Jahreszeiten“ und begrüßte dort den Prinzen Heinrich.

München, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Prinz Heinrich von Preußen hat sich heute vormittag im Automobil nach Kiel zurückbegeben.

Regatta um den Eintonner-Pokal.

Wb. Kiel, 17. Juni. Bei der heutigen Segel-Wettfahrt um den französischen Eintonner-Pokal segte die deutsche Jacht „Windspiel 12“ zum dritten Male und gewann damit den Pokal. Die französische Jacht „Tribh“ passierte als zweite, die dänische Jacht „Albatros“ als dritte das Ziel; die schwedische Jacht „Eiga“ belegte den letzten Preis.

sr. Der Gold Cup, die Hauptkonkurrenz der Rennen zu Ascot am Donnerstag, endete mit einer Nietenübertragung. Das mit 70 000 M. ausgestattete, über die lange Distanz von 4000 Meter führende Rennen wurde nur von sechs Pferden bestritten. Der als letzter Aukensfeiter gestartete Bomba des Mr. J. A. de Rothschild gewann nach Segenwehr mit einer halben Länge gegen Santo Strato, nur einen Kopf zurück endete Siberia als dritte. Ferner liefen Pentol, La Bella IV und der französische Vertreter Aquarelle. Wetten 25:1, gegen Bomba.

Gerichtssaal.

Die Unregelmäßigkeiten auf dem Kreuzer „Danzig“.

hd. Kiel, 18. Juni. Nach vier tägiger Verhandlung wurde gestern das Urteil des Kriegsgerichts gegen die Angeklagten vom Kreuzer „Danzig“ gesprochen. Kapitänleutnant Habenicht's erhielt wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und ungenügender Beaufsichtigung von Untergebenen einen sechstägigen Kammerarrest. Der Maschinist Milbe wurde wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu 3 Tagen mildem Arrest verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden hauptsächlich wegen militärischen Diebstahls bestraft, begangen durch Anfertigenlassen von Haus- und Biergeräten aus eigenmächtig mitgenommenem, der Marine gehörigem Metall durch Untergebene. Der Oberingenieur Roggenfeld wurde zu 4 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung, der Maschinist Koggaß zu 4 Monaten Gefängnis und Degradation, die übrigen sechs Deckoffiziere zu gelindem Arrest von 15 Tagen bis 6 Wochen verurteilt.

Kleine Chronik.

Schwerer Bootsunfall. Ein schweres Bootsunfall hat sich gestern Abend bei Berlin in dem benachbarten Grünheide ereignet. Zwei Insassen eines auf dem Peepsee plötzlich gelenterten Segelbootes konnten sich durch Schwimmen retten, während ein dritter, der eine Dame retten wollte, mit dieser ertrank. Angeblich sollen die Ertrunkenen ein Offizier und die Tochter eines höheren Offiziers sein.

Merkwürdige Folgeerscheinungen des Erdbebens in Südfrankreich. Dem „Journal“ wird aus Marseille berichtet, daß das Wasser des alten Hafens um einen Meter gefallen sei. Kurze Zeit nach dem Erreichen des tiefsten

Standes wäre die Flut wieder gestiegen, und dies Phänomen hätte sich bis mittags mehrere Male wiederholt. Man bringt diese Erscheinung mit den Bewegungen im Innern der Erde in Zusammenhang.

Eiferuchtsattentat eines Bierzechnjährigen. In Aixe, in der Nähe von Almoche beging ein 14jähriger Fabrikjunge einen Mordversuch gegen seine Geliebte, ein gleichaltriges Mädchen aus derselben Fabrik, indem er ihr mehrere Messerstücke in die Brust versetzte und dann flüchtete. Der Zustand des Mädchens ist hoffnungslos.

Kampf zwischen Grenzwachtern und Schmugglern. Bei Bellegarde im Departement Ain an der französisch-schweizerischen Grenze bei Genf entspann sich in der vorigen Nacht ein erbitterter blutiger Kampf zwischen französischen Grenzwachtern und Schmugglern. Ein Schmuggler wurde von einem Grenzwachtleutnant erschossen, der ihn schwer verletzt hatte. Vier Schmuggler wurden schließlich gefangen.

Die letzten Affen Europas. Der „Diario del Madrid“ erzählt, daß die wenigen Affen, die sich noch in den abgelegenen Teilen des Felsens von Gibraltar aufhielten, nunmehr völlig ausgestorben zu sein scheinen. Diese Tiere, von den Spaniern „El Guejao“ genannt, sind schwanzlos, und ihre Existenz bewies die Theorie, daß der europäische und afrikanische Kontinent einmala durch eine Landbrücke verbunden waren. Vor wenigen Jahren konnte man mit Fernrohren die „Guejas“ noch von weitem beobachten, und man schätzte die Zahl der noch lebenden Exemplare auf etwa 30 Stück. Es waren ungemein seltene Tiere, die eine besonders seltene Bitterung besaßen mußten, denn es war völlig unmöglich, sich ihnen auf eine geringere Distanz als 1200 Meter zu nähern. Seit langer Zeit aber hat man keine der Tiere mehr erblickt, und man nimmt an, daß wahrscheinlich eine Seuche die letzten Affen Europas ausgerottet hat.

Letzte Nachrichten.

Von einem Wachtschiff beschossen.

hd. London, 18. Juni. Bei der Beschicung eines englischen Dampfers durch ein russisches Wachtschiff im Hafen von Frederikshaven wurde nach den hier eingetroffenen Nachrichten ein Heizer getötet und das Schiff erheblich beschädigt. Einzelheiten liegen noch nicht vor, indessen nimmt man an, daß der englische Dampfer sich der Kaiserjacht „Standard“ a“ zu sehr genähert hatte.

Überfahren.

Münster i. W., 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag 6 Uhr wurde vom D-Zug Berlin-Bilfingen am südlichen Übergang des Bahnhofes Dülmen ein Fuhrwerk mit drei Personen, ein Mann und zwei Frauen, infolge offener Wechranke überfahren. Die drei Personen sowie das Pferd wurden getötet und das Fuhrwerk zerrümmert. Die Namen der Verunglückten sind noch nicht festgestellt.

Gastrosch des Hauptmanns von Köpenick in Frankreich.

wb. Paris, 18. Juni. Wie die Blätter melden, traf gestern der Schuhmacher Wilhelm Voigt, der ehemalige Hauptmann von Köpenick, in Nancy ein und besuchte die Offiziersuniform, jedoch mit einem Försterhute angetan, die Ausstellung. Er wurde angehalten und dem Polizeikommissar vorgeführt, der dem Präfecten telephonisch die Verhaftung eines deutschen Offiziers meldete. Durch Vermittlung eines Dolmetschers wurde schließlich der Sachverhalt aufgeklärt und Voigt unter Androhung der Ausweisung gezwungen, Zivilkleidung anzulegen.

Kontinental-Telegraphen-Kompagnie.

Bremen, 18. Juni. Die gestern Abend hier eingetroffenen englischen Geistlichen wurden am Hauptbahnhof von dem Bürgermeister Dr. Marcus und Senator Dr. Barkhausen an der Spitze des hiesigen Empfangskomitees empfangen. Bankdirektor Karl Janßen richtete in der Empfangshalle des Norddeutschen Lloyd's im Namen des Komitees in englischer Sprache an die Geistlichen einige herzliche Begrüßungsworte.

Paris, 18. Juni. Da gestern die dem Syndikat der Postbeamten gestellte Frist zur freiwilligen Auflösung abgelaufen ist und kein Mitglied des Ausschusses die Lei der Seine-Präfectur hinterlegten Statuten zurückgezogen hat, wird von der Staatsanwaltschaft die gerichtliche Verfolgung der Gründer des Syndikats angeordnet werden.

Paris, 18. Juni. Die Automobil-Omnibuslenker hielten heute Nacht eine Versammlung ab, in der sie sich lebhaft über ihre Behandlung durch die Gesellschaft beschwerten und mit dem Streik drohten.

Paris, 18. Juni. Aus Cherbourg wird gemeldet, daß die Begegnung des Zaren mit dem Präsidenten Fallières an Bord des Kriegsschiffes „Leon Gambetta“ erfolgen werde. Zur Arriental wurde diesmal im Gegensatz zu früheren Zusammenkünften weder ein Empfang noch sonst ein Fest stattfinden. Die ganze Begegnung werde sich auf der Reede abspielen. Mehrere Blätter glauben, daß dies mit den von den Sozialisten angebotenen Kundgebungen zusammenhängt.

Devisenbureau Gerold.

Wien, 18. Juni. In hiesigen unterrichteten Kreisen wird die Meldung von einer im Hochsommer bevorstehenden Begegnung des Kaisers Franz Joseph mit dem Zaren nicht in Abrede gestellt, aber auch nicht bestätigt. Es zirkulieren Gerichte, wonach die Zusammenkunft Ende August stattfinden soll. Als Ort sei auf Bunsch des Zaren Triest in Aussicht genommen.

London, 18. Juni. „Ball Ball Gazette“ meldet, daß die Räumung Kretas innerhalb weniger Wochen erfolgen und die Verwaltung der türkischen Regierung überlassen werden solle.

Konstantinopel, 18. Juni. In stürmischer Sitzung lehnte das Parlament den Versuch ab, die Frage der Berufung parlamentarischer Staatssekretäre neuer-

sich zur Verhandlung zu bringen, nachdem die jüngste Abstimmung die nötige Zweidrittelmehrheit nicht ergeben hat.

Reval, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Staatssekretär v. Schöen hatte heute eine längere Unterredung mit dem russischen Ministerpräsidenten Stolypin und dem russischen Minister des Innern Jewolski an Bord des „Standard“.

Letzte Handelsnachrichten.

Telegraphischer Kursbericht. (Mitgeteilt vom Bankhaus Pfeiffer u. Co., Langgasse 16.) Frankfurter Börse, 18. Juni, mittags 12 1/2 Uhr. Kredit-Aktien 200,10, Diskont-Aktien 186,50, Dresdener Bank 152,60, Deutsche Bank 242,35, Handelsgesellschaft 172,50, Staatsbahn 154,70, Lombarden 21,80, Baltimore und Ohio 115,50, Gelsenkirchen 177,25, Bochumer 226,30, Garpener 189,25, Laurahütte 180,50, Türkenloose 145,80, Nordb. Lloyd 89,80, Hamb.-Amer.-Paket 117,40, Russen 86,30, Rheinr. 171,50.

Schiffs-Nachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie. Bureau der Gesellschaft Wilhelmstraße 10. F 328 Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 17. Juni Postdampfer Kaiserin Auguste Viktoria. 20. Juni „Pennsylvania“. 27. Juni „President Lincoln“. 1. Juli „Cincinnati“. 8. Juli „America“. 15. Juli „Cleveland“. 18. Juli „President Grant“. 22. Juli Kaiserin Auguste Viktoria. 25. Juli „Pennsylvania“. Nach Boston: 30. Juni Postdampfer „Scotia“. 13. Juli „Bethania“. Nach Baltimore: 30. Juni „Scotia“. 13. Juli „Bethania“. Nach Philadelphia: 29. Juni Postdampfer „Athena“. 12. Juli „Barcelona“. Nach Kanada: 18. Juni Postdampfer „Prinz Adalbert“. Nach Westindien: 22. Juni Postdampfer „Sachsenwald“. 22. Juni „Westphalia“. 3. Juli „Batagonia“. Nach Mexiko: 18. Juni Postdampfer „Saxonia“. 28. Juni „Danica“. 14. Juli „Westphalia“. 18. Juli „Spreewald“. Nach Ostasien: 29. Juni „Svevia“. 30. Juni „E. Ferd. Seelig“. 10. Juni „Ambrisa“. 20. Juli „Nicomedia“. Nach Madagaskar: 19. Juni Postdampfer „Rurledene“. 7. Juli „Derm“. Arabisch-Perischer Dienst: 18. Juni Postdampfer „Cheruskia“.

Ned Star Line. Alleiniger Agent in Wiesbaden W. Bidel, Langgasse 20. F 327

Bewegung der Dampfer: „Marquette“ am 11. Juni von Philadelphia nach Antwerpen abgegangen. „Vaderland“ am 12. Juni von Antwerpen nach New York abgegangen. „Arcoonland“ am 12. Juni von New York nach Antwerpen abgegangen. „Lapland“ am 13. Juni in New York von Antwerpen angekommen. „Seeland“ am 14. Juni in Antwerpen von New York angekommen. „Rarnland“ am 15. Juni von Antwerpen nach Baltimore abgegangen. „Raniton“ am 15. Juni in Boston von Antwerpen angekommen. In Antwerpen erwartet: „Arcoonland“ gegen 21. Juni von New York über Dover. „Marquette“ gegen 21. Juni von Philadelphia. „Lapland“ gegen 28. Juni von New York über Dover.

Öffentlicher Wetterdienst. Wettervorausagen für den 19. Juni: der Dienststelle Frankfurt a. M. (Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins): Trocken, wolkig, nachts kühl, tagsüber etwas wärmer. der Dienststelle Weilburg (Landwirtschaftsschule): Trocken, zeitweise heiter, tagsüber etwas wärmer als heute. Genauer durch die Frankfurter und Weilburger Wetterarten (monatl. je 50 Pf.), welche am „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27 täglich angeschlagen werden. Die Wettervorausagen sind außerdem in der Tagblatt-Haupt-Agentur Wilhelmstraße 6 und in der Tagblatt-Zweigstelle Bismarckring 29 tägl. ausgehängt.

Meteorolog. Beobachtungen. Station Wiesbaden.

Table with 5 columns: 17. Juni, 7 Uhr morgens, 9 Uhr nachm., 9 Uhr abends, Mittel. Rows include Barometer auf 0 u. Normalbarometer, Barometer a. d. Meerespiegel, Thermometer (Celsius), Luftspannung (Millimeter), Relative Feuchtigkeit (%), Windrichtung, Niederschlagshöhe (Millim.), Sächte Temperatur (Celsius), Niedrigste Temperatur 11.9.

Auf- und Untergang für Sonne (☉) und Mond (☾). (Durchgang der Sonne durch Süden nach mitteleuropäischer Zeit.)

Table with 6 columns: Juni, im Süden, Aufgang, Uhr, Min., Unterang, Uhr, Min., Aufgang, Uhr, Min., Unterang, Uhr, Min. Row for 19. Juni: 12, 28, 4, 18, 8, 38, 5, 20, 2, 10, 21, 9.

Die Abend-Ausgabe umfasst 12 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur für Politik und Handel: W. Hegerhoff; für Kunst, Sport und Unterh. Dr. J. Kelle; für Wiesbadener Nachrichten: S. B. C. Lohoff; für auswärtige Nachrichten, Aus der Umgebung und Verlagsort: S. Dieckmann; für die Anzeigen und Ankündigungen: S. Dieckmann; Druck und Verlag der S. Schellenberg'schen Hof-Druckerei in Wiesbaden.